



# Münchner Frauenkonferenz 2013 *„next\_generation“*

Konferenzbericht, 10. Juli 2013,  
Rathaus, Landeshauptstadt München

**Frauen wollen ... selbst handeln**  
**statt behandelt zu werden WÜRDEVOLL**  
**LEBEN sexuelle Selbstbestimmung glei-**  
**chen Lohn für gleiche Arbeit Raum und**  
**Stimme gesehen werden existenzsichernde**  
**Einkommen selbstbestimmt leben WIRT-**  
**SCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT sozi-**  
**ale Sicherheit Rechtsgleichheit GEWALT-**  
**FREI LEBEN sichere Arbeitsverhältnisse qua-**  
**lifizierte Kinderbetreuung Altern in Würde**  
**MACHT- UND FÜHRUNGSPPOSITIONEN**  
**Vereinbarkeit von Familie und Beruf kurze**  
**Vollzeit Solidarität GERECHTE BEZAHLUNG**  
**FÜR ERZIEHUNG UND PFLEGE Anerkennung**  
**sozialer Tätigkeiten Gleichstellung ...**  
**100 % Gleichberechtigung**

Münchner Frauenkonferenz 2013  
„next\_generation“

Konferenzbericht, 10. Juli 2013,  
Rathaus, Landeshauptstadt München

**Impressum**

Herausgeberin Landeshauptstadt München  
Gleichstellungsstelle für Frauen  
Marienplatz 8, 80331 München  
gst@muenchen.de

Verantwortlich Michaela Pichlbauer, Gst  
Marion Bär, Gst

Redaktion Tamara Enhuber  
Marion Bär, Gst

Fotos Michael Nagy, Presseamt LH München  
Tamara Enhuber und  
KonferenzteilnehmerInnen

Gestaltung Wolfgang Gebhard  
:Visuelle Kommunikation

Druck LH München  
Direktorium, Stadtkanzlei

Gedruckt auf Papier  
aus 100 % Recyclingpapier

Januar 2014





**Michaela Pichlbauer**  
Gleichstellungsbeauftragte  
der Landeshauptstadt München

## Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Publikation halten Sie die Zusammenfassung der Vorträge und Diskussionen unserer *Münchner Frauenkonferenz 2013 „next\_generation“* in Händen, die am 10.07.2013 im Alten Rathaussaal stattgefunden hat. Es war großartig mitzuerleben, wie an diesem zentralen Ort kommunaler Politik rund 400 Frauen und auch etliche Männer zusammenkamen, um hochkarätige Referentinnen zu hören und über historische und aktuelle Perspektiven der Gleichstellung von Frauen zu diskutieren.

Die 2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München, Frau Christine Strobl eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache, die mit Münchner Perspektiven einen Bezug zur Geschichte der Emanzipation herstellte.

Anfang des 20. Jahrhunderts hatten Frauen in Deutschland noch kein Wahlrecht und waren von der Gestaltung des politischen Lebens und der Gesellschaft weitgehend ausgeschlossen. Durch die politische Kraft und Umsetzungsstärke vieler Frauen ist seitdem viel passiert, aber der Erfolg der Gleichstellung kam nur in kleinen Schritten: Noch 1977 benötigten Ehefrauen von ihren Ehemännern eine Einwilligung, wenn sie einer beruflichen Tätigkeit nachgehen wollten, und erst 1997 wurde die Vergewaltigung in der Ehe zum Straftatbestand.

Heute ist die Gleichberechtigung der Geschlechter formaljuristisch weit fortgeschritten. Sie ist durch viele Gesetze verbindlich geregelt, die Umsetzung ist durch Gremien institutionalisiert.

Wären da nicht die erlebte Realität und die faktischen Zahlen, die der proklamierten Gleichberechtigung widersprechen: Auch heute noch verdienen in Deutschland Frauen im Durchschnitt 22 % weniger als Männer, nur zu etwa 3 % bis

7 % sind sie in den bundesdeutschen Vorständen vertreten, und häusliche Gewalt durch den Partner ist, noch vor Verkehrsunfällen und Krebserkrankungen, eines der größten Gesundheitsrisiken von Frauen.

Die drei Hauptrednerinnen der Konferenz vertreten die drei Generationen, die in unserer Gesellschaft heute aktuell Frauenleben gestalten.

Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a.D., referierte zum Thema „Frauenrechte aus juristischer und historischer Perspektive“ und zeigte auf, wie sich die rechtliche Situation von Frauen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute entwickelt hat.

Frau Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, führte in ihrem Beitrag „Wie junge Frauen heute leben wollen“ aus, wie sehr sich Lebensentwürfe von Männern und Frauen heute eigentlich gleichen und wie unterschiedlich sich die Entwicklung aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Lebensverlauf dann darstellt.

Mit ihrem Vortrag „Aufbruch ins Netz“ informierte Frau Teresa Bücken, Referentin für Social Media und Aktivistin aus Berlin, über neue Kommunikations- und Aktionsformen in der Frauenbewegung, um für Themen wie Gleichberechtigung und Frauenpolitik in der Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit zu erzielen.

Frau Olena Semenova aus der Partnerstadt Kiew war zum Zeitpunkt der Konferenz aufgrund des Christopher Street Day in München und gab aus diesem Anlass zum Abschluss des Vormittags einen kurzen Bericht über die schwierige Situation lesbischer Frauen in der Ukraine.



Das Team der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München

Um einen Live-Eindruck zu erhalten, können Sie sich die Vorträge auch auf unserer Internetseite [www.muenchen.de/frauegleichstellung](http://www.muenchen.de/frauegleichstellung) als Video ansehen.

Am Nachmittag bot sich die Möglichkeit, in sechs themenbezogenen Gesprächsforen zur Weiterentwicklung der Gleichstellungsarbeit speziell in München zu diskutieren. Hier waren unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt, wie Frauengeschichte, körperliche Selbstbestimmung, Arbeitswelt, Frauenarmut, aber auch die Vernetzung von Frauen und die Umsetzung frauenpolitischer Forderungen.

Die *Münchner Frauenkonferenz 2013 „next\_generation“* war eine Veranstaltung der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München. Grundlage für die Konferenz war ein Antrag der Stadtratsfraktion der SPD zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages im März 2011, der die Durchführung einer Konferenz „100 Jahre Frauenrechte in München“ vorsah. Um sowohl den historischen als auch den zukunftsweisenden Aspekten der gesamten Thematik gerecht zu werden, hat die Gleichstellungsstelle für Frauen eine mehrstufige Umsetzung des Antrages, auch in Kooperation mit anderen Stellen, vorgenommen.

Der 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages wurde im Rahmen einer gemeinsam mit dem DGB Bayern durchgeführten Großveranstaltung gefeiert. Die hierzu herausgegebene Broschüre „1911 bis 2011 – 100 Jahre Internationaler Frauentag“ finden Sie auch auf unserer Internetseite.

Ein weiterer wichtiger Baustein, der vor allem die Historie beleuchtet, ist der ThemenGeschichtspfad „Die Geschichte der Frauenbewegung in München“, 2012 erstmals herausgegeben durch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München, der aufgrund der sehr großen

Nachfrage bereits jetzt in die 3. Auflage geht. Diese Publikation geht zurück auf einen Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen/Rosa Liste aus dem Jahr 2010, der ursprünglich ein Kunstwerk „100 Jahre internationaler Frauentag“ vorsah.

Aktuelle und zukünftige Entwicklungen der Frauengleichstellungspolitik wurden auf dem Symposium „feminismus\_reloaded“ (Kooperationsveranstaltung mit der Münchner Volkshochschule und der LMU München, 2011) und der Tagung „Es geht um mehr – Gender und Utopien“ (Kooperationsveranstaltung mit dem „Netzwerk Genderforschung und Gleichstellungspraxis in Bayern“ und der Evangelischen Akademie Tutzing, März 2013) diskutiert.

Mit der *Münchner Frauenkonferenz 2013 „next\_generation“* wurde der Kreis von den Frauenrechten aus historischer Sicht zur Zukunft junger Frauen geschlossen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen, sich erinnern und bei der Entwicklung von Visionen, denn ...

„Glaube nicht: Es muss so sein, weil es nie anders war.  
Unmöglichkeiten sind Ausflüchte steriler Gehirne.  
Schaffe Möglichkeiten!“ Hedwig Dohm

Michaela Pichlbauer  
Gleichstellungsbeauftragte  
der Landeshauptstadt  
München

Marion Bär  
Projektverantwortliche,  
Gleichstellungsstelle für  
Frauen

## Inhalt

### Impressum

- 2 **Vorwort**  
Michaela Pichlbauer, Gleichstellungsbeauftragte  
der Landeshauptstadt München
- 6 **Konferenzöffnung**  
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München
- 10 **Vorträge**  
**Frauenrechte aus juristischer und historischer Perspektive**  
Prof. Dr. Dr. hc. mult. Jutta Limbach  
Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts a. D.
- 14 **Wie junge Frauen heute leben wollen**  
Prof. Jutta Allmendinger Ph. D.  
Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
- 16 **Die ersten Jahre sind entscheidend**  
Prof. Jutta Allmendinger Ph. D.  
SZ-Interview geführt von Ulrike Heidenreich
- 20 **Aufbruch ins Netz**  
Teresa Bücken, Freie Autorin und Aktivistin, Berlin
- 30 **Die Situation lesbischer Frauen in der Ukraine**  
Olena Semenova, Organisationskomitee des KyivPride, Kiew
- Diskussionsforen**
- 34 **Forum 1**  
**Macht Geschichte Zukunft?**  
Christina Eder, Mareile Müller und Zara S. Pfeiffer
- 38 **Forum 2**  
**Gute Arbeit – aber nicht für alle!**  
**Frauen in der Münchner Arbeitswelt**  
Dr. Anneliese Durst und Robert Hanslmaier  
Unter Mitarbeit von Anke Drexler, Susanne Grohs-von Reichenbach,  
Jutta Klein, Claudia Thoma und Daniela Weidlich
- 42 **Forum 3**  
**Frauenarmut in München**  
Christiane Berger und Anne Hübner
- 48 **Forum 4**  
**Mein Körper gehört mir!**  
Rebecca Fertl und Dr. Babette Schneider
- 54 **Forum 5**  
**Wie funktioniert vernetzte kommunale Frauenpolitik?**  
Lydia Dietrich, Christa Weigl-Schneider und Eva Wobbe
- 62 **Forum 6**  
**Kooperation gegen Diskriminierung**  
Martha Doll, Ulrike Mößbauer und Michaela Pichlbauer
- 66 **Rundgang zur Geschichte der Frauenbewegung in München**  
**Bilder Führung ThemenGeschichtspfad**

## Begrüßung





**Christine Strobl**

2. Bürgermeisterin  
der Landeshauptstadt München

Beschwerdekommision zur Verfolgung nicht eingehaltener Schutzbestimmungen und die Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts für jugendliche Arbeiterinnen.

1902 – ich glaub, da sag ich nichts Neues – gab es ja noch kein Frauenwahlrecht und von der Gestaltung des politischen Lebens auch in unserer Gesellschaft waren Frauen ausgeschlossen. Es gab sogar noch, z. B. in Bayern und Preußen, ein Verbot für Frauen, sich an politischen Vereinen und Versammlungen zu beteiligen. Und nachdem „politischer Verein“ nicht so exakt definiert war, war der Willkür natürlich auch der Polizeibehörden keine Grenze gesetzt, so dass nahezu jeder Frauenverein immer von Auflösung auch bedroht war.

Eine legendäre Teilnehmerin dieser Frauenkonferenz – die finden Sie übrigens auch auf der Einladung vorne – war Lily Braun. Sie ist auf dem Flyer abgebildet mit ihren Mitstreiterinnen vom Verband für Frauenstimmrecht. Sie können auf diesem Foto auch Anita Augspurg sehen, nach der der Frauenförderpreis der Stadt München benannt ist und der seit 1994 von unserer Stadt vergeben wird.

Toni Pfülf – auch dieser Name ist nicht unbekannt – trat damals anlässlich dieser Frauenkonferenz in die SPD ein und sie hat 1905 dann in einem Münchner Bierkeller eine Rede gehalten – in Männerkleidung, weil Frauen eben nicht Mitglied in politischen Vereinen werden durften. Da hat sich auch einiges geändert dank vieler Errungenschaften, vieler Beschlüsse wie z. B. der Quote.

Das sind sozusagen die Vorkämpferinnen und sie haben viele Forderungen auf den Weg gebracht, von denen einiges umgesetzt worden ist. Und wenn man natürlich eine längerfristige Perspektive hat wie diese 100 Jahre eben, dann sieht man, dass die Unterschiede dann doch sehr deutlich sind. Wenn man immer nur so einen kleinen Ausschnitt sieht, dann denkt man „Oh, es geht jetzt wieder gar nix vorwärts“. Mir geht’s manchmal so, dass ich mir denke „Mei, was ist jetzt wieder?“; wenn ich dann wieder die Zahlen sehe und es hat sich nichts geändert. Aber wenn man natürlich eine längere Perspektive hat, dann gibt einem das doch immer wieder Auftrieb und auch Mut, weil man weiß, es muss was verändert werden. Und man muss immer wieder dran denken, dass wir den Druck weiterhin brauchen, weil es auch immer wieder ganz schnell ein oder zwei Schritte zurück gehen kann und das sollten wir uns auch immer vor Augen halten.

## Liebe Frauen und vereinzelte Männer,

ich darf Sie *alle* ganz herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie heute gekommen sind. Ich kenne viele von Ihnen aus jahrelanger Zusammenarbeit und ich denke, Sie sind heute vor allen Dingen gekommen, um zunächst Frau Prof. Limbach zu hören und ich freue mich sehr, dass sie heute da ist und sich das nicht hat nehmen lassen, heute hierher zu kommen. Also nochmal ein herzliches Willkommen an Sie.

Wir haben im Vorfeld zu dieser Veranstaltung auch mal geschaut, ob’s denn schon eine Münchner Frauenkonferenz gegeben hat – tatsächlich mit diesem Namen „Frauenkonferenz“ – und wir haben eine Veranstaltung gefunden. Die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen mögen’s mir jetzt nachsehen – es war die „Sozialdemokratische Frauenkonferenz in München“ am 13. und 14. September 1902 – hier im Kreuzbräu in München, und wesentliche Inhalte der damaligen Konferenz waren die Forderungen nach dem Frauenwahlrecht, nach dem Recht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit für Frauen und dem gesetzlichen Schutz von Frauen-, Kinder- und Heimarbeit.

Der Arbeitstag hatte 1902 12 Stunden, das war so die Regel, und die Frauen der Konferenz haben eine Verkürzung auf acht Stunden gefordert. Sie haben gefordert, für jugendliche Arbeiterinnen die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 4 bis 6 Stunden und das Verbot jeglicher Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder. Also man sieht, da hat sich schon einiges geändert. Es ist auch gefordert worden, Schutzfristen bei Schwangerschaft und Geburt einzurichten, eine



Münchner Frauenkonferenz 2013  
„next\_generation“ im Alten Rathausaal

Frauen sind formaljuristisch mittlerweile gleichberechtigt. Wir brauchen keine Unterschriften mehr von unserem Ehemann, damit wir einer Berufstätigkeit nachgehen oder größere Anschaffungen tätigen können. Frauen können wählen und sich selbst zur Wahl stellen. Und wir sollten auch mal ausnutzen, dass die Wählerinnen- und Wählerschaft zu über 50 % weiblich ist. Da kann man doch auch das Eine oder Andere bewirken.

Wir können studieren, wir können berufstätig sein, und es gibt Frauen, die tatsächlich auch Karriere machen und Familie und Kinder miteinander vereinbaren können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist durch Gesetze verbindlich festgelegt, die Umsetzung ist durch Gremien institutionalisiert worden, in manchen Teilen der Gesellschaft ist die herrschende Meinung, dass die Frauenbewegung, der Feminismus ausgedient haben und wir hätten ja alles erreicht.

So ist das natürlich nicht, das wissen viele von Ihnen, nicht nur aus eigener Erfahrung, sondern einfach durch die puren Zahlen:

22 % verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer. 55 % der Arbeitnehmerinnen arbeiten in sogenannten atypischen Arbeitsverhältnissen. Da braucht man sich über die Rentenlücke von 60 % gegenüber den Männern dann auch nicht mehr wundern!

Der Frauenanteil bei Beschäftigungsformen wie Teilzeitbeschäftigung und Minijobs liegt bei 80 %. Wenn wir uns diesen wirtschaftlichen Bereich anschauen – wie gesagt, juristisch sind wir formal gleichberechtigt – wirtschaftlich bei Weitem noch nicht – und wenn wir auch an diverse Entscheidungen denken, die in den letzten Jahren gefallen sind / noch fallen werden – Ehegattensplitting, neues Unterhaltsrecht, Betreuungsgeld – dann müssen wir uns schon fragen, ob es auf der politischen Ebene in allen



Christine Strobl, Jutta Limbach und Michaela Pichlbauer

Bereichen tatsächlich diesen durchgängigen Willen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter dann tatsächlich in der Praxis auch gibt. Ich stelle mir da gelegentlich die Frage und beantworte sie ab und zu mit „Nein“.

Ich freue mich sehr, dass wir heute Frau Prof. Jutta Limbach, die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, für unsere Konferenz gewinnen konnten, und sie wird in ihrem Vortrag natürlich auch auf dieses Thema eingehen: Frauenrechte.

Gesellschaftliche Strukturen, die den Weg versperren zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichstellung, die die Lebenswünsche der jungen Generation konterkarieren, das ist die zweite wichtige Perspektive, unter der wir heute weiterdenken wollen. Deswegen ja auch der Titel „next\_generation“. Ich habe schon überlegt, zu welcher Generation ich gehöre – das können Sie sich jetzt aussuchen. Aber ich freue mich, dass wir dieses Thema „Wie junge Frauen heute leben wollen“ dann im Vortrag von Frau Prof. Jutta Allmendinger hören. Wir unternehmen ja von der Stadt sehr viele Anstrengungen zur Förderung von Frauen und der Gleichberechtigung, und Sie werden heute in den Diskussionsforen das eine oder andere natürlich noch näher beleuchten. Ich möchte noch ein paar Stichworte nennen:

Wir haben als Stadt München immer zwei Handlungsfelder. Zum einen wirken wir in unsere eigene Verwaltung hinein. Wir haben 32.000 Beschäftigte allein in der Hoheitsverwaltung,

## Konferenz- eröffnung

**Christine  
Strobl**

dazu kommen noch unsere Beteiligungsunternehmen wie z. B. die Stadtwerke. Wir sind damit die größte Arbeitgeberin in dieser Stadt. Von den Beschäftigten im Hoheitsbereich sind rund 57 % Frauen. Wir wissen, dass wir uns hier natürlich entsprechend engagieren müssen. Wir versuchen aber auch in die Münchner Stadtgesellschaft hineinzuwirken. Laut unserem letzten Zensus haben wir fast 50.000 Frauen mehr in unserer Stadt als Männer. Das ist natürlich auch etwas, worauf wir uns einstellen müssen.

Die Stadt als Arbeitgeberin hat sehr viele Maßnahmen unternommen, um Frauen im Arbeitsbereich gleichzustellen. Wir haben mittlerweile einen Anteil von Frauen in Führungspositionen von 47 %. Wenn man allerdings dann zu den ganz hohen Eingruppierungen kommt, in denen zum Beispiel auch ich mich befinde, dann sinkt der Anteil auf 30 %, und es schaut auch nicht in jedem Referat gleich gut aus. Man muss da auch – es ist halt der öffentliche Dienst – immer ein bisschen warten, bis es hochwächst/nachwächst, und ich denke, wir werden auch hier die 50 %-Marke erreichen. Zumindest werden die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat alles dafür tun, dass wir diese 50 % auch in den höheren Eingruppierungen erreichen werden.

Ich freue mich auch sehr, dass Friedel Schreyögg heute da ist, die ja die erste Leiterin unserer Gleichstellungsstelle war und die mit ihrer Arbeit dafür gesorgt hat, dass gerade in der Verwaltung sehr viel vorangegangen ist, auch wenn sie sich am Anfang manchmal – und auch nicht nur am Anfang, sondern immer mal wieder – ich sag's jetzt mal so, auch in der Kritik gesehen hat, weil es dann immer geheißen hat: „Wieso regt Ihr Euch da auf? Das braucht's doch alles gar nicht. Es wird schon irgendwann.“ Und ich möchte mich bei ihr nochmal für den jahre-, ja, jahrzehntelangen, muss man sagen, Friedel, jahrzehntelangen Einsatz für die Frauen in unserer Stadt bedanken, nicht nur in der Verwaltung, sondern auch außerhalb.

Ich könnte Ihnen jetzt noch ganz viel aufzählen. Ich lasse das jetzt. Wie gesagt, Sie können viele Themen heute Nachmittag noch vertiefen. Ich möchte nur einen Punkt noch herausgreifen, das ist das Thema „equal pay“. Wir versuchen auch hier, uns an der eigenen Nase auch in der Verwaltung zu fassen bzw. bei der Stadt München. Es gibt entsprechende Stadtratsanträge mittlerweile, dass wir auch in unserem Bereich untersuchen: „Wie schaut es denn aus mit der gleichen Bezahlung?“ Gewöhnlicher Weise geht man davon aus, dass man sagt: „im öffentlichen

Dienst ist das einfach so“, aber es ist nicht ganz so. Und, wie gesagt, wir werden es hier bei der Stadt München auch genau untersuchen, was man in diesem Bereich tun kann und wie die Situation tatsächlich ausschaut. Und wir werden auch weiterhin die Kampagnen zu „equal pay“ unterstützen.

Wir haben heute den Titel „next\_generation“ und ich freue mich deswegen auch sehr, dass wir im dritten Vortrag heute Teresa Bücken aus Berlin hören können, die dann doch eine andere Generation repräsentiert.

Für mich stellt sich die Frage, wie wir die zwei oder drei Generationen Frauenleben aktuell gestalten, uns gegenseitig auch wahrnehmen, wie wir voneinander lernen, wie wir kooperieren und wie wir uns vernetzen, bei allen unterschiedlichen Lebensentwürfen, die wir repräsentieren.

Und eine Frau ist heute hier, die ganz genau weiß, was passiert, wenn man das nicht tut, und das ist Olena Semenova, die heute anlässlich des CSD hier in München ist, worüber ich mich sehr freue. Weil in Ländern wie der Ukraine hat dieses Thema einen ganz anderen Stellenwert als bei uns und man muss, um Dinge durchzusetzen, manchmal auch Leib und Leben einsetzen. Dafür möchte ich mich bei ihr bedanken, auch für den Mut, und ich freue mich sehr, dass sie heute hier ist. Herzlich willkommen noch einmal.

Ich wünsche Ihnen heute einen schönen Tag, einen schönen Arbeitstag, auch Nachmittag dann in den Foren. Ich hoffe, dass viele Ergebnisse dabei herauskommen, die wir auch auf der Münchner Ebene umsetzen können. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Münchner Stadtrat werden auch versuchen, solche Dinge immer umzusetzen. Ich glaube, wir sind in München bekannt dafür, dass wir, was Frauenpolitik angeht, mit an der Spitze in Deutschland stehen und darauf sind wir auch sehr stolz. Das hat natürlich nicht nur mit der Politik zu tun, sondern auch mit Ihnen allen, die sich in diesem Bereich engagieren, die sich vernetzen, die Forderungen stellen, die neue Themen einbringen und die vieles voranbringen. Dafür möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken.

Und jetzt freue ich mich sehr darauf, dass ich das Wort an unsere erste Referentin, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach übergeben darf.

Dankeschön.

## Vorträge



## Vortrag

Prof. Dr. Dr.  
hc. mult.  
Jutta Limbach



## Frauenrechte aus juristischer und historischer Perspektive

### Bürgerliche und sozialistische Frauen- bewegung

Das Photo auf der Einladung mit den koketten Damen ist eigentlich eine Ikone der bürgerlichen Frauenbewegung; trotz Lily Braun und Minna Cauer. Beide haben sich wohl eher als Sozialistinnen begriffen, wenngleich sie bei den Sozialdemokraten nie so richtig heimisch geworden sind. Aber das ist – wie das Verhältnis der beiden Frauengruppen, der bürgerlichen und der proletarischen, zueinander – ein eigenes Vortragsthema, das ich heute nur kurz streifen möchte.

Die bürgerlichen Frauen waren vorzugsweise an dem Recht auf Bildung und an dem Frauenstimmrecht interessiert. Die sich von jenen bewusst abgrenzende sozialistische Frauenbewegung hielt die Dienstbotenfrage, d.h. ein modernes Gesinderecht, und die Probleme der Heimarbeiterinnen für dringlicher als die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte.

Kurzum: *die* Frauenbewegung – als eine einheitliche gedacht – hat es nie gegeben. Die Frauenbewegungen – die Historikerin Gisela Bock wählt bewusst den Plural – hatten „einen beträchtlichen Teil ihrer Energie darauf zu verwenden, die unterschiedlichen Loyalitäten und Spaltungen zu überwinden.“ Das gilt auch für die heutige Zeit. Die Frauen waren und sind keine gesonderte Gruppe, sondern waren und sind, so treffend Gisela Bock, in allen gesellschaftlichen Gruppen präsent und kennen auch heute verschiedene, mitunter einander widerstreitende Loyalitäten.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Jutta Limbach, von 1994 bis 2002 Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, 1989 bis 1994 Senatorin für Justiz des Landes Berlin und 1992 bis 1993 Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat.  
Frau Prof. Dr. Limbach studierte Jura und wurde 1971 auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht und Rechtssoziologie an der Freien Universität Berlin berufen. 1987 bis 1989 gehörte sie als Mitglied dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit an, seit 1987

### Was ist erreicht worden?

- Im Gegensatz zu meiner Urgroßmutter kann ich politische Versammlungen besuchen, wählen und gewählt werden; ja, wir dürfen auch selbst politische Vereine gründen oder zu politischen Versammlungen einladen.
- Im Gegensatz zu unseren Großmüttern können wir Universitäten besuchen, Ärztinnen, Professorinnen oder Richterinnen werden.
- Im Gegensatz zu meiner Mutter habe ich das Recht erwerbstätig zu sein, ohne auf das Einverständnis meines Mannes angewiesen zu sein.
- Im Gegensatz zu uns Älteren haben unsere Töchter das Recht, bei der Eheschließung ihren Mädchennamen zu behalten.
- Die wechselvolle Geschichte des § 218 StGB im vorigen Jahrhundert sei hier nur als Stichwort erwähnt.
- Nicht zuletzt gibt es ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Gerade an dieser Errungenschaft zeigt sich jedoch die Diskrepanz zwischen geschriebenem Recht und der Rechtswirklichkeit.

Hier sollten wenigstens Elisabeth Selbert und Hans-Jochen Vogel erwähnt werden, die an diesen Rechtsfortschritten einen erheblichen Anteil haben.

### Soziale Ungleichheit zwischen den Frauen

An einem Tag wie heute sollten wir bedenken, dass es nicht nur eine soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, sondern auch eine unter den Frauen gibt, die übrigens immer größer wird. Die Frauen unterscheiden sich, wie die Familiensoziologin Rosemarie Nave-Herz treffend dargelegt hat, stark nach ihren wirtschaftlichen Ressourcen, Lebenslagen und Lebensstilen voneinander. Die Frage des beruflichen Aufstiegs interessiert die eine Gruppe, die

ist sie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Gesetzgebung. 2002 bis 2008 war sie Präsidentin des Goethe-Instituts. Seit 2003 ist sie Vorsitzende der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ („Limbach-Kommission“). Sie ist Mitglied im Stiftungsrat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels sowie Vorsitzende des Medienrats der Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Frau Prof. Dr. Limbach ist Mitherausgeberin mehrerer wissenschaftlicher Zeitschriften und einer Schriftenreihe zur Gleichstellung der Frau. Von den Universitäten Basel, Bremen,

Rotterdam, York (Toronto) und vom University College London wurde der Rechtswissenschaftlerin der Ehrendoktorinnen-Titel verliehen.

Frau Prof. Dr. Limbach ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes und Empfängerin zahlreicher anderer Auszeichnungen, u. a. des Humanismus-Preises des Deutschen Altphilologenverbandes, der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg und des Heinrich-Albertz-Friedenspreises der Arbeiterwohlfahrt (AWO).



terschaft“. Und in der Tat sind für Migrantinnen die Lebensverhältnisse wegen der Trennung von ihren Kindern und Angehörigen noch schwieriger und seelisch belastender als für die in Deutschland lebenden Frauen. Diese Probleme können uns nicht gleichgültig lassen, sondern müssen ein herausforderndes Thema der Frauenpolitik sein.

Bei der Suche nach Lösungen gilt es, nicht in die Falle des Muttermythos zu tappen. Es kann nicht unsere Sache sein, „Argumente für eine Rückkehr der Frau ins Haus“ zu liefern. Aber die Quote kann und darf nicht ohne die Vereinbarkeitsproblematik diskutiert werden. Vor allem kann es uns Frauen nicht gleichgültig lassen, dass Geschlechtsgenossinnen die bescheidenste soziale Sicherheit entbehren.

Zu den Fragen der Minijobs, der Entgeltgleichheit und der Quote in der freien Wirtschaft – drei Fragen, die es mit gleicher Intensität zu beantworten gilt – haben die Frauen ein unerwartetes Geschenk bekommen, nämlich das von einer Sachverständigenkommission erarbeitete Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Es ist kaum zu erwarten, dass dieses Gutachten zur beruflichen Bibel der jungen Familien- und Frauenministerin werden wird. Dafür ist dieser zu problembewusst und an einem baldigen Wandel der Verhältnisse interessiert. Die Ministerin hat diesen Bericht nicht einmal persönlich entgegen genommen. Daraus folgt, dass dieses Gutachten über die Parteigrenzen hinweg von den Frauen studiert, als Herausforderung begriffen und unterstützt werden muss.

Die Frankfurter Rundschau hat die Empfehlungen der Sachverständigenkommission als sozialdemokratische charakterisiert, was deren Reputation in den Augen der Ministerin gewiss nicht gesteigert hat. Doch vergessen wir nicht, dass ihre der CDU angehörige Amtsvorgängerin Ursula von der Leyen und nicht etwa die rot-grüne Koalition den Auftrag erteilt und die Experten ernannt hat.

wohl heute hier versammelt ist. Anderen Frauen ist die Karriere völlig gleichgültig: Sie kämpfen schlicht um die Sicherheit ihrer sozialen Existenz. Die qualifiziert berufstätige Frau kann ihre Familienarbeit auf eine Kinderfrau oder Haushaltshilfe delegieren. Wenn diese auf der Basis von Minijobs tätig sind, entbehren sie zumeist den Schutz vor Arbeitslosigkeit und Krankheit und den Rentenanspruch.

Die in qualifizierten Jobs tätigen Frauen verdanken ihren Wohlstand, und das meint auch ihre Erwerbstätigkeit, häufig Frauen, die ihre Familien zeitweilig sich selbst überlassen, um in ungesicherten Arbeitsverhältnissen als Altenpflegerin, Haushälterin, Kinderfrau oder Putzfrau das Lebensnotwendige für ihre Familien – die häufig in osteuropäischen Ländern leben – zu verdienen. Dieses Phänomen der privaten oder individuellen Lösung der Vereinbarkeitsproblematik wird gern mit Bezug auf die Migration von Frauen diskutiert, die fern von ihren Kindern eine Arbeitsstelle suchen.

Christine Ivanov, die diesem Phänomen einen Literaturbericht in den *Feministischen Studien* gewidmet hat, spricht von „transnationaler Mut-



## Vortrag

**Prof. Dr. Dr.  
hc. mult.  
Jutta Limbach**

Es ist eine Freude, mit welcher Verve selbst konservative Geister heute die Quote in der freien Wirtschaft, die Abschaffung des Ehegattensplittings und den Mindestlohn diskutieren. Trotz des rauen Gegenwindes aus konservativen Kreisen hat sich die überwiegend mit Frauen besetzte Kommission zu diesen Vorschlägen durchgerungen.

Die Experten und Expertinnen haben sich der Lebensverlaufsperspektive verschrieben. Das bedeutet, dass sie ihre Aufmerksamkeit nicht allein auf die zeitbedingten Handlungsmöglichkeiten und -wünsche der Frau verengen. Sie sind der Meinung, dass eine Erfolg versprechende Gleichstellungspolitik den gesamten Lebensverlauf im Auge behalten müsse. Sie wenden sich daher gegen die Minijobs begünstigenden Politikanreize, die das kurzfristige Denken der jungen Frauen bedienen, aber mit dazu beitragen, dass die Frauen in großer Zahl im Alter „arm dran“ sind.

Die Experten und Expertinnen stellen sich auch die Frage, ob unsichere Erwerbsaussichten in der Epoche des marktgängigen Menschen (Richard Sennett) zu einem Aufschub, wenn nicht gar Verzicht auf Elternschaft und Familie führen. Wie hat es Heiner Geißler so treffend gesagt: „Wenn junge Leute ein Berufsleben vor sich sehen, das nur aus Minijobs und befristeten Arbeitsverträgen besteht, dann verlieren sie zwar nicht die Lust am Sex, aber die Lust auf Kinder.“

### Wandel durch Recht

Ist das Recht ein Motor des gesellschaftlichen Wandels? Wir Juristen und Juristinnen, jedenfalls die aufgeklärte Spezies derselben, sind nicht sehr rechtsgläubig. Wenn angesichts eines Missstandes nach schärferen Gesetzen gerufen wird, zeigen wir uns zumeist wenig begeistert. Wissen wir doch zu gut, dass das Recht ein schwerfälliges Instrument ist, das für sich allein die Wirklichkeit nicht ändert. Diese Erfahrung haben wir vor allem im Familien- und Eherecht gemacht. So manches Relikt des Patriarchats hat sich trotz der Rechtsfortschritte als zählebig erwiesen. Gesetze formulieren zumeist nur ein Programm, das es erst auszufüllen und durchzusetzen gilt. Bereits die Tatsache, dass nach wie vor die Frauen auf dem Arbeitsmarkt, als geschiedene Mütter und im Alter arm dran sind, belegt dies. Während die Frauen in der Arbeitslosen- und der Sozialhilfestatistik überrepräsentiert sind, schlägt ihr Anteil bei qualifizierten Posten und höheren Berufsständen nur gering zu Buche.

Wir wissen, dass egalitäres, d.h. gleichberechtigendes und verpflichtendes Recht für sich allein die Wirklichkeit nicht verändert. Gleichwohl wäre es undankbar zu behaupten, dass sich durch das neue Recht in der Gesellschaft nichts bewegt hätte. Neues Recht kann dazu beitragen, dass sich das gesellschaftliche Denken und Handeln wandelt. Diese Prozesse verlaufen schwerfällig und langwierig. Sie können durch das Handeln von Behörden und die Fürsprache von öffentlichen Meinungsführern, vorne an der Intellektuellen und Funktionseliten, unterstützt und beschleunigt werden. Ängste wie die, dass die Reform des Ehe- und Familienrechts das Chaos heraufbeschwören, ja den Untergang des christlichen Abendlandes zur Folge haben werde, können und sind von der Wirklichkeit widerlegt worden.

Ein Paradebeispiel dafür, dass ohne ein Gesetz die Rechtsgleichheit von Frau und Mann auf der Stelle tritt, ist die Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft. Die Lohngleichheit und die Präsenz der Frauen in Macht- und Spitzenpositionen seien nur als Stichwörter genannt. Anfang unseres Jahrhunderts war bereits ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft entworfen worden. Doch die seinerzeitige Familienministerin Christine Bergmann wurde „ausgebremst“. Statt das Gesetz in den Bundestag einzubringen, schloss die Bundesregierung am 02.07.2001 mit einigen Spitzenverbänden der Wirtschaft eine „gesetzesvertretende Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“.

Diese Vereinbarung hat sich als ein untaugliches Steuerungsinstrument erwiesen und hat in den Reihen der Wirtschaft kaum Gefolgschaft gefunden. Worauf die gegenwärtige Familienministerin ihr Vertrauen in die Wirksamkeit einer neuerlichen Empfehlung gründet, steht in den Sternen.

Das beste Ehe- und Arbeitsrecht kann die Teilhabe der Frauen am Rechts- und Wirtschaftsleben nicht verbessern, wenn diese keinen Gebrauch davon machen. Offenbar lassen es die Frauen – vor allem die qualifizierten unter ihnen – an Eifer fehlen. Gleich zwei Bücher und einige Aufsätze in der letzten Zeit sind der Rückkehr der Frauen an den häuslichen Herd gewidmet. Das Wiederaufleben der alten Rollenteilung führt Bascha Mika auf die Feigheit der Frauen zurück. So der Titel ihres jüngst erschienenen Buches. Die starke Verführungskraft der traditionellen Rollen verdanke sich nicht männlichem oder gesellschaftlichem Druck. Vielmehr scheue die Frau den beruflichen Wettbewerb und spiele zu Hause die Ausputzerin, die ihre häusliche Allzuständigkeit mit Unterordnung und Verzicht auf Selbstbehauptung bezahlte.



Jede dieser Autorinnen beschreibt ein Teil der Wirklichkeit, die wir unter dem Schlagwort des Selbstboykotts von Frauen zu registrieren pflegen. Doch wenn wir mit unseren feigen, von Schuldgefühlen geplagten und Stress verachtenden Geschlechtsgenossinnen ins Gericht gehen, sollten wir eines nicht aus dem Auge verlieren, dass das moderne Eherecht den Frauen kein Leitbild verordnet, sondern die Frage der Arbeitsteilung ins Private verwiesen, dem Konsens der Eheleute überantwortet hat. Auch wenn uns eines Tages die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt und die Väter zu wahren Partnern in der Familie geworden sind, wird es nach wie vor Mütter geben, die ihre kleinen Kinder vorzugsweise selbst betreuen wollen. Doch diese Aufgabenteilung, die grundsätzlich zu respektieren ist, sollte das Resultat einer freien Wahl sein. Diese sollte nicht durch gesellschaftliche oder wirtschaftliche Zwänge herbeigeführt worden sein.

Die französische Philosophin Elisabeth Badinter sieht die deutschen Frauen – weniger die Französisinnen – als Opfer der Ideologie von der guten Mutter, die sich voll und ganz ihren Kindern widmet. Dieser Muttermythos bedrohe nicht nur die von den Frauen erkämpften Freiheiten. Das Leitbild von der perfekten Mutter verhindere auch die Gleichheit der Geschlechter und lasse immer mehr Frauen auf Kinder verzichten.

Unter der Überschrift „Job, Kind, Haus, und du bist raus“ beschäftigt sich auch Christine Brinck mit dem Rückzug vieler Frauen aus dem Berufsleben und deren begrenztem Eifer. Warum, so fragt sie sich, sind Frauen nach wie vor weniger erfolgreich als Männer? Wollen sie überhaupt erfolgreich sein und was ist eigentlich Erfolg?

Wie das Journalistinnen gern tun, erzählt sie eine Anekdote von einem Wirtschaftsboss, der auf die Frage, wo er zu Hause sei, geantwortet habe: „Sitz 5A bei British Airways.“ Eben das, nämlich tagaus, tagein Flugzeuge und Hotels zu bevölkern, fänden viele Frauen wenig erstrebenswert. Scheuten aber begabte Frauen den Wettbewerb, dann blieben ihnen die Spitzenpositionen verschlossen. Sie stießen nicht an die gläserne Decke, weil man sie benachteilige, sondern weil es ihnen an Konkurrenzbereitschaft fehle.

Dass es andere Frauen gibt, die es geschafft haben, sich im Berufsleben an die Spitze vorzukämpfen, mitunter erst, als sie aus dem Größten heraus waren, verkennt Christine Brinck nicht. Dass es solche Vorbilder gibt, würzt sie mit der Einsicht, dass viele Frauen jenen nicht nacheifern wollten. Ihr letzter Satz lautet: „Sie haben die Wahl, wie die Männer.“



## Vortrag

**Prof. Jutta Allmendinger  
Ph. D.**



## Wie junge Frauen heute leben wollen

Am 1. August 2013 stehen die Eltern einjähriger Kinder an einem Scheideweg. Nehmen sie das Betreuungsgeld in Anspruch und betreuen ihr Kind zu Hause? Oder geben sie ihr Kind in eine Kita, wie es ihnen per Gesetz zusteht? Immerhin soll es dann 813 000 Kita-Plätze für unter Dreijährige geben und damit mehr als laut Statistik benötigt werden, betonte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Die Eltern könnten also selbst über die richtige Betreuung für ihre Kinder entscheiden.

### **Doch ist diese viel beschworene Wahlfreiheit tatsächlich vorhanden?**

Früher verstand man unter Wahlfreiheit, dass Frauen neben der Erziehung der Kinder und der Hausarbeit auch erwerbstätig sein dürfen und können. Heute wünschen sich Frauen nach wie vor Kinder und Familie. Sie wollen aber auch erwerbstätig sein und sie müssen es sogar. Die Erwerbsarbeit wird heute als gegeben gesetzt, wie die Reform des Unterhaltsrechts oder die Regelungen bei Hartz IV verdeutlichen. Eine lebenslange Alimentierung durch den (Ex-)Mann oder durch den Staat entfällt. Diese Änderungen sind machtvoll, da die Zahl der Scheidungen und der alleinerziehenden Mütter zugenommen hat.

Wenn die Politik eine eigenständige Absicherung von Frauen und Männern fordert, muss sie dafür eindeutige Anreize setzen, die in die gleiche Richtung weisen und systematisch aufeinander aufbauen. Doch in Deutschland fehlt eine geschlossene Kinder-, Bildungs-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Stattdessen ist es eher wie bei Buridans Esel. Der steht zwischen zwei gleich großen und gleich weit entfernten Heuhaufen. Er verhungert, weil er sich nicht entscheiden kann, von welchem er fressen soll.

Jutta Allmendinger ist seit 2007 Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie seit 2012 Honorarprofessorin für Soziologie an der Freien Universität Berlin. Sie studierte Sozialwissenschaften in Mannheim und an der University of Madison, Wisconsin und promovierte 1989 an der Harvard University. 1993 habilitierte sie sich an der Freien Universität Berlin. Zwischen 1988 und 1992 war sie am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und an der Harvard Business School tätig. 1992 bis 2007 war Jutta Allmendinger

Überträgt man dieses Bild auf die Familienpolitik, so steht der eine Heuhaufen für Maßnahmen, die Mütter zu Hause und später in knapper Teilzeit halten. Der andere Heuhaufen versinnbildlicht Maßnahmen, die Mütter relativ früh zurück in die Erwerbstätigkeit führen, allerdings nicht in Vollzeit. Dafür fehlt Müttern schlicht die Zeit. Sie arbeiten in Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt. Und landen damit in einer Einbahnstraße. Denn einmal Teilzeit heißt immer Teilzeit, so zeigt die Forschung. Und: Teilzeit ist weiblich. Mit verheerenden lebenslangen Folgen. Die berufliche Entwicklung stagniert, denn Führung in Teilzeit ist auch heute noch unüblich. Durch die kurzen Erwerbsarbeitszeiten erzielen die Frauen zudem über den Lebensverlauf betrachtet ein geringeres Einkommen als Männer. Der *gender income gap* ist in Deutschland nach wie vor sehr groß. Damit erreichen Frauen auch eine geringere eigene Altersrente, die häufig nicht einmal den Lebensunterhalt abdeckt. Die von den Männern abgeleiteten Renten fallen dagegen deutlich höher aus, sodass der Heiratsmarkt für Frauen auch heute noch attraktiver scheint als der Arbeitsmarkt.

Doch wie kommen die Frauen aus dieser Sackgasse heraus? Da sie hauptsächlich die Familienarbeit übernehmen, können sie nicht Vollzeit erwerbstätig sein. Dafür fehlt es an qualitativ guten Kitas mit langen Öffnungszeiten und an gebundenen Ganztagschulen mit einem didaktischen Konzept, das auch den Nachmittag umfasst und die Eltern tatsächlich entlastet.

Eine qualitativ gute Kinderbetreuung unterstützt nicht nur die Eltern, sie hilft auch den Kindern. Wir wissen, wie entscheidend die ersten Jahre für die Entwicklung eines Kindes sind: für seine kognitiven, sozialen, emotionalen Kompetenzen, für das Selbstwertgefühl und die Achtung anderer. Eine gute kindgerechte Förderung legt die Grundlagen für das ganze Leben. Viele Kinder wachsen heute ohne oder nur mit wenigen Geschwistern auf. Gute Kitas bieten hier hervorragende Bedingungen und lassen gleichermaßen Raum für eine qualitativ hochwertige Zeit mit den Eltern.

Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und leitete von 2003 bis 2007 das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Sie war Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (1999–2002) und ist Mitglied zahlreicher Akademien, Gremien und Beiräte, darunter der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. 2009 wurde sie mit dem „Communicator Preis – Wissenschaftspreis des Stifterverbandes“ ausgezeichnet, 2011 mit dem Verdienstorden des Landes Berlin und 2013 mit dem Schader-Preis der

Doch die deutsche Familienpolitik setzt eher auf Quantität, denn auf Qualität. Um bis zum 1. August noch möglichst viele neue Krippenplätze zu schaffen, wurden die Qualitätsanforderungen für den Neubau von Kindertageseinrichtungen sogar gelockert. Zudem fehlen Erzieherinnen und Erzieher. Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ist ein wichtiger Schritt. Doch wir brauchen deutschlandweit einheitliche Qualitätsstandards für Kindertagesstätten. Wir brauchen die soziale Anerkennung und eine bessere Bezahlung von Erziehung. Politik muss in eine gute Infrastruktur für Kinder investieren. Es geht um das Wohl von Kindern, um deren Bildung und um die Arbeitsmarktchancen der Eltern.

Gleichzeitig müssen wir beim Faktor Zeit ansetzen. Frauen wollen mehr Stunden arbeiten, sie wollen auch im Beruf Verantwortung übernehmen oder streben eine Führungsposition an. Doch sie sind nicht bereit, zu den Bedingungen der heutigen Männer zu arbeiten, mit einer Wochenarbeitszeit von mitunter 50 und mehr Stunden. Männer dagegen wünschen sich heute zunehmend kürzere Arbeitszeiten, um mehr Zeit mit ihren Kindern und ihrer Familie zu verbringen. Sie wollen nicht mehr zu den Konditionen ihrer Väter arbeiten. Allerdings: Wenn sie heute ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder unterbrechen, dann nur für kurze Zeit. Ansonsten müssen auch sie mit Karriere- und Einkommenseinbußen rechnen.

Ein Ansatzpunkt besteht folglich darin, die Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern umzuverteilen, also die bezahlte Erwerbsarbeit und die unbezahlte Familienarbeit. Mit einer neuen tariflichen Normalarbeitszeit von 32 bis 34 Stunden pro Woche würde das Arbeitsvolumen insgesamt nicht sinken. Die Wirtschaft könnte die Qualifikationen und die Innovationskraft der Frauen stärker nutzen. Die Produktivität von Männern würde zunehmen. Es geht um die Humanisierung von Arbeit und um Nachhaltigkeit.

Schader Stiftung. Außerdem wurde ihr am 4. Oktober 2013 das Bundesverdienstkreuz erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Jutta Allmendinger ist Autorin zahlreicher Bücher, darunter „Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen“ (2009), „Verschenkte Potenziale? Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen“ (2010) und „Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden“ (2012).



Gleichzeitig ermöglicht eine neue Normalarbeitszeit von 32 bis 34 Stunden pro Woche eine größere Flexibilität. Denn sie ist auf einen ganzen Lebensverlauf ausgelegt und umfasst Phasen ohne oder mit einer geringen Erwerbsarbeit ebenso wie Phasen mit einer hohen Erwerbsarbeitszeit. Diese werden in Lebenszeitkonten erfasst.

Bisher aber fällt es Betrieben schwer, flexible Arbeitszeiten über den gesamten Lebensverlauf hinweg zu sehen und zu gewährleisten. Dafür müssen sie sich strukturell anders aufstellen, Führung in Teilzeit ermöglichen, mehr Teamarbeit zulassen. Von Anfang an sollten sie mit den Frauen und Männern offen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen und verdeutlichen, dass Kinder willkommen sind. Kehren die Mütter und Väter nach der Elternzeit an ihren Arbeitsplatz zurück, hilft ihnen beispielsweise ein Eltern-Kind-Zimmer im Betrieb, damit sie sich mit ihren Kindern auch mal zurückziehen können. Eine Notfallbetreuung ist ebenfalls wichtig, etwa in Form von Belegplätzen in nahen Kindertagesstätten. Auch Besprechungszeiten müssen familiengerecht gelegt werden. Wo möglich sollte man Arbeitszeiten flexibel schneiden und keinesfalls auf lange Anwesenheiten setzen. Diese sind oft allemal unproduktiv. Die Betriebe sollten auch Zeiten für die Pflege von Eltern oder Großeltern und für Sabbaticals oder Weiterbildung mit den Frauen und Männern besprechen und diese einplanen.

Insgesamt müssen wir uns von alldem verabschieden, was heute als Schablone eines Normallebensverlaufs gilt: 45 Jahre in Vollzeit, ohne Unterbrechung. Stattdessen geht es um Entschleunigung und ein gleichberechtigtes Miteinander der Lebensräume. Nur so lässt sich eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer gewährleisten.

## Die ersten Jahre sind entscheidend

### Platz da! Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz und das Betreuungsgeld kommen

*Die Soziologin Jutta Allmendinger  
über die Nachteile des Betreuungsgelds,  
Rabenmütter und sinnvolle  
Instrumente der Familienpolitik*

Geschafft? Rein rechnerisch gibt es nun ausreichend Kindertagesstätten in Deutschland. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hat die Zahl von 813 000 Plätzen in dieser Woche verkündet – als frohe Botschaft verpackt. Doch die oft emotionale Debatte um den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz und das Betreuungsgeld hat ganz andere geschafft: Väter und Mütter. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen ändern sich stetig, die Familienpolitik gibt kaum Orientierung. Zurück bleiben Zweifel, welches Familienmodell das richtige ist. Die Berliner Soziologin Jutta Allmendinger sagt, die Gesellschaft sei verunsichert. Und in den großen Städten im Westen Deutschlands bereiten sich Eltern auf den Gang zum Gericht vor. Geschafft? Ein Ausblick

### **SZ: Die Debatte um die richtige Kinderbetreuung wurde mit sehr harten Bandagen geführt. Frauen werden als Glucken oder als Rabenmütter geschmäht.**

Jutta Allmendinger: Raben sind sehr intelligente und soziale Tiere. Wir können stolz sein, wenn Mütter und Väter Raben sind. Im Ernst: Die Kinder von den geschmähten Rabenmüttern sind keine emotional oder sozial vernachlässigten Kinder. Es geht ihnen gut. Und oft besser als den Kindern von Glucken. Frauen dürfen sich da nicht verunsichern lassen.

### **Ministerin Kristina Schröder erklärt die Debatte nun für beendet und feiert ihre Familienpolitik: Eltern könnten von August an frei wählen, wie sie ihr Kind betreuen lassen. Hat sie recht?**

Das sehe ich anders. Früher verstand man unter Wahlfreiheit, dass Frauen neben der Erziehung der Kinder und der Hausarbeit auch erwerbstätig sein können. Heute geht es darum, dass sie neben der Erwerbstätigkeit auch Zeit für Kinder und Familie haben. Die Erwerbsarbeit wird als gegeben gesetzt. Deutlich wird das an der Reform des Unterhaltsrechts oder bei Hartz IV. Diese Änderungen sind machtvoll, da die Zahl der Scheidungen zugenommen hat und immer mehr Frauen allein erziehen.

### **Wie hat sich die Diskussion über die richtige Betreuung auf die Gesellschaft ausgewirkt?**

Es hat die Menschen verunsichert. Eine gute, kindergerechte Erziehung in Kitas unterstützt die Entwicklung der Kinder, ermöglicht die Erwerbstätigkeit der Eltern und schützt damit auch vor Armut. Das Betreuungsgeld gibt Anreize, die Kinder daheim zu betreuen und die Erwerbstätigkeit lange zu unterbrechen. Es gefährdet damit insbesondere die eigenständige Absicherung von Frauen. Die Politik unterstützt damit zwei gegensätzliche Richtungen. Zudem wird der Schnitt zwischen bezahlter und unbezahlter Zeit immer unklarer. Kindererziehung ist bis zum 1. August eine unbezahlte Tätigkeit. Danach erhält man ein Betreuungsgeld. Erziehung wird damit der Erwerbsarbeit gleichgestellt – auf einem ganz, ganz niedrigen Niveau.

### **Mit dem Elterngeld wird doch bereits eine Auszeit für die Kinder unterstützt.**

Das ist richtig. Das Elterngeld bezieht ein Elternteil allerdings für maximal ein Jahr. Und es ist deutlich höher als das Betreuungsgeld. Je nach bisherigem Einkommen reicht es von 300 bis 1800 Euro im Monat. Das Betreuungsgeld liegt bei 100 Euro, das sind etwas mehr als drei Euro am Tag.

### **Das Betreuungsgeld ist ja eher als symbolische Anerkennung gedacht.**

Eine fatale und zynische Symbolik. Wenn man das Betreuungsgeld so deutet, zeigt es doch nur, dass die Betreuung von Kindern nicht anerkannt wird und nichts wert ist.

### **Was erstaunt: In der gesamten Debatte spielt das Wohl des Kindes so gut wie keine Rolle.**

Das sehe ich auch so. Familienpolitik ist ein großes und zentrales Politikfeld. Es geht um das Wohl von Kindern, um deren Bildung, um die Arbeitsmarktchancen der Eltern, um eine präventive Sozialpolitik. Gerade deshalb sind qualitativ gute Kitas so notwendig.

### **Und nun geschieht das Gegenteil: Um den Rechtsanspruch auf einen Platz möglich zu machen, wurden jede Menge Vorschriften für den Bau der Kitas gelockert. Welchen Sinn ergibt das?**

Der Rechtsanspruch ist ein wichtiger Schritt, und es ist gut, dass mehr Krippen gebaut worden sind. Nicht nachvollziehbar sind die Lockerung von Qualitätsanforderungen sowie die nach wie vor niedrige Bezahlung und oft fehlende soziale Anerkennung der Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen eine bessere Bezahlung von Erziehung und deutschlandweit einheitliche Qualitätsstandards für Kindertagesstätten.

### **Mehr Geld und bessere Qualität sind immer gut. Aber warum ist das hier so wichtig?**

Wir wissen, wie entscheidend die ersten Jahre sind: für die kognitiven, sozialen, emotionalen Kompetenzen eines Kindes, für das Selbstwertgefühl und die Achtung anderer. Die frühe Förderung fällt mehr ins Gewicht als eine gute Schule, als eine gute Ausbildung – in der frühen Erziehung werden die Grundlagen für das ganze Leben gelegt. Wir müssen ja auch sehen, dass die meisten Kinder heute nur noch wenige Geschwister haben und ihre Eltern meist älter als früher sind.

### **Der deutsche Staat gibt pro Jahr etwa 200 Milliarden Euro für Familien aus. Ein Rekord im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern. Trotzdem sagen Sie, die Politik funktioniert nicht. Warum?**

Für eine gute Familienpolitik ist entscheidend, dass die Anreize in die gleiche Richtung gehen. Das ist hier nicht so. Wir haben keine geschlossene Kinder-, Bildungs-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Es fehlt eine Systematik, wie es sie in den meisten anderen Ländern gibt; dass ein Anreiz auf dem anderen aufbaut. In Deutschland ist es eher wie bei Buridans Esel. Der steht zwischen zwei gleich großen und gleich weit entfernten Heuhaufen. Er verhungert, weil er sich nicht entscheiden kann, von welchem er fressen soll.

### **Es gibt hierzulande mit dem Betreuungsgeld bald 157 familien- politische Leistungen. Also 157 Heuhaufen?**

Ganz so schlimm ist es nicht. Wir haben einen Heuhaufen für Maßnahmen, die Mütter zu Hause und später in knapper Teilzeit halten. Und wir haben einen Heuhaufen, der Mütter relativ früh zurück in die Erwerbstätigkeit bringt und eine niedrige Vollzeit-erwerbstätigkeit erlaubt. Jeder Heuhaufen bietet Anreize. Aber bei jedem müsste ich als junge Frau in eine andere Richtung gehen. Es ist schon absurd: Wie kann die Politik das Betreuungsgeld einführen, wenn es Kitas fördert? Gleichzeitig werden Betriebe ermuntert, mehr für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun.

### **Ein großer Haufen wäre besser?**

Ein großer Heuhaufen ist wichtiger als viele kleine. Wenn die Politik die eigenständige Sicherung von Frauen und Männern fordert, so muss sie in die gute Infrastruktur für Kinder investieren. In gute vorschulische Einrichtungen und in gute Schulen, die bis in den Nachmittag reichen. Die Schule stresst zunehmend Eltern und Kinder und verdirbt oft die freie Familienzeit.

### **Tatsächlich bedeuten Kind und Karriere in Deutschland bis heute meist: Kind oder Karriere. Sie selber haben einen Sohn. Wie haben Sie beides zusammengebracht?**

Ich habe in Harvard studiert und hatte viele Professorinnen, die ihre Säuglinge mit an die Universität brachten. Überhaupt war die Familie am Arbeitsplatz sehr präsent. Bei uns dagegen ist hauptsächlich die Arbeit in der Familie allgegenwärtig. Ich hatte damals auch viele Kommilitonen, die bereits Kinder hatten. Zwischen Bachelor und Master hatten die Mütter eine Auszeit genommen.

## Interview

mit

**Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.**

geführt von  
Ulrike Heidenreich

In Deutschland ist das kaum denkbar, hier muss es Schlag auf Schlag gehen: Man macht den Bachelor, dann sofort den Master, später vielleicht ist eine Familie drin. Dabei ist ein Studium mit Kind eigentlich optimal und wird heute durch viele Maßnahmen von den Hochschulen auch unterstützt.

**Das, was Sie beschreiben, klingt sehr idealistisch. Jedenfalls ist es kaum denkbar, dass eine Mutter oder ein Vater das Kind mit ins Amt oder an die Supermarktkasse nimmt. Welche Relevanz haben Ihre Erfahrungen denn für das Gros der Gesellschaft?**

Fassen wir meine Erfahrungen in zwei Stichworte: Entschleunigung und ein gleichberechtigtes Miteinander der Lebensräume. Hieraus kann man lernen: Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung sollten wir die Schulzeit nicht weiter verkürzen, auf das Auslandsjahr nicht verzichten, das soziale Jahr nicht streichen, die Studienzeiten nicht komprimieren und nicht bis in die Puppen arbeiten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekommen wir nur dann hin, wenn wir beides im Blick haben und beides schützen.

**Ihr Institut hat mehr als 300 Mitarbeiter. Wie gehen Sie dort mit der Frage von Kind und Karriere um?**

Uns allen ist das Thema sehr wichtig. Wir gehen Wege, die viele andere Unternehmen auch gehen: Wir sprechen bereits bei den Vorstellungsgesprächen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf offen an, und machen deutlich, dass Kinder willkommen sind. Das gilt auch für Zeiten der Pflege von Eltern und Großeltern oder ganz anderen Unterbrechungen, etwa für Weiterbildung. Man sollte über diese wichtigen Themen nicht schweigen. Intransparenz verunsichert junge Menschen.

**Abseits Ihres Instituts: Wie kann berufstätigen Müttern und Vätern am besten geholfen werden?**

Es ist im Allgemeinen hilfreich, wenn junge Mütter und Väter auch in der Elternzeit in Kontakt zu ihren Arbeitgebern bleiben, einmal im Monat mit ihren Kindern vorbeischaun, erfahren, wie sich die Dinge entwickeln. Später hilft es, Eltern-Kind-Zimmer zu haben, damit sich die jungen Väter und Mütter mit ihren Kindern auch mal zurückziehen können. Eine Notfallbetreuung ist ebenfalls wichtig, etwa in Form von Belegplätzen in nahegelegenen Kindertagesstätten. Auch Besprechungszeiten müssen familiengerecht gelegt werden. Wo möglich, sollte man Arbeitszeiten flexibel schneiden und keinesfalls auf lange Anwesenheit setzen. Diese sind oft allemal unproduktiv.

**Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird immer noch vor allem den Frauen aufgebürdet. Um das zu ändern, schlagen Sie vor, die Arbeitszeit in der Familie umzuverteilen. Wie soll das funktionieren?**

Das Problem besteht darin, dass die kurzen Erwerbsarbeitszeiten von Frauen ein ganzes Leben lang weitergeführt werden müssen. Einmal Teilzeit, immer Teilzeit, das zeigt die Forschung. Und wir sehen auch, dass Frauen häufig längere und Männer häufig kürzere Arbeitszeiten wünschen. Ein Ansatzpunkt besteht folglich darin, die Arbeitszeit zwischen Frauen und Männern umzuverteilen. Dies umfasst die bezahlte Erwerbsarbeit wie die unbezahlte Familienarbeit. Viele nachgelagerte Diskussionen hätten wir dann weitgehend vom Tisch: die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die Altersarmut von Frauen, Frühverrentung und Burn-out-Symptome.

**Warum sollten die Arbeitgeber da mitmachen?**

Mit einer neuen Normalarbeitszeit von 32 bis 34 Stunden würde das Arbeitsvolumen insgesamt nicht zurückgehen, es würde nur umverteilt. Die Wirtschaft würde die Qualifikationen und die Innovationskraft der Frauen stärker nutzen. Auch die Produktivität von Männern würde zunehmen. Sie sagen ja jetzt schon: Wir wollen arbeiten, wir wollen Karriere machen, aber nicht mehr zu den Bedingungen unserer Väter.

**Das würde vermutlich auch vielen Beziehungen helfen.**

Bevor das Kind da ist, wird oft noch viel von Gleichberechtigung gesprochen. Ist es dann da, ist das oft vorbei. Auch das Risiko der Altersarmut von Frauen würde geringer. Denn mit Teilzeit kann man ja kein ausreichendes Renteneinkommen erreichen. In den Familien würde es friedlicher zugehen.

**Eine wunderbare Welt, die Sie da zeichnen. Warum wird sie nicht Realität?**

Wir lassen uns zu viel Zeit. Die Betriebe müssen Führung in Teilzeit ermöglichen, mehr Teamarbeit zulassen. Wir brauchen Lebenszeitkonten, da ich die 32- bis 34-Stunden-Woche ja auf einen ganzen Lebensverlauf ausgelegt habe, mit Zeiten ohne oder einer geringen Erwerbsarbeit und Phasen mit einer hohen Erwerbsarbeitszeit. Und wir müssen uns von all dem verabschieden, was heute als Schablone eines Normallebensverlaufs gilt: 45 Jahre in Vollzeit, ohne Unterbrechung.

## Vortrag

### Teresa Bücker

freie Autorin,  
Aktivistin und  
Referentin für  
Soziale Medien



Ihre Betätigung als Bloggerin führte sie zum Schreiben und in die Politik. Nach ihrem Studium der Publizistik war Teresa Bücker mitbeteiligt an der Konzeption des Relaunch des Onlineauftritts der Wochenzeitung *der Freitag* und war als Ressortleiterin verantwortlich für den Bereich „Community und Social Media“. Anschließend arbeitete sie als Referentin für den Newsdesk des SPD-Parteivorstandes. Seit 2012 ist sie Referentin für Social Media bei der Bundestagsfraktion der SPD. Neben ihrer Arbeit spricht sie regelmäßig auf

Konferenzen über Netzpolitik und die Zukunft der Arbeit, Onlinejournalismus und politische Kommunikation, Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und Liebe, engagiert sich in der Ausbildung junger JournalistInnen und schreibt als freie Autorin regelmäßig kritische Essays zu Gesellschaftsthemen. Teresa Bücker twittert unter @fraeulein\_tessa und schreibt ein eigenes Blog.

## Aufbruch ins Netz

Die Frage, was nach #aufschrei kommen sollte, zieht die Linie. Die Linie zwischen denjenigen, die aus Distanz beobachten, was Feminismus in der Gegenwart bewegt, ob er noch etwas bewegt. Aus einer Distanz, die klar gewählt ist oder die entsteht, weil erst die Empathie und dann die Offenheit fehlen, andere Perspektiven einzunehmen. Diejenigen stehen dort an einem Zaun und warten.

Auf der anderen Seite bewegt sich etwas. Menschen schreiten im Kreis, drei Schritte vor und einen halben zurück. Sie grübeln, streiten, schreiben, wischen sich eine Träne von der Wange, halten einander die Hände und lachen. Die Fragen, was #aufschrei war und was darauf folgt, sind auf den Seiten des Feminismus nachrangig; es ist klar, dass es weitergehen muss. #aufschrei ist keine Bewegung gewesen, keine Kampagne, und sicher kein Aktionsplan. Die Tweets, die unter dem Hashtag gesammelt wurden und werden, das Erfahrungen von Sexismus und Gewalt markiert, sind Zeichen der Zeit, die aufflackerten und weiterhin Funken sprühen. Von #aufschrei allein kann nur wenig über aktuelle feministische Bewegungen abgeleitet werden, zum einen, weil es *den* Feminismus nicht gibt, zum anderen, der er einerseits viele Aktive nicht mit einbezog oder repräsentierte, andererseits aber Menschen neu neu politisierte, für sie Feminismus erst öffnete. So ist #aufschrei ein Angelpunkt inmitten der Vielfalt des Feminismus, von dem wir vor allem über die Transformation von medialen Diskursen lernen können, über die neue politische Öffentlichkeiten entstehen.

### Neue Online-Debattenkultur

Den Beginn dieses Miteinanderlernens formulierte auch die Jury des „[Grimme Online Awards](#)“<sup>1</sup>, die allen, „die sich konstruktiv an #aufschrei beteiligt haben“, am 21. Juni 2013 den Preis verlieh. Das erste Mal in der Geschichte des Awards war ein Hashtag nominiert, das eine so große Gruppe von Menschen zu einem medialen Ereignis und zu einer gesellschaftlichen Debatte mitgestaltet hatte, dass die Auszeichnung von konkreten Preisträgerinnen hinfällig wurde. In der Laudatio hieß es:

*„Dabei belegt #aufschrei eindrucksvoll, wie der Brückenschlag zwischen digitalem Resonanzraum und arrondierenden publizistischen Leistungen gelingen kann. Der Wunsch der Jury, die diese Nominierung intensiv diskutierte: Weitere gesellschaftlich virulente Themen sollen eine digitale Diskussionsheimat finden, gestützt von einer neuen, verzahnten On- und Offline-Debattenkultur.“*

Die Grimme-Jury fasste damit ebenfalls, dass die Preisvergabe keinen Abschluss einer Debatte feststellen sollte, vielmehr erkannte sie die Debattenführung als eine Praxis an, die Zukunft haben soll.

Um zu verstehen, dass #aufschrei eher ein Mittendrin im Feminismus als einen neuen Feminismus kennzeichnete, muss man innerfeministische Diskursräume betreten. In den

<sup>1</sup> [www.grimme-institut.de/html/index.php?id=7](http://www.grimme-institut.de/html/index.php?id=7)

<sup>2</sup> [www.feministische-studien.de/index.php?id=25&no\\_cache=1&paper=48](http://www.feministische-studien.de/index.php?id=25&no_cache=1&paper=48)

<sup>3</sup> [www.spiegel.de/spiegel/print/d-97012808.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-97012808.html)

„[Feministischen Studien](#)“<sup>2</sup> lobte Ulla Wischermann #aufschrei als Erfolg, da den Aktivistinnen etwas gelang, „was herkömmlichem feministischen Protest seit Jahrzehnten nicht mehr gelingt: frauenpolitische Themen in Mainstream-Medien unterzubringen“. Hier habe eine feministische Intervention „politische Gelegenheitsstrukturen“ genutzt und aktiv mitgestaltet. Im gleichen Text stellt Wischermann jedoch auch die Problematik am „Medienfeminismus“ heraus: er komme „weitgehend ohne Bezug zur Frauen- und Geschlechterforschung“ aus und suche die Abgrenzung zum so genannten „alten Feminismus“, von dem sich neuer Feminismus abgrenzen müsse, um erfolgreich zu sein. Wischermann bezieht diese Beobachtung auf neue Protagonistinnen des Feminismus, die ein Narrativ suchen, dass sich von Vorgängerinnen absetzt und sich in die Logik von Mainstream-Medien und Gleichstellungsrhetorik einpasst. Die Konstruktion von Medienfeminismus ist jedoch komplexer, da die Glättung feministischer Forderungen und die Stilisierung „neuer Gesichter“ des Feminismus mitunter erst über das Zusammenspiel mit großen Medien geschieht, obgleich jüngere Strömungen des Feminismus existieren, die radikal sind und auf theoretisches Fundament aufbauen. Wie „neuer Feminismus“ konstruiert wird, belegt beispielhaft eine große Reportage des *Spiegel*, die knappe drei Wochen vor Verleihung des Grimme-Online-Awards erschien.

### „Neuer Feminismus“ im Spiegel der Medien

„[Hände hoch!](#)“<sup>3</sup> das titelte das Magazin erschrocken, als auch in den Redaktionsräumen angekommen war – vier Monate nach Beginn der #aufschrei-Debatte – dass Feminismus nicht leise und heimlich von der Bildfläche verschwunden war, sondern sich über neue Formen des politischen Widerstands mit einer Wucht an die mediale Oberfläche gehackt hatte, so dass auch der *Spiegel* das Thema besetzen musste. Kaum eine große Zeitung hat in der ersten Jahreshälfte 2013 darauf verzichtet, die entblößten Brüste der transnational agierenden Gruppe *Femen*<sup>4</sup> abzubilden, die auch der *Spiegel* als Vertreterinnen eines „feministischen Frühlings“ porträtierte. Doch die entscheidende Vorbereitung, feministische Forderungen einem größeren Publikum zugänglich zu machen, haben in Online-Öffentlichkeiten und deren Umfeldern stattgefunden.

<sup>4</sup> [www.femen.org](http://www.femen.org)

<sup>5</sup> [www.alltagssexismus.de/gauck](http://www.alltagssexismus.de/gauck)

Wo Mainstream-Medien und andere prominente Plätze lange kein Ort gewesen sind, an dem Feminismus sichtbar und laut gelebt wurde, haben sich Frauen über digitale Bündnisse selbst Bühnen geschaffen, die klassischen Präsentationsflächen gewachsen sind und diese herausfordern. Die Mechanismen des öffentlichen Diskurses haben sich mit der digitalen Vernetzung von Menschen gewandelt: Geschichten und Impulse für Debatten benötigen keine Nachrichtenagenturen oder Massenmedien, um etwas in Bewegung zu setzen; über soziale Netzwerke und selbst organisierte Publikationen wie Blogs kann die Quelle einer Story sichtbar sein, die Nachricht sich von dort aus entwickeln und Knotenpunkt einer vernetzten Erzählung bleiben. Forterzählung in klassischen Medien kann ihre Verbreitung entscheidend unterstützen, Journalistinnen werden jedoch nicht mehr benötigt, um eine Geschichte zu legitimieren. Der Druck auf Medien, ein Geschehnis ebenfalls aufzugreifen, kann heute binnen Minuten von denjenigen Bürgerinnen ausgeübt werden, die lange Zeit ein vornehmlich passives Publikum gewesen sind. So wurde über [den Brief](#)<sup>5</sup> von sieben Frauen, die Bundespräsident Gauck nicht durchgehen lassen wollten, dass er #aufschrei als „Tugendfuror“ bezeichnet hatte, kurz nach Erscheinen als Topmeldung auf *Spiegel-Online* veröffentlicht.

### Geschichte(n) selbst schreiben

Diese neue Möglichkeit selbst zum Medium zu werden, das große Mengen von Menschen leichter erreicht als ein Flugblatt oder ein Fanzine, fällt in das Selbstverständnis von Feministinnen: Sie wollen selbst handeln – nicht be-handelt werden. Als Feministin soziale Netzwerke zu nutzen und Blogs zu schreiben gehört damit nicht nur zur Agency und zum Werkzeugkasten. Die Publikation von feministischem Wissen, Ideen, Forderungen und die virtuelle Organisation haben das Potenzial, feministische Bewegungen sichtbarer, größer und durchsetzungsfähiger zu machen. Auch die Dokumentation und die damit entstehende Transparenz über feministisches Denken und Handeln kann die Bewegungen nachhaltig stärken: Klischees und Vorurteile können widerlegt werden, Feminismus kann in seiner Vielfalt dargestellt werden, aber vor allem Zugänge für Menschen eröffnen, die sich informieren und dann beteiligen wollen. Insbesondere kann online-basiertes Mitwirken zuvor existierende Hürden senken oder auflösen: Landes- und Sprachgrenzen werden überwunden, Mobilität ist nicht erforderlich, anonymes Engagement ist möglich. Zwar sind die Partizipationsmöglichkeiten über das Netz noch lange nicht vollständig barrierefrei und produzieren Exklusion, dennoch haben sie bereits bewiesen, dass feministische Bewegungen dank des Internets nun auch Menschen erreichen, die in der analogen Welt nicht auf Zugänge und Verbündete gestoßen sind.

## Vortrag

Teresa  
Bücker

#aufschrei ist dabei auf mehreren Ebenen als feministische Intervention wirksam geworden: Menschen, die sich nicht als Feministinnen bezeichnet haben, traten für feministische Ziele ein und haben mitunter eine Identifikation mit Feminismus gefunden. Menschen, die zuvor nicht politisch aktiv waren, haben über das niedrigschwellige Engagement bei Twitter erleben können, dass ihr Handeln wirksam wird. Menschen, die sich allein mit ihren Erlebnissen gefühlt haben, haben Verständnis und Solidarität erfahren und vielleicht ähnlich Denkende und Fühlende gefunden. Feministische Blogs, Tweets und Online-Aktionen können die Eintrittstür für neue feministisch Aktive sein. Eine Stufe des Ziels, Frauen oder feministisch denkende Menschen zu einem handelnden (politischen) Kollektiv zusammenzuführen, haben #aufschrei und andere feministische Online-Angebote realisiert. Feministische Netzwerke im Internet speisen sich also von zwei Seiten: Menschen, die über Social Media mit Feministinnen in Berührung kommen, und Feministinnen, die online nach Verbündeten suchen.

### Accessoires des Frühlings

Digitale Medien haben die öffentliche Sphäre für junge Feministinnen geöffnet, die zuvor gegen Unsichtbarkeit gekämpft haben. Transnationale Bewegungen wie die „Slut Walks“ oder die #aufschrei-Debatte in Deutschland wurden nicht über Nacht ins Leben gerufen, ihre Kraft basierte auf den Vernetzungen und Vorarbeiten, die über Jahre hinweg virtuell und vor Ort gemeinsam geschaffen wurden. Die Kulturwissenschaftlerin Angela McRobbie nannte die gesteigerte Aufmerksamkeit für das organisierte Engagement einen „feministischen Frühling“<sup>6</sup>, ein Bild, das zunächst an den Überraschungseffekt der arabischen Revolution anknüpft, doch die grundlegende Gemeinsamkeit mit der ägyptischen Bewegung aufweist, die in der Nacherzählung oft vernachlässigt wird: Der Frühling schlug seine Knospen und Blüten aus Wurzeln, die unter der Oberfläche massenmedialer Aufmerksamkeit gesund und getränkt waren – basierend auf langjähriger Vorarbeit. Die Formulierung der *Spiegel*-Autorinnen „Feminismus ist das Thema der Saison“ legte diese Medienmechanismen unbewusst noch deutlicher offen: Wie in der Mode die Aufmerksamkeit für Farben, Schnitte und Materialien dem Willen der Designerinnen und dem Zusammenspiel mit Kritikerinnen unterliegt, ist Feminismus lange Zeit abhängig gewesen von Ideen, die kompatibel mit Nachrichtenwerten und Publikumstauglichkeit waren, sowie dem Interesse von Journalistinnen Feminismus zu einem Thema zu machen.



### Brüste und Titeltauglichkeit

Dass in der Spielzeit 2012/13 feministische Teams und Torchancen titeltauglich wurden, lag nicht zuletzt daran, dass sich die Bewegung einfacher über Bilder vermitteln lässt, als in der Analyse ihrer Forderungen: So macht auch der *Spiegel*-Artikel auf mit einem Bild von drei *Femen*-Aktivistinnen, die mit freiem Oberkörper für Menschenrechte protestieren. Selbst der ehemals linksintellektuelle *der Freitag* bildete zwei *Femen*-Mitglieder und ihre unbedeckten Brüste auf seiner Titelseite ab; er wählte sogar eine der Protestaktionen aus, für die *Femen* als rassistisch und bevormundend gegenüber muslimischen Frauen kritisiert worden war. Auf dem Oberkörper der weißen Frau steht der Spruch: „Muslim let's get naked“. In dem journalistischen Glücksmoment den schönen weiblichen Körper als Instrument politischer Arbeit auf die erste Seite setzen zu können, blieb keine Aufmerksamkeit mehr für den problematischen Inhalt. Das Saisonthema hatte somit an Fläche in klassischen Medien gewonnen, die tiefere inhaltliche Auseinandersetzung ist jedoch ausgeblieben. Die Sozialwissenschaftlerin [Zara Pfeiffer](http://www.zarapfeiffer.de)<sup>7</sup> sagte in der letzten Woche auf einer [Veranstaltung](http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=prog&lfidnr=1913)<sup>8</sup> der Evangelischen Akademie Tutzing: „#aufschrei hat einen utopischen Überschuss produziert. In den Mainstream-Medien ist er jedoch nicht angekommen, dafür aber in Blogs und sozialen Netzwerken.“

6 <https://www.taz.de/!116325>

7 [www.zarapfeiffer.de](http://www.zarapfeiffer.de)

8 [web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=prog&lfidnr=1913](http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=prog&lfidnr=1913)



Die Beteiligung und das Interesse an den digital organisierten Feministinnen zeigt jedoch sehr deutlich, dass Feminismus nicht out ist – im Gegensatz zu dem Schicksal, das jedem Saisonaccessoire droht. Im Netz und darüber hinaus sind belastbare Strukturen gewachsen, hier organisieren sich insbesondere Mädchen und junge Frauen, die im Feminismus bislang keinen Platz gefunden haben und aus diesem Grund ihre eigenen Orte und Aktionsformen selbst schaffen. In der medialen Konstruktion von Wirklichkeit mag wahrgenommen worden sein, dass #aufschrei ein zeitlich begrenztes Phänomen gewesen ist, dessen Beteiligte von der Massenwirkung wieder in viele, lose und wenig mächtige Einzelakteurinnen zerfallen sind. Doch erkennt man die digitale Sphäre als eigenständigen Kulturraum an, lässt sich Online-Aktivismus als viel mehr begreifen als punktuell Engagement und spielerischen Widerstand: Blogs und die Schwester-Aktivitäten aller Formen des Publizierens im Netz sind von Jugend- und Subkulturen zu ernstzunehmenden Gegenöffentlichkeiten gewachsen. Die Medienagenda rotiert, die neuen politischen Öffentlichkeiten hingegen entwickeln gerade erst Dynamik und testen Strategien, um mit Ideen in den Mainstream zu stoßen und sie dort zu verankern.

Der *Spiegel*-Artikel – der aktuelle feministische Bewegungen staunend beschrieb und ratlos zurückblieb – ist beispielhaft für die Transformation des medialen, öffentlichen und politischen

9 [www.zeit.de/2006/35/Feminismus-Editorial](http://www.zeit.de/2006/35/Feminismus-Editorial)

10 [www.maedchenmannschaft.net](http://www.maedchenmannschaft.net)

11 [www.maedchenmannschaft.net/leseprobe-wir-alphamaedchen](http://www.maedchenmannschaft.net/leseprobe-wir-alphamaedchen)

Diskurses, in dem sich langsam die Machtverhältnisse ändern und neue Akteurinnen Einfluss nehmen können und gehört werden. Forderten 2006 noch 15 prominente Frauen in einem *Zeit*-Dossier „Wir brauchen einen neuen Feminismus“<sup>9</sup>, finden Zusammenschlüsse von Frauen, die gemeinsam Texte und politische Ziele formulieren, jetzt immer häufiger in digitalen Medien statt, selbst publiziert und mit der letzten inhaltlichen Kontrolle bei den Autorinnen selbst. Die „Neofeministinnen“, die im *Spiegel* zu Wort kommen, sind nicht etwa die „Enkelinnen Schwarzers“, die von der *Emma* geprägt wurden oder dort Autorinnen sind, sie stammen nicht aus Parteien oder etablierten Organisationen, sie sind Frauen, die über online Publiziertes – Blogtexte, kurze Tweets, offene Briefe und Äußerungen in virtuellen Diskussionen – auf die Fläche getreten sind und Eindruck hinterlassen haben. Die neuen Publizistinnen benötigen für Einfluss keine Chefredaktion mehr und keinen Verlag. Sie erhalten ihre Legitimation vor allen Dingen von anderen Frauen, die das Netz zusammengebracht hat und zusammenschweißt. So lässt sich auch die Beobachtung entkräften, es handele sich nicht um Frauenbewegungen, sondern um Bewegungen von einzelnen Frauen. Die Masse wird jedoch in der Leserinnenschaft im Netz schwerer fassbar, hier lassen sich keine Bilder abgreifen; nur wer geschult ist, kann Daten auswerten und darstellen.

### Feministische Blogs als Culture Jamming

Das bekannteste feministische Blog in Deutschland heißt „Mädchenmannschaft“<sup>10</sup> und wurde 2007 von den Autorinnen des Buches „Wir Alphamädchen“<sup>11</sup> gestartet. Bereits 2009 war die Autorinnengemeinschaft für den Grimme-Online-Award nominiert – ein weiterer Hinweis, dass die digitale Vernetzung von Feminismus nicht aus dem Nichts kam. Das Gemeinschaftsblog hat sechs Jahre später bereits mehrere Generationenwechsel hinter sich. Das Interesse, auf der Plattform über queer-feministische Themen zu bloggen ist groß. Über das Blog haben sich zahlreiche Autorinnen und Aktivistinnen auch jenseits des Netzes etabliert, es hat neue Blogs angestoßen und Menschen an virtuellen

## Vortrag

Teresa  
Bücker

und physischen Orten miteinander in Kontakt gebracht. Der Abschied von Autorinnen und das Hinzukommen neuer hat innerfeministische Konflikte sichtbar gemacht und die Bandbreite der Themen erhöht: als Blog mit intersektionellem Anspruch werden bei der Mädchenmannschaft heute vor allem queere Perspektiven und Kritik am „Mainstream-Feminismus“ diskutiert, insbesondere sind antirassistische Arbeit und Texte gegen „Fat Shaming“ als Perspektiven hinzugekommen, die in der Verschränkung von jüngerem Feminismus und Medienöffentlichkeit bislang kaum vorgekommen sind.

Dass Frauen jeglichen Alters nach Medienangeboten verlangen, die Menschen in ihrer Diversität widerspiegeln, ist durch die zahlreichen Möglichkeiten des „Self Publishing“ im Web sichtbar geworden. Online Publiziertes trägt erheblich dazu bei, eine Medienvielfalt für und von Frauen herzustellen. [Susanne Klingner](#),<sup>12</sup> Mitgründerin der Mädchenmannschaft, beschrieb das Entdecken amerikanischer feministischer Blogs wie [feministing.com](#),<sup>13</sup> das seit 2004 existiert, in einem Gespräch 2009 als „regelrechte Offenbarung“.<sup>14</sup> Im englischsprachigen Raum ist in den vergangenen Jahren ausgehend von Blogs eine kritische weibliche Medienlandschaft gewachsen, die neben großen eigenständigen Angeboten Einfluss in Medienkonzernen gewonnen hat, wie zum Beispiel [Jezebel.com](#),<sup>15</sup> das zu Gawker Media gehört, oder das Ressort „The Sexes“<sup>16</sup> von Atlantic.com, das sich seit 2012 Genderthemen widmet. Tavi Gevinson, die zunächst als Modebloggerin bekannt wurde und im Alter von 15 das erfolgreiche Onlinemagazin „[Rookie Mag](#)“<sup>17</sup> gründete, hat mit dem Klischee aufgeräumt, dass Teenager sich nicht für Feminismus interessieren und dieser nicht mit offenkundigen Jugendthemen wie Mode, Popkultur und Makeup zusammenginge. Tavi Gevinson macht mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung deutlich, dass der Horizont junger Mädchen weit über materielle Wünsche und den Stereotyp des verwöhnten Görs hinausragt – und kontert die fehlende Ansprache junger Mädchen mit einem eigenen Magazin. Denn die Seite, die sie mit anderen jungen Autorinnen und erfahrenen Medienproduzentinnen wie Cindy Gallop schreibt, soll sich von Mainstream-Publikationen unterscheiden, die, wie Tavi findet, vor allem darauf ausgerichtet sind, das typische Teenage-Girl zu definieren und sie zum Konsum zu animieren:

12 [www.fraulila.de/ueber-uns](http://www.fraulila.de/ueber-uns)

13 [www.feministing.com](http://www.feministing.com)

14 [www.freitag.de/autoren/der-freitag/unter-freundinnen](http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/unter-freundinnen)

15 [www.jezebel.com](http://www.jezebel.com)

„It seems that entire industries are based on answering these very questions. Who is the typical teenage girl? What does she want? And, a lot of the time, How can we get her allowance?“

schreibt sie im Editorial ihrer Seite. Weiter sagte sie in einem Interview: „Our content respects a kind of intelligence in the readers that right now a lot of writing about teenage girls doesn't.“ Bloggen ist also eine Kulturtechnik, die es [Mädchen und jungen Frauen erlaubt](#)<sup>18</sup> gegen und in einer Kultur zu sprechen, die für sie oft kaum Platz bereit hält.

Julie Zeilinger gründete mit 16 „[The F-Bomb](#)“,<sup>19</sup> eine Community deren Selbstbeschreibung lautet: „The FBomb.org is a blog/community created by and for teenage girls who care about their rights as women and want to be heard“. Das Projekt wird mittlerweile jeden Monat von mehreren einhunderttausend Menschen in der ganzen Welt gelesen. Die beiden international bekannten Jungverlegerinnen haben gemeinsam mit anderen Blogs und Autorinnen Feminismus in vielen Formen von einem inneren Bedürfnis zu einer tragbaren Haltung gemacht, nicht als Accessoire der Saison, sondern als täglich getragenes Shirt, das junge Frauen sich mit der gleichen Selbstverständlichkeit überziehen, wie sie miteinander über TV-Serien, Schulprobleme und Liebeskummer sprechen. Indem junge Menschen lernen, dass sie Feministinnen sein können und sich gleichzeitig für Popkultur interessieren können, gibt ihnen das die soziale Erlaubnis, sich für Gleichberechtigung einzusetzen. Humor, kreatives Schreiben, engagierte, provokante Tweets und Memes, die von Feministinnen im Netz genutzt werden, seien effektive Mittel dafür, dass junge Menschen sich mit der Ernsthaftigkeit von Ungleichheit [aus-einandersetzen könnten](#),<sup>20</sup> folgern Courtney E. Martin und Vanessa Valenti. Internetkultur gibt ihnen die Werkzeuge an die Hand, in Gegenöffentlichkeiten aktiv zu werden. In der deutschen Blogosphäre hat sich seit Beginn der Mädchenmannschaft viel getan. Susanne Klingner kann sich über aktuelle feministische Diskussionen nun auch aus einer Vielzahl von deutschsprachigen Blogs informieren, die Lektüre der verschiedenen Angebote ermöglicht das Eintauchen in unterschiedlichste Perspektiven von Alltagserfahrungen bis hin zu akademischen Sichtweisen; sogar Sueddeutsche.de betreibt ein eigenes

16 [www.theatlantic.com/sexes](http://www.theatlantic.com/sexes)

17 [www.rookiemag.com](http://www.rookiemag.com)

18 [blogs.faz.net/deus/2011/09/13/bloggende-maedchen-kommen-ueberall-hin-527/](http://blogs.faz.net/deus/2011/09/13/bloggende-maedchen-kommen-ueberall-hin-527/)

20 <http://bcrw.barnard.edu/wp-content/nfs/reports/NFS8-FemFuture-Online-Revolution-Report-April-15-2013.pdf>

Blog, das sich Geschlechterthemen widmet. Die feministische, unabhängige Popkultur-Zeitschrift „[Missy Magazine](#)“<sup>21</sup> kann sich seit Launch 2008 aus Verkäufen und Abonentinnen finanzieren. Zu Missys Erfolg hat die Wiederbelebung einer breiten feministischen Diskussion über selbst produzierte Onlinemedien und die Verknüpfung von Magazin, Blogs und Veranstaltungen entscheidend beigetragen.

### Das Hashtag als neue Erzählform

Viel wichtiger jedoch als eigene Publikationen ist der Echtzeit-Austausch von Feministinnen geworden, den Blogs und soziale Netzwerke ermöglichen. Denn Reaktionen auf oder das aktive Einbringen von Themen in digitalen Kanälen entwickeln über das Zusammenbringen von vielen Interessierten eine Einflussgröße, die Agenda-Setting ermöglicht. Dass Feminismus kein bißchen gestern ist, sondern die Unzufriedenheit über Ungleichheiten und Sexismus lange brodelte, zeigte jene intensive Debatte, die im Januar 2013 über Tweets mit dem Hashtag #aufschrei angestoßen wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte kein anderes gesellschaftspolitisches Thema, nicht einmal die Internetsperren, die das Medium selbst unmittelbar betrafen, Internetnutzerinnen derart mobilisieren können. Die Menschen, die über Twitter tausende Fälle zusammentrugen, in denen sie sexuell belästigt, missbraucht oder aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert worden waren, leisteten zudem etwas, das Journalismus nicht leisten kann. Einzelne sexualisierte Übergriffe oder Beleidigungen sind nach zeitgenössischen journalistischen Kriterien nur dann berichtenswert, wenn Prominente involviert sind. Als strukturelles und massenhaftes Problem lässt sich die Alltagssituation von Frauen in Deutschland jedoch von Medien kaum aufarbeiten. Über Twitter jedoch wurden binnen von Stunden tausende von Quellen zusammengetragen, die damit eine neue Erzählform für gesellschaftliche Probleme schufen. #aufschrei mobilisierte so viele Internetnutzerinnen, da die Hürden für die Beteiligung extrem niedrig lagen: eine Person, die schon einen Twitter-Account hatte, konnte direkt beginnen zu schreiben, der Dienst lässt sich anonym benutzen, einzelne Postings sind auf 140 Zeichen begrenzt und damit meist prägnant formuliert und einfach und schnell zu konsumieren. Das Hashtag #aufschrei verknüpfte die Geschichten mit Links und schuf

21 [www.missy-magazine.de](http://www.missy-magazine.de)



damit eine unendliche Geschichte, deren Fortzählung live beobachtet werden konnte. #aufschrei gelang, weil viele Personen daran mitwirken wollten, weil tausende bereit waren, ihre Erlebnisse zu schildern, weil sie wütend genug waren, sie endlich herauszulassen, weil sie in der Gemeinschaft der anderen Erzählerinnen das Gefühl hatten, das Teilen der persönlichen Geschichten könne zunächst Ventil sein, und dann Anstoß für Veränderung.

Für die Medienlogik jedoch musste die Onlinebewegung an Personen gebunden werden, um sie für ein Publikum, das fernab von Twitter jeden Tag im Fernsehen Geschlechterstereotype reproduziert sieht oder sich über das Seite-3-Mädchen der *Bild*-Zeitung freut, nachvollziehbar zu machen. Seither gelten Anne Wizorek und Nicole von Horst als Initiatorinnen; [Nicole von Horst](#),<sup>22</sup> weil sie begann, Erlebnisse am späten Abend in dichter Reihenfolge zu twittern, [Anne Wizorek](#),<sup>23</sup> weil sie das Hashtag für die Kurzberichte vorgeschlagen hatte. Über Akteurinnen, die über Mainstream-Medien eine breite Bekanntheit erlangen, und von ihnen als Verkörperung eines „neuen Feminismus“ vorgestellt werden, haben feministische Diskurse zunächst insgesamt profitiert. Junge Frauen bekamen die Gelegenheit selbst zu erklären, was gerade geschah und warum. Die Teilnehmerinnen sind die Expertinnen, die von anderen Nutzerinnen aber auch von Journalistinnen direkt befragt

22 [www.literatier.wordpress.com](http://www.literatier.wordpress.com)

23 <https://www.youtube.com/watch?v=B3c4UMnX7ig>

## Vortrag

Teresa  
Bücker

werden können – damit verlieren ehemalige Wortführerinnen wie Alice Schwarzer im Diskurs an Bedeutung. Es ist also der Feminismus im Netz gewesen, der das lang bestehende mediale Narrativ gehackt hat, dass es in Deutschland nur eine einzige feministische Stimme gebe.

### Personalisierung und Unsichtbarmachung

Die Personalisierung durch Medien hat jedoch auch dazu geführt, die Vielfalt der Bewegung unsichtbar zu machen, die Masse der beteiligten Personen zu verdecken und die ausgewählten Feministinnen zu überlasten. Um feministische Ziele zu realisieren – sei es über politische Entscheidungen wie zum Beispiel die Einführung von Geschlechterquoten, gesellschaftlichen Wandel für ein Ende von Homophobie und Transphobie –, müssen diese Ziele im Mainstream diskutiert werden und eine kritische Masse in der Menschen überzeugen. Noch braucht es dafür klassische Medien mit hoher Reichweite, auch wenn soziale Netzwerke mit der Akzeptanz von Facebook sowie Suchmaschinen wie Google schon zu eigenständigen Massenmedien geworden sind, die für Inhalte aus Blogs und Online-Debatten durchlässiger werden.

Der *Spiegel* hat für eine Bestandsaufnahme des „neuen Feminismus“ bekannte Vertreterinnen jüngerer Strömungen ausgewählt: [Anna-Katharina Meißner](#),<sup>24</sup> eine Soziologin, die den offenen Brief an den Bundespräsidenten Joachim Gauck mitschrieb, nachdem er die Sexismus-Debatte als „Tugendfuror“ bezeichnet hatte, Klara Martens und Zana Ramadani, Mitgründerinnen von *Femen* Deutschland, und die Mädchenmannschaft, die als Vertreterinnen von „Critical Whiteness“ beschrieben werden, ohne das Blog oder Namen von Autorinnen wie Nadine Lantzsch oder Magda Albrecht zu nennen. Eine objektive Annäherung an die Thematik ist das nicht, die politischen Strategien der Feministinnen werden schon über Auslassung klar gewertet. Die *Emma* wird nur erwähnt, weil sie über *Femen* berichtet hat. Eine eigene Rolle im aktuellen Feminismus wird Alice Schwarzer und ihren Redakteurinnen im *Spiegel*-Bericht nicht zugewiesen. Das Stück von Wiebke Hollersen und Jan Fleischhauer ist überdies lustlos recherchiert, denn die einzig konkrete Forderung von Feminist\_innen, die sie für ihren Artikel belegen können, ist die Strafbarkeit von Freiern, die Frauen für Sex bezahlen, so wie *Femen* es fordern. Dass #aufschrei nicht

<sup>24</sup> [www.cicero.de/berliner-republik/feministin-messmer-ich-bin-gegen-verbote/54436](http://www.cicero.de/berliner-republik/feministin-messmer-ich-bin-gegen-verbote/54436)

nur Artikulation von Wut bedeutete, sondern eine enorm große Forderung nach einer Welt ohne sexualisierte Gewalt und Sexismus, fällt den Autorinnen nicht auf. Oder Ziele wie Gesetzesänderungen, die gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption ermöglichen und ihnen Zugang zu künstlicher Befruchtung ermöglichen, Geschlechterquoten, Equal Pay, Schwangerschaftsabbruch von einer lediglich straffreien Tat hinüberzuführen zu einer regulären Gesundheitsmaßnahme, die freie Erhältlichkeit der „Pille danach“.<sup>25</sup>

Diese konkreten Vorhaben bestehen zum Teil schon so lange und werden so breit geteilt, dass sie in parlamentarischen Initiativen und Parteiprogrammen zu finden sind. Ein weiterer Beleg für die stete politische Arbeit von Feministinnen und zugleich Beweis für die Notwendigkeit, das Engagement aufrecht zu erhalten, denn in der Legislaturperiode seit 2009 hat sich in diesen Fragen nichts getan.

Kilian Trotier [kommentierte](#)<sup>26</sup> den Gewinn des Grimme-Awards von #aufschrei in der Zeit: „Es siegte nicht nur die Empörungsdebatte über sexuelle Belästigungen, (...) Es siegte die Form. Das Prinzip. Die totale Reduktion, die das perfekte Mittel zur Debattenentzündung und Debattenfokussierung ist.“ Diese Form war neu – und lieferte damit den Nachrichtenwert, der #aufschrei mit Medienverstärkung in Gang setzte. Diese Neuartigkeit und die Bilder, die *Femen* liefert, funktionieren in der Medienöffentlichkeit gut und zeigen gleichzeitig, warum die *Spiegel*-Autorinnen in ihrem Text zu keiner Schlussfolgerung kamen, was dieser „neue“ Feminismus eigentlich will. Viele der jungen Feministinnen vertreten sehr alte Forderungen – die nach wie vor ihre Realisierung in der modernen Gesellschaft suchen. Journalismus, der Feminismus heute verstehen will, muss also die Geschichte der Frauenbewegung sowie Geschlechterforschung miteinbeziehen. Die Frage, was nach #aufschrei kommt, muss zu einer Beschäftigung mit den Fragen werden, warum Feminismus heute noch als notwendig erachtet wird, und an welchen politischen Zielen Feministinnen aktuell arbeiten. #aufschrei war – wie Ulla Wischermann schreibt – eine Gelegenheitsstruktur, um lang bestehende Ideen von weiblicher Freiheit ein Stück weiter Wirklichkeit werden zu lassen.

<sup>25</sup> [www.kleinerdrei.org/2013/01/die-pille-danach](http://www.kleinerdrei.org/2013/01/die-pille-danach)

<sup>26</sup> [www.zeit.de/2013/27/hashtag-grimme-award-aufschrei](http://www.zeit.de/2013/27/hashtag-grimme-award-aufschrei)

### Mystifizierung des Tomatenwurfs

Statt das zu tun, kritisierte der *Spiegel* ein Verharren der Aktivistinnen in der Selbsterkenntnis und rät süffisant: „Irgendwann hat jemand mal einen Stein in die Hand genommen – oder zumindest eine Tomate.“ Ein Schlusssatz, der jegliche Ernsthaftigkeit der vorausgegangenen Zeilen wieder zurücknimmt und Engagement und Ziele de facto delegitimiert. Denn anders als der Tomatenwurf durch Sigrid Rüter 1968 zur damaligen Zeit für Aufsehen sorgte, würde eine Tomate dies heute nicht mehr bewirken können. Schon die nackten Brüste von *Femen* schockten nicht mehr, sie sind für feministische Anliegen sogar [kontraproduktiv](#).<sup>27</sup> Darüber hinaus sprach Sigrid Rüter sich später entschieden gegen die „Mystifizierung des Tomatenwurfs“ aus und legte dar, was auch für #aufschrei zutrifft: die Entrüstung und der Anstoß für gesellschaftliche Bewußtseinswerdung und Wandel schwelten schon länger. Rüter sagte in einer [Diskussionsveranstaltung 1988](#).<sup>28</sup>

*„Also mystifizieren ist nie gut und deshalb habe ich mich auch gegen die Mystifizierung des Tomatenwurfs und der Frauenbewegung in dieser Zeit gewandt. Ich möchte deshalb meine Ausführungen eher übertiteln: ‚Entstehung der neuen Frauenbewegung‘ oder etwas lockerer ‚Die neue Frauenbewegung war überfällig und die Tomaten waren überreif‘. Ich möchte also darlegen, daß die neue Frauenbewegung, so wie auch die Studentenbewegung benennbare Ursachen hatte und nicht plötzlich entstand, sondern sich als Bewegung und Bewußtwerdung von Menschen entwickelte.“*

Die Forderung des *Spiegel* nach einem neuen Tomatenwurf kann interpretiert werden als: Die Ursachen eurer Wut erkennen wir nicht an, die Argumente für einen Wandel wollen wir nicht hören, erheitert uns doch mit ein wenig Show, deren Bilder Klickzahlen und Einschaltquoten steigern.

### Unabhängigkeit

Mädchen und Frauen gehen ins Internet, weil ihnen dort nicht Raum und Stimme gewährt werden müssen, sie können sich diesen Raum eigens erschaffen – endlosen Raum, in dem sie eigene Regeln für den Umgang miteinander festlegen und verhandeln können.

<sup>27</sup> [www.flannelapparel.blogspot.de/2013/04/tuckische-waffen.html](http://www.flannelapparel.blogspot.de/2013/04/tuckische-waffen.html)

<sup>28</sup> [www.glasnost.de/hist/apo/apo886.html](http://www.glasnost.de/hist/apo/apo886.html)



Diese Schaffung von Unabhängigkeit hat die italienische Philosophin Annarosa Buttarelli in dem Band *„Macht und Politik sind nicht dasselbe“*<sup>29</sup> beschrieben:

*„In der Tat ist weibliche Souveränität, wenn sie ausgeübt wird, schon für sich genommen Unabhängigkeit von der Irrealität, die die im Totenkampf liegenden Institutionen geschaffen haben. Sie gewährleistet die Rückkehr zur Realität und zur Möglichkeit, die Wahrheit zu sagen.“*

Sie spricht sich damit dafür aus, die Institutionen, die von Männern geschaffen wurden, hinter sich zu lassen. Genau so lassen Menschen, die sich ihre Publikationen eigens im Netz schaffen, die Institutionen hinter sich, an deren Erstellung sie nicht beteiligt waren, in denen sie keinen Platz finden.

Buttarelli schreibt weiterhin: „Wir können heute Souveräninnen werden, weil die Zeiten dafür gut sind, und nicht, weil es unser Recht wäre.“

Genau diese Chance bietet auch das Internet – um davon ausgehend Frauenbewegungen zu stärken. Machtverhältnisse können sich ändern. Laut und deutlich. Blogs und soziale Netzwerke

<sup>29</sup> [www.prezi.com/lyndiezubxtz/macht-und-politik-sind-nicht-dasselbe](http://www.prezi.com/lyndiezubxtz/macht-und-politik-sind-nicht-dasselbe)

## Vortrag

Teresa  
Bücker

sind Belege dafür, dass Frauen und Mädchen wollen, dass ihre Stimmen, ihre Anliegen gehört werden. Sie brauchen lediglich eine Plattform, um sichtbar zu werden. Das Netz bietet uns heute die Möglichkeiten, die gemeinsamen Kräfte strategisch freizusetzen wie nie zuvor. Doch was zählt heute als politischer Widerstand? Ich denke, wir sollten das technologiegestützte soziale und politische Engagement ernst nehmen, da es eine neue Richtung von Aktivismus ist. Es schafft neue Gemeinschaften, in denen Menschen mitwirken können. Online-Engagement schafft erweiterte Möglichkeiten, sich als öffentliche Person zu positionieren. Virtuelle Räume funktionieren ähnlich wie Subkulturen: hier können junge Menschen politisches Engagement an ihrer Lebenswirklichkeit ausrichten. Die Neudefinition des Internets als ein Ort der Möglichkeiten, des sozialen Engagements und Aktivismus kann uns vor allem auf Mädchen

und junge Frauen schauen lassen als aktiv Handelnde, kulturell Beteiligte und Bürgerinnen, in Abgrenzung zu passiven Konsumenten und marginalisierten Gruppen. Feministisches Bloggen ist daher kein Trend, der vorbei geht, sondern eine bedeutsame Praxis für die Gegenwart und Zukunft des Feminismus.

Online-Aktivismus ist die Bewusstseinsbildung („Consciousness raising“) des 21. Jahrhunderts. „Wenn Feministinnen es schaffen, radikale, intentionale und transformative Beziehungen zwischen allen Beteiligten von feministischen Strömungen zu schaffen, wenn wir uns gegenseitig antreiben und ermutigen können in kreativen, respektvollen und wechselseitigen Weisen, kann über die gemeinsame Macht und Agenda Setting gesellschaftlicher und sozialer Wandel geschehen“, schreiben Courtney E. Martin und Vanessa Valenti in ihrem Paper [#FemFuture: Online Revolution](#).<sup>30</sup>

Genau das wird sicherlich nicht einfach. Denn es gibt nicht die eine feministische Bewegung. Es gibt viele intersektionelle Bewegungen, die voneinander viel lernen können. Daher müssen die neuen Beziehungen grenzüberschreitend sein: generationenübergreifend, kulturübergreifend, klassenübergreifend – über jede Hürde hinweg, die Feministinnen aktuell noch voneinander trennt.

Online-Feminismus wird jedoch Infrastruktur und Initiativen brauchen, damit Beziehungen wachsen können und damit aus den Stimmen, die hier hörbar werden, Einfluss erwächst. Denn noch leidet der Online-Feminismus vor allem daran, dass er zu den größten Teilen auf ehrenamtlicher Arbeit und Zeit beruht, die Menschen neben Ausbildung, Beruf und Familien investieren. Nicht selten führt das zu Diskontinuität, Frustration und das, was heute als „Feminist Burnout“ bezeichnet wird.

### Der utopische Überschuss

Der utopische Überschuss von #aufschrei hat zunächst das Schweigen gebrochen über bestehende Strukturen, die Sexismus und sexualisierte Gewalt nähren. Ein weiteres Mal, doch in einer neuen Dimension. Dieser so klein wirkende Schritt ist unglaublich wichtig für die

<sup>30</sup> <http://bcrw.barnard.edu/wp-content/nfs/reports/NFS8-FemFuture-Online-Revolution-Report-April-15-2013.pdf>

Dinge, die kommen werden. Denn die Fähigkeit und der Mut über Geschehnisse zu sprechen, ist Voraussetzung um zu heilen, um das Vertrauen in die Welt und in andere wieder zu fassen. #aufschrei ist ein Anstoß und allein deswegen schon bedeutsam und wertvoll. Aktivistinnen und Betroffene wissen, dass die „Heilung“ von den gesellschaftlichen Strukturen, die eine kranke Welt hervorbringen, Zeit brauchen wird. Dass es viel wichtiger als ein politischer Maßnahmenkatalog ist, einander zuzuhören und miteinander zu sprechen.

Als Frau nehme ich eine Welt wahr, die gespalten ist: in die Welt, in der wir funktionieren und sprechen können, und in die andere, in der wir verletzt sein dürfen und das aussprechen, worüber wir in der anderen Welt schweigen. Ich hoffe, dass #aufschrei die Bühne dafür eröffnet, darüber sprechen zu können, was uns krank macht, was uns traumatisiert hat, was wir fühlen und was wir wirklich wollen. Dass wir stolz sind auf Lebensläufe mit Ecken und Kanten, mit Brüchen, auf unsere Persönlichkeiten, die nicht auf Unangreifbarkeit getrimmt sind.

Frauen sollen weniger Führungsqualitäten haben, weil sie Erfahrung in der Familie gesammelt haben und nicht in einem Konferenzraum? Wie tough ist eine Person, wenn sie eine Depression überlebt hat? Eine Magersucht? Eine Vergewaltigung? Wie tough, wie klug, wie qualifiziert ist jemand, der Sexismus witzig findet? Der Frauen nicht ernst nehmen kann? Der sich schon bei einer Männerquote von 85 Prozent benachteiligt sieht? Ulrike Lembke brachte es [für die Blätter](#)<sup>31</sup> im März auf den Punkt:

*„Sexualität ist etwas Höchstpersönliches, aber sie hat auch eine politische Dimension. Wer sie entpolitisiert (und entkontextualisiert), verhilft dem Herrenwitz zu Wirksamkeit. Dies könnte der entscheidende Mehrwert der aktuellen Sexismusdebatte sein: Dass aus den gesammelten persönlichen Erfahrungen gesellschaftliche Strukturen und Muster erkennbar werden und die Bereitschaft zu ihrer Veränderung wächst. Spannend wird es genau dann, wenn das Privat(isiert)e auch wieder politisch wird.“*

<sup>31</sup> [www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/maerz/von-heidenroeslein-bis-herrenwitz](http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/maerz/von-heidenroeslein-bis-herrenwitz)



Mich hat #aufschrei nicht enttäuscht zurückgelassen, ganz im Gegenteil. Eine Öffentlichkeit, die auf Stärke und Unnahbarkeit als Fassade setzt, wird letztlich schwächer sein. Denn der gemeinsame Prozess der Heilung fühlt sich machtvoller an als ein abschätziger Kommentar eines „Mächtigen“ über die Bewegung. Es ist privat bedeutsam und damit politisch, denn hier – in Tweets, in Blogs und weit darüber hinaus entsteht Gemeinschaft – und eine neue politische Öffentlichkeit, in der wir verletztlich sein dürfen und gleichzeitig stark.



## Vortrag

**Olena Semenova**

Organisationskomitee  
des KyivPride, Kiew



## Die Situation lesbischer Frauen in der Ukraine

Mit einer Bevölkerung von 46 Millionen Menschen ist die Ukraine ein großes Land; sie liegt strategisch wichtig zwischen der EU und Russland und ist geprägt von einer zentralisierten Volkswirtschaft und einer heiklen politischen Situation. Die Ukraine ist seit nunmehr 22 Jahren ein unabhängiges Land, das demokratische System ist noch im Aufbau begriffen. Die wichtigste ukrainische Partei tritt offen hauptsächlich für eigene Geschäftsinteressen ein. In der Opposition befinden sich so unterschiedliche Parteien wie die praktisch faschistische „Svoboda“-Partei und die Partei von Vitali Klitschko.

Die politische Situation hat erheblichen Einfluss auf Frauen- und LGBT-Rechte (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans, *die Red.*). Unmittelbar nachdem die Ukraine im Jahr 1991 unabhängig wurde, wurde das Gesetz, das Homosexualität zu einem Straftatbestand machte, abgeschafft. Die LGBT-Community erfuhr dadurch erheblichen Auftrieb und 1993 wurden dann in mehreren Regionen unseres Landes LGBT-Organisationen gegründet. Die Bewegung ist mit schwulen Männern auf der einen und lesbischen Frauen auf der anderen Seite zweigeteilt. Es sind zwei verschiedene Welten und jede hat ihre eigene Geschichte. Schwule Männer hatten bereits zu Sowjet-Zeiten Mittel und Wege gefunden, miteinander zu kommunizieren. Sie hatten Cruising-Areas und eine geheime Infrastruktur, die bereits Züge einer Community trug. Doch was hatten lesbische Frauen zu Beginn der ukrainischen LGBT-Bewegung? Eigentlich gar nichts. Wir hatten keinen Feminismus, keine sexuelle Revolution, keine Treffpunkte oder sonstigen

Kommunikationskanäle. In den 70 Jahren vor 1993 war praktisch nichts passiert. Ausgehend von diesem Nullpunkt begannen wir, uns unsere eigene Geschichte aufzubauen. Bislang waren wir recht erfolgreich: Wir hatten nichts außer dieser Doppelbindungssituation, doch wir haben wichtige Schritte zur Stärkung der Gruppe lesbischer Frauen einleiten können.

Heute gibt es in der Ukraine 40 LGBT-Organisationen, doch nur wenige von ihnen konzentrieren sich ausschließlich auf lesbische Frauen. Organisationen, die zur HIV-Prävention mit MSM (Männern, die Sex mit Männern haben) arbeiten, profitieren von guten Entwicklungsmöglichkeiten, wohingegen Organisationen für Frauen dazu keinen Zugang haben. Trotz dieser traurigen Tatsache gibt es in fast der Hälfte aller 27 ukrainischen Regionen inzwischen kleine lesbische Aktivistengruppen.

Wir befinden uns derzeit in einer sehr interessanten Entwicklungsphase der lesbischen Community. Unsere Community ist sehr jung; uns sind keine Mitglieder über 50 bekannt. Doch allmählich wird die Community vielfältiger: es bilden sich Jugendgruppen, Erwachsenengruppen, Familien-, Sport-, Kultur- und Politikgruppen. Um diesen Prozess zu unterstützen, ist ein Erfahrungsaustausch sehr hilfreich. Wir sind der Münchner Community deshalb sehr dankbar, dass sie Erfahrungen, Visionen und Wissen mit uns teilt, die bei uns noch nicht vorhanden sind. Von der Münchner Community können wir lernen, wie mit Fragen umzugehen ist, die sich bei uns heute stellen und die in München bereits vor 30-40 Jahren beantwortet wurden. Diese



Olena Semenova (rechts).  
Ulrike Mößbauer hat während der  
Konferenz spontan ins Deutsche  
übersetzt

Unterstützung, Atmosphäre, Erfahrung und Einstellung, aber auch das vorhandene Wissen und die Inspiration sind das, was wir derzeit am dringendsten brauchen.

Wir alle in der LGBT-Bewegung sehen uns derzeit natürlich mit verschiedenen Problemen und insbesondere mit Homophobie konfrontiert. Doch als Frauen haben wir darüber hinaus auch mit besonderen Problemen wie Frauenhass, Geschlechterstereotypen und Sexismus in der Gesellschaft, aber auch in der Community, zu kämpfen, die für unsere weitere Entwicklung hinderlich und häufig der Grund für die Angst vor dem eigenen Coming Out sind: Lesben in der Ukraine haben oft nicht nur Angst vor Homophobie, sondern auch davor, als „fehlerhafte“ Frauen stigmatisiert zu werden. Das ist insbesondere für Frauen in Kleinstädten und Dörfern sehr schwierig. Und das ist wiederum der Grund für ein weiteres unserer Probleme: mangelnde Sichtbarkeit. Die Menschen wissen nicht, wer wir sind und selbst innerhalb der LGBT-Community sind wir und unsere Probleme häufig unsichtbar.

Für welchen Weg entscheiden wir uns also in dieser Situation? Unsere Politiker haben den Weg vorgegeben. Seit 2011 arbeitet das ukrainische Parlament an der Verabschiedung verschiedener Gesetze gegen „homosexuelle Propaganda“, die die Verbreitung positiver und korrekter Informationen zum Thema Homosexualität unter Strafe stellen sollen. Wenn diese Gesetze tatsächlich verabschiedet werden, wäre sämtliche Sozialarbeit für homosexuelle Menschen auf einen Schlag illegal. Unter diesen Umständen müssen wir gemeinsam für unsere Rechte

kämpfen. Es geht hier primär um unser Überleben. Wir müssen unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung gemeinsam für unser aller Zukunft eintreten. Andererseits sind wir vor dem Hintergrund dieser homophoben Bedrohung in der Entwicklung unserer Community und in der Lösung unserer besonderen lesbischen Fragestellungen eingeschränkt. Und wir wissen nicht, wie viele Jahre diese Situation andauern wird.

Doch mit Hilfe der internationalen Community können wir die Kraft und Inspiration finden, uns weiterzuentwickeln und müssen nicht einknicken, nur weil manche Menschen gerne hätten, dass wir verschwinden. Bei der Landeshauptstadt München und der Kontaktgruppe Munich Kyiv Queer möchten wir uns für die Unterstützung auf politischer und Community-Ebene sowie für den Wissens- und Erfahrungsaustausch herzlich bedanken.

### “The situation of lesbian women in Ukraine”

Ukraine is a big country with population about 46 billion, and has an important geographical position in between EU and Russia, with centralized economics and uneasy political situation. Since 22 years Ukraine is an independent country and tries to build a democratic system. The leading party in Ukraine openly pursues mainly business interests. The opposition unites parties with quite different political orientation – from practically fascist party “Svoboda” to the party of Vitaliy Klitchko.

Political situation make a huge influence on women and LGBT rights (Lesbian, Gay, Bisexual and Trans, *die Red.*). Right after Ukraine in 1991 became an independent state, the law that criminalized homosexuality was cancelled. It was a big impulse for LGBT community to rise up, and in 1993 in different regions of our country appeared several LGBT organizations. In this movement we have two sides of the question:

## Vortrag

Olena  
Semenova

gay men on one pole and lesbian women on the other. Different worlds with different history. Gay men already had their history, even in soviet times they found a way to communicate; they had cruising places and a hidden infrastructure that looked already something like community. What lesbian women had at the beginning of the LGBT movement in Ukraine? Actually nothing. We had no feminism, no sexual revolution, no even meeting places or some means of communication. 70 years of emptiness before 1993. From this zero point we began to build up our history. Till now we have success: we had nothing except of double bind, but we did important steps towards the empowerment of lesbian women community.

Today in Ukraine exist 40 LGBT organizations, but only few of them are pure lesbian. Organizations that work with MSM (men who have sex with men) for HIV prevention have good resources for development while women oriented organizations have no such a chance. Despite this sad fact we have now small lesbian activist groups in almost half of 27 Ukrainian regions.

Today we have a very interesting period of lesbian community development. Our community is quite young; we have no visible lesbians after 50. But now the community starts to be more diverse with youth groups, adult groups, family, sport, culture, politically active groups. And for this process today is very important to make an experience exchange. That is why we are really grateful to Munich community for granting us with this experience, with this vision and knowledge that we don't have. We learn from the Munich community how to deal with questions, that we just faced while here they meet these problems 30–40 years ago and already know how to go this way. This support, this atmosphere, experience, spirit, knowledge and inspiration – these are the main things we really need now.

Now in LGBT movement we face different problems and homophobia of course on the first place as a common problem for all of us. But also we have "special women" problems, such as misogyny, gender stereotypes and sexism in society and in community, which are a big obstacle for our further development and the often reason of fear of coming out: lesbians in Ukraine afraid of not only homophobia, but also they afraid to be discriminated as "faulty women". This is especially very hard for the women who live in the small cities and villages. This also leads to another our big problem: lack of visibility. People don't know who are lesbians and even inside LGBT community we and our problems are invisible.

What way of development we choose in this situation? Our politicians showed us the direction. Since 2011 Ukrainian Parliament works on adopting several "gay propaganda bills", that provides criminal punishment for distribution of any positive and correct information about homosexuality. If the bills will be adopted, all social work for homosexual people will be out of the law. In these circumstances we face the question of uniting for the fight for our rights. We need to survive first. No matter of gender identity or sexual orientation, we unite to protect our future. But from the other side with this homophobic threat we are frozen in our community development and solving special lesbian issues. And we don't know for how many years it will last.

*But with the help of international community we find our power and inspiration to move up and not to stop just because some people want us to disappear. We thank the City of Munich and the Kontaktgruppe Munich Kyiv Queer for the political and community support, for the experience and knowledge.*

## Diskussionsforen



## Forum 1



**Christina Eder**

LH München,  
Kulturreferat

**Mareile Müller**

LH München,  
Luisengymnasium

**Zara S. Pfeiffer**

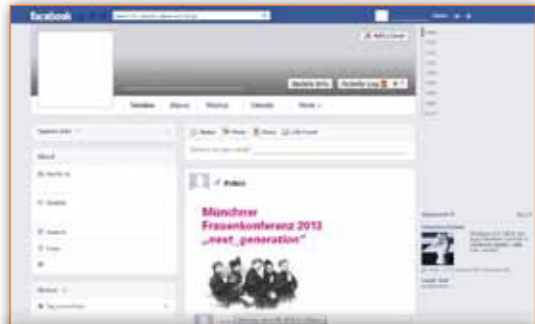
LH München,  
Pädagogisches Institut,  
Autorin des  
ThemenGeschichts-  
Pfad

## Macht Geschichte Zukunft?

Wie kann historisches Wissen über die Geschichte der Frauenbewegung an Schülerinnen und Schüler vermittelt werden? Am Beispiel des ThemenGeschichtsPfad „Geschichte der Frauenbewegung in München“, der aktuell für den Einsatz in Schulen adaptiert wird, diskutierten die Teilnehmer\_innen des Forums, wie der Einsatz von neuen Medien bei der Vermittlung von (Frauen-)Geschichte sinnvoll stattfinden kann.

### Einstieg über Facebook und Twitter

Als Einstieg in das Thema des Workshops und als Vorstellungsrunde konnten sich die Teilnehmer\_innen des Workshops über ein analoges Facebook- bzw. Twitter-Profil vorstellen:



next\_generation  
auf facebook



next\_generation  
auf twitter



Die Reihe Themen-  
Geschichtspfade  
macht Unsichtbares  
sichtbar



QR-Code und Link zum  
Download des Heftes:  
[www.muenchen.de/rat-  
haus/Stadtverwaltung/Kul-  
turreferat/Stadtgeschichte/  
ThemenGeschichtsPfade/  
Frauen.html](http://www.muenchen.de/rat-<br/>haus/Stadtverwaltung/Kul-<br/>turreferat/Stadtgeschichte/<br/>ThemenGeschichtsPfade/<br/>Frauen.html)



### Was sind die ThemenGeschichtsPfade der LH München?

Die ThemenGeschichtsPfade, die das Kulturreferat der Landeshauptstadt München herausgibt, sind Rundgänge – zum Gehen, zum Lesen und zum Hören –, entlang historisch bedeutsamer Orte und Ereignisse in München mit dem Ziel (vermeintlich) Unsichtbares sichtbar zu machen. Neben den Pfaden zur „Geschichte des Nationalsozialismus in München“ gibt es bislang den TGP „Geschichte der Lesben und Schwulen“ und den TGP „Geschichte der Frauenbewegung“. Das Format ist sehr erfolgreich und eignet sich hervorragend, Themen, die bislang einer breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt waren, zu vermitteln.

### Was ist der ThemenGeschichtsPfad „Geschichte der Frauenbewegung in München“?

Kaum eine soziale Bewegung kann auf so beachtliche Erfolge zurückblicken wie die Frauenbewegung. Geschenkt wurde den Frauen aber nichts. Viele der Rechte, über die Frauen heute fast selbstverständlich verfügen, mussten erst mühsam erkämpft werden: das aktive und passive Wahlrecht, das Recht, an einer Universität zu studieren, das Recht auf freie Berufswahl, das Recht, selbstbestimmt über den eigenen Körper zu entscheiden. Trotz der Erfolge: Nach wie vor sind viele der Forderungen aus der Frauenbewegung nicht umgesetzt. Eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch heute nicht realisiert. Noch immer sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich schlechter gestellt als Männer, noch immer sind Gewalt gegen Frauen sowie die Diskriminierung lesbischer Frauen und Transgender alltäglich und noch immer sind (hetero)sexistische Geschlechterstereotype gesellschaftlich dominant.





QR-Code und Link zum Download des Audioguides: [www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Stadtgeschichte/ThemenGeschichtspfade/Frauen/Audioversion.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Stadtgeschichte/ThemenGeschichtspfade/Frauen/Audioversion.html)

Der ThemenGeschichtspfad folgt den Spuren der Frauenbewegung in München – diese finden sich in Gebäuden und Institutionen, in Gesetzestexten und Verwaltungsverordnungen, in gesellschaftlichen Normen und in sozialen Praxen. Manche dieser Spuren sind offensichtlich, ein großer Teil erschließt sich erst bei genauerem Hinsehen, viele bleiben unsichtbar. Wer waren die Aktivistinnen der Frauenbewegung in München, was waren ihre Themen und wie lauteten ihre Forderungen? Der ThemenGeschichtspfad lädt Sie ein, München auf den Spuren der Geschichte der Frauenbewegung neu zu entdecken.

**Wie funktioniert der ThemenGeschichtspfad „Geschichte der Frauenbewegung in München“?**

Der ThemenGeschichtspfad ist eine Broschüre, die kostenlos z. B. in der Stadtinformation mitgenommen werden kann oder online angeschaut werden kann. Der ThemenGeschichtspfad beinhaltet außerdem einen Audioguide, der als mp3 heruntergeladen werden kann.

Grundlage der Broschüre und des Audioguides sind viele Gespräche mit Akteurinnen und Aktivistinnen der Frauenbewegungen in München. Manchmal ist der ThemenGeschichtspfad auch ein Ereignis, z. B. ein Rundgang zu Orten der Frauenbewegung in München.

**Warum soll es eine Adaption des ThemenGeschichtspfads für Schülerinnen und Schüler geben und wie kann diese aussehen?**

Damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, sich auf eine didaktisch angemessene Art und Weise mit der Geschichte der Gleichstellung in Deutschland und speziell in München auseinanderzusetzen. Wirksames Lernen ist verbunden mit Ortsveränderung, mit Bewegung im Raum und einem hohen Maß an Selbststeuerung durch den Lernenden. Die besonderen Chancen des historischen Lernens bestehen darin, sich ein umfassendes Geschichtsbild erarbeiten zu können, sich mit „echten“ Quellen auseinandersetzen zu lernen, die Thematik konkret im eigenen Kontext und in vermeintlich bekannter Umgebung erfahren zu können und damit „Spuren lesen“ zu lernen.

**„Wie eine Schnecke auf Glatteis“**  
Ein Teil eines der für die Schülerinnen und Schüler adaptierten Module wurde vor Ort – in und vor den Räumen der Gleichstellungsstelle für Frauen – im Rathaus getestet.



Zara S. Pfeiffer bei einer Führung zum ThemenGeschichtspfad

Adaptierte Module



**Weiterführende Links**

- [www.muenchen.de/tgp](http://www.muenchen.de/tgp)
- [www.protest-muenchen.sub-bavaria.de](http://www.protest-muenchen.sub-bavaria.de)
- [www.arbeiterarchiv.de](http://www.arbeiterarchiv.de)
- [www.karinsommer.de](http://www.karinsommer.de)

**Literaturhinweise**

Siehe ThemenGeschichtspfad „Geschichte der Frauenbewegung in München“, S. 197–200 (kann wie oben angegeben online heruntergeladen oder über das Kulturreferat, die Stadtinformation oder die Gleichstellungsstelle für Frauen kostenlos bezogen werden).

**Zum Lehrplanbezug Gymnasium, Real- und Mittelschule**

- [www.isb-gym8-lehrplan.de/content/serv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26237](http://www.isb-gym8-lehrplan.de/content/serv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26237)
- [www.isb-gym8-lehrplan.de/content/serv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26228](http://www.isb-gym8-lehrplan.de/content/serv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26228)
- [www.isb.bayern.de/realschule/lehrplan/realschule-r6/fach--jahrgangsstufenlehrplan-ebene-3/geschichte/9-jahrgangsstufe/432/](http://www.isb.bayern.de/realschule/lehrplan/realschule-r6/fach--jahrgangsstufenlehrplan-ebene-3/geschichte/9-jahrgangsstufe/432/)
- [www.isb.bayern.de/schulartspezifisches/lehrplan/mittelschule/jahrgangsstufenlehrplan/geschichte-sozialkunde-erdkunde/9-jahrgangsstufe/1405/](http://www.isb.bayern.de/schulartspezifisches/lehrplan/mittelschule/jahrgangsstufenlehrplan/geschichte-sozialkunde-erdkunde/9-jahrgangsstufe/1405/)

**Dr. Anneliese Durst und Robert Hansmaier**

LH München,  
Referat für Arbeit und Wirtschaft

Unter Mitarbeit von Anke Drexler, Susanne Grohs-von Reichenbach, Jutta Klein, Claudia Thoma und Daniela Weidlich

## Gute Arbeit – aber nicht für alle! Frauen in der Münchner Arbeitswelt

### Münchner Arbeitswelt

Das Motto des zweiten Diskussionsforums lautete „Gute Arbeit – aber nicht für alle! Frauen in der Münchner Arbeitswelt“. Die Leiterin des Fachbereichs „Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung“ im Referat für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Anneliese Durst, moderierte die zweistündige Nachmittagsveranstaltung. Rund 60 Frauen sowie ein Mann hatten sich im großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses zum letzten Tagesordnungspunkt der *Münchner Frauenkonferenz* zusammengefunden.

Robert Hansmaier vom Referat für Arbeit und Wirtschaft stimmte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Zahlen und Fakten zur Münchner Arbeitswelt ein. Er stellte ausgewählte Ergebnisse der Münchner Sondererhebung des DGB Index Gute Arbeit 2012 vor. Diese werden dem Münchner Stadtrat voraussichtlich am 10. Dezember 2013 bekannt gegeben und können dann im Internet über das im Ratsinformationssystem der Landeshauptstadt München heruntergeladen werden.

Nach der Präsentation teilte Frau Dr. Durst die Teilnehmenden in drei Gruppen auf, die nacheinander drei Themeninseln zu durchlaufen hatten. Dabei richteten sich die Themeninseln an Situationen aus, die im Leben einer Frau relevant sind bzw. werden können: Wiedereinstieg, alleinerziehend und Frauen in Führung. Für jedes Thema waren zwanzig Minuten Zeit vorgesehen, um Antworten auf folgende Leitfragen zu finden: Was bedeutet gute Arbeit für Frauen in Führung? Was ist gute Arbeit für Wiedereinsteigerinnen bzw. was ist für Wiedereinsteigerinnen wichtig? Gute Arbeit für Alleinerziehende, was heißt das?

Die Themeninseln wurden von Expertinnen moderiert, die sich berufsmäßig seit Jahren mit diesen Themen und Zielgruppen auseinandersetzen:

- Frauen in Führung: Daniela Weidlich, Referat für Arbeit und Wirtschaft
- Wiedereinstieg: Susanne Grohs-von Reichenbach, Münchner Volkshochschule und Anke Drexler, Münchner Frauenakademie
- Alleinerziehende: Claudia Thoma und Jutta Klein, IBPro e.V.



Dr. Anneliese Durst und Robert Hansmaier

### Themeninsel „Frauen in Führung“

Die Themeninsel „Frauen in Führung“ setzte auf inhaltlichen Input durch Daniela Weidlich und auf Erfahrungsberichte von zwei Mentees aus folgenden Programmen: Mentorinnenprogramm der Münchner Frauenakademie im Rahmen von power\_m und das Münchner Cross-Mentoring Programm des Referats für Arbeit und Wirtschaft in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung Cross Consult.

Die Mentees berichteten vom Wissensaustausch mit erfahrenen Führungskräften und dem Mehrwert eines solchen Programmes: Ausbau ihrer (Führungs-)Kompetenzen und Erweiterung des persönlichen Netzwerkes. Sie berichteten von attraktiven Entwicklungs- und Karrierechancen, die ihnen durch das Mentorinnenprogramm geboten wurden. Darüber hinaus erläuterte



Themeninsel „Frauen in Führung“: Daniela Weidlich (Mitte) mit Mentees

Daniela Weidlich die Hintergründe der „Gläsernen Decke“ und wies auf zahlreiche andere Hindernisse für Frauen hin, in Führung zu gelangen.

### Der Begriff „Gläserne Decke“ (glass ceiling)

ist eine Metapher für das Phänomen, dass qualifizierte Frauen kaum in die Top-Positionen in Unternehmen vordringen und spätestens auf der Ebene des mittleren Managements „hängenbleiben“. Dabei wird angenommen, dass „Glass-Ceiling-Effekte“ durch eine Reihe von Hindernissen zustande kommen und verstärkt werden, so zum Beispiel Stereotype und Vorurteile hinsichtlich der Eignung von Frauen in Führungspositionen, ein auf Männer abgestimmtes Unternehmensklima sowie mangelnder Zugang zu informellen Netzwerken. Diese Hindernisse sind häufig mit den Organisationsstrukturen untrennbar verwoben und damit kaum erkennbar. Daher die Metapher einer unsichtbaren Aufstiegsbarriere, also einer „gläsernen Decke“.

Als eines der wesentlichen Hindernisse für den Aufstieg von Frauen wurden zum Beispiel das männliche Rollenmodell sowie Erwartungen wie uneingeschränkte Mobilität benannt, ständige Verfügbarkeit und ununterbrochene Berufsbiografie, die insbesondere Mütter ausgrenzen. Auch die verbreitete Teilzeitquote bei Frauen kristallisiert sich immer deutlicher als Hindernis heraus: Karriere in Deutschland setzt immer noch uneingeschränkte Verfügbarkeit voraus, und das bedeutet, Arbeit in Teilzeit schließt Führung aus. Weitere Hindernisse sind auch die vorwiegend innerhalb von Organisationen bestehenden informellen Praktiken und Regeln, die für Frauen weder Platz noch Verhaltensmuster vorsehen.

Anders als beim Workshop „Frauen in Führung“ sollten die Teilnehmenden in den Themeninseln „Wiedereinstieg“ und „Alleinerziehende“ die Antworten auf die oben genannten Leitfragen selber erarbeiten.

### Themeninsel „Wiedereinstieg“

Auf die Frage „Gute Arbeit, was ist das für Wiedereinsteigerinnen?“ wurden unter anderem folgende Antworten gegeben: Job Sharing und Führung in Teilzeit, qualifikationsadäquate Bezahlung, Abbau der Präsenzkultur und gerechtere Bezahlung für soziale Tätigkeiten. Einigkeit herrschte darüber, dass sowohl der berufliche Ausstieg aufgrund von Elternzeit als auch der berufliche Wiedereinstieg gut vorbereitet sein müssen. Dahingehend wurden folgende Tipps



Themeninsel „Wiedereinstieg“: Susanne Grohs-von Reichenbach und Anke Drexler

formuliert: Während der Elternzeit Kontakt zum Arbeitgeber halten, Netzwerken in Form von Austausch mit Kolleginnen und Kollegen sowie Besuch von Veranstaltungen in der Firma und im eigenen Berufsbereich, Telearbeit nutzen, Kinderbetreuung klären, den Wiedereinstieg rechtzeitig planen und die Familienphase zur Fort- und Weiterbildung nutzen. Letzteres kann eine „win-win-Situation“ sowohl für den Arbeitgeber als auch für die Mitarbeiterin darstellen. Für den Arbeitgeber, weil sich die Mitarbeiterin in ihrer Familienphase fortbildet, das „Tagesgeschäft“ davon nicht betroffen ist und die Mitarbeiterin mit neuen Qualifikationen aus der Familienphase zurückkehrt. Und für die Mitarbeiterin ist es von Vorteil, sich auch während der Familienphase im beruflichen Kontext fortzubewegen, neue Kontakte zu knüpfen und Fachkenntnisse zu erwerben.



Themeninsel  
„Alleinerziehende“:  
Claudia Thoma und  
Jutta Klein

Susanne Grohs-von Reichenbach und Anke Drexler stellen im Rahmen des Workshops das Wiedereinsteigerinnenprogramm power\_m vor, das kostenfrei Beratung, Coaching und Fortbildung für Frauen und Männer anbietet, die nach einer mehrjährigen Familienphase wieder einsteigen wollen. Das Projekt power\_m hilft den Teilnehmenden nicht nur, ein klares Ziel für den Wiedereinstieg zu entwickeln, sondern diesen auch dauerhaft erfolgreich zu gestalten.

### Themeninsel „Alleinerziehende“

Die verschiedenen Gruppen bei der Themeninsel „Alleinerziehende“ fanden ähnliche Antworten auf die Leitfrage „Was ist gute Arbeit für Alleinerziehende?“ Als Kernkategorien wurden Bildung und Qualifikation genannt, im Sinne von zentralen Voraussetzungen für eine gute Arbeit für Alleinerziehende. Darüber hinaus wurde gefordert, Zugänge zu ermöglichen und Kompetenzen anzuerkennen – insbesondere die Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Diese Forderungen gehen einher mit der Notwendigkeit durchlässigerer Systeme: Sowohl die Anerkennungsbehörden für ausländische Qualifikationen als auch die Stellenanforderungen bzw. Einstellungspraktiken von Unternehmen sollten durchlässiger werden in dem Sinne, dass mehr Kompetenzen als formale Voraussetzungen im Mittelpunkt stehen sollten.

Alleinerziehende sollten mehr gesellschaftliche Anerkennung und Verständnis für ihre Situation als „Einzelkämpferinnen“ erhalten: Wenn private Netzwerke fehlen, sind bei komplexer Ausgangslage (z. B. Unterhaltsstreitigkeiten, Sprachschwierigkeiten, Schulprobleme der Kinder) Unterstützungsangebote erforderlich. Die betroffenen Dienste müssen dabei eng zusammenarbeiten.

Die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende gilt es zu verbessern, Alleinerziehende bestmöglich zu begleiten und Kinderbetreuungseinrichtungen zu finden als Voraussetzung für eine Beschäftigungsaufnahme. Ein zentrales Kriterium der Rahmenbedingungen stellt die Abklärung der Kinderbetreuung dar, die bei der Zielgruppe häufig nicht ausreichend gesichert ist. Ein Großteil der Alleinerziehenden war vor dem Leistungsbezug in den Branchen Handel, Pflege sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe tätig. Die Arbeitszeiten in diesen Berufen machen es Alleinerziehenden aber so gut wie unmöglich, in ihre alten Berufe zurückzukehren.

Häufig liegen die Ursachen in fehlender oder nicht am Arbeitsmarkt orientierter Kinderbetreuung. Für Alleinerziehende ist es wegen familiärer Verpflichtungen schwerer als für andere Personen, die Arbeitslosigkeit zu beenden. Familiäre Unterstützungssysteme sind vielfach nicht vorhanden. Vor allem alleinerziehende Mütter und Väter mit Migrationshintergrund sind – bedingt durch ihre Sprachbarrieren – häufiger über Betreuungsmöglichkeiten und Anmeldemodalitäten für Kindertagesstätten unzureichend informiert. Aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit werden Alleinerziehende bei der Vergabe von Betreuungsplätzen selten mit Priorität behandelt.

Dies geht mit verstärkten Ängsten um die Entwicklung ihrer Kinder einher. Ferner ist in Familien mit alleinerziehenden Elternteilen der höhere Anteil von Kindern auffällig, die von heilpädagogischen Tagesstätten versorgt und teilweise wöchentlich zu Therapien begleitet werden müssen (z. B. ADHS, Sprachentwicklungsverzögerungen). Nicht selten wohnen Alleinerziehende in beengten Wohnverhältnissen, da eine größere oder eigene Wohnung nicht finanzierbar ist. Einige Alleinerziehende befinden sich im Sorgerechts- oder Unterhaltsstreit.

Mehr Flexibilität in den Betrieben (z. B. durch Gleitzeit- oder Jahresarbeitszeitkonto, weniger Präsenzpfllicht) wurde im Hinblick auf die spezielle Lebensphase Kindererziehung ebenso gefordert wie die Unterstützung durch Homeoffice-Arbeitsplätze. Analog zur Themeninsel Wiedereinsteigerinnen wurde bei den Alleinerziehenden vor der Armutsfalle Minijobs gewarnt.

### Diskussionsergebnisse aus den Themeninseln

Die Ergebnisse der drei Themeninseln „Frauen in Führung“, „Wiedereinstieg“ und „Alleinerziehende“ wurden am Ende im Plenum zusammengeführt.

Übergreifend ließ sich feststellen, dass eine nachhaltige Integration in den regulären Arbeitsmarkt notwendigerweise an der jeweiligen biografischen Lebenssituation ansetzt, mit dem Ziel, den Selbstwert derjenigen, denen der Zugang zu Erwerbsarbeit und sozialer Anerkennung verwehrt ist, wieder herzustellen. Die Ergebnisse aus dem Forum fließen in die laufende Projektarbeit beim Referat für Arbeit und Wirtschaft ein.

Weitere Informationen zum Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) unter [www.muenchen.de/mbq](http://www.muenchen.de/mbq).

### Link- und Literaturliste

#### Frauen und Führung

##### • Berufliche Gleichstellung

[www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung.html)

##### • Cross-Mentoring Programm München

[www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung/Cross-Mentoring-Muenchen.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung/Cross-Mentoring-Muenchen.html)

##### • Münchner Memorandum für Frauen in Führung (MFF)

[www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung/Memorandum.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung/Memorandum.html)

##### • Mentoring – Unterstützung beim Wiedereinstieg von starken Frauen, Münchner Frauenakademie im Rahmen von power\_m

[www.power-m.net/angebote/coaching-und-mentoring.html](http://www.power-m.net/angebote/coaching-und-mentoring.html)

#### Wiedereinstieg

##### • Programm power\_m – Rückenwind für Ihren Wiedereinstieg

[www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung/power\\_m.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Gleichstellung/power_m.html)

##### • Zurück in den Beruf? Wir zeigen Ihnen, wie.

[www.power-m.net](http://www.power-m.net)

##### • kostenfreie Bildungsberatung der LH München

[www.muenchen.de/bildungsberatung](http://www.muenchen.de/bildungsberatung)

##### • kostenfreies Vortrags- und Workshop-Programm „Frauen auf Erfolgskurs“ der Agentur für Arbeit in München

[www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-BY/Muenchen/AA/Buerger/Chancengleichheit/pdf/843-GP-Buerger-Frauen-auf-Erfolgskurs-Herbst-Winter-2013-2014.pdf](http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-BY/Muenchen/AA/Buerger/Chancengleichheit/pdf/843-GP-Buerger-Frauen-auf-Erfolgskurs-Herbst-Winter-2013-2014.pdf)

##### • Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

„Karrieremodelle. Frauen am Arbeitsmarkt: Traditionelle Muster und neue Entwürfe“, in: IAB-Forum, 1/2012.

##### • Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)

„Zeit für Wiedereinstieg – Potenziale und Perspektiven“, Berlin 2012

##### • Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

„Beruflicher Wiedereinstieg von Frauen nach familienbedingter Erwerbsunterbrechung“, in: IAB-Forum, 9/2013.

##### • Svenja Hofert

„Wiedereinstieg in den Beruf. Berufsbilder und Stellensuche, Bewerbung und Vorstellungsgespräch, Weiterbildung und staatliche Förderung“, Humboldt 2010

#### Alleinerziehende

##### • Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.)

„Alleinerziehende Mütter im Bereich des SGB II – Eine Synopse empirischer Befunde aus der IAB-Forschung“, in: IAB-Forum, 8/2013

##### • IG Metall Vorstand – FB Frauen und Gleichstellungspolitik mit Dr. Mechthild Veil (Hrsg.)

„Arbeitsmappe Alterssicherung von Frauen: Grundlagen, Reformen, Perspektiven“, Frankfurt, 2009

##### • Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)

„Frauen im Minijob – Motive und (Fehl-)Anreize für die Aufnahme geringfügiger Beschäftigung im Lebenslauf“, Berlin 2012

##### • Jonas Beste und Torsten Lietzmann

„Grundsicherung und Arbeitsmotivation: Single-Mutter sucht passenden Job“, in: IAB-Forum, 1/2012

##### • Das Portal für Alleinerziehende in München

[www.alleinerziehende-muenchen.de](http://www.alleinerziehende-muenchen.de)

##### • 26 Einrichtungen – ein gemeinsames Ziel: das Verbundprojekt Perspektive Arbeit vereint etablierte Bildungsträger des Münchner Arbeitsmarktes zu einem wirksamen Beratungs- und Qualifizierungsnetzwerk für Langzeitarbeitslose: www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Langzeitarbeitslosigkeit/Verbundprojekt.html

www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Arbeit-und-Wirtschaft/Arbeitsmarktpolitik/Langzeitarbeitslosigkeit/Verbundprojekt.html

##### • Lokale Bündnisse für Familie

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende“ unter [www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/ep-alleinerziehende.html](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/ep-alleinerziehende.html)

##### • Sozialreferat der Landeshauptstadt München (Hrsg.)

„Günstiger leben in München: Tipps, Adressen und Informationen“, München 2013. Als pdf auch unter [www.muenchen.info/soz/pub/pdf/470\\_guenstiger\\_leben\\_muenchen.pdf](http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/470_guenstiger_leben_muenchen.pdf)

### Forum 3

**Christiane Berger**

Deutscher Gewerkschaftsbund Bayern

**Anne Hübner**

Arbeiterwohlfahrt München



Anne Hübner und Christiane Berger



## Frauenarmut in München

Anne Hübner hatte bei der Erstellung des Münchner Armutsberichts 2012 mitgewirkt und stellte zu Beginn des Forums Ergebnisse daraus vor. Christiane Berger ergänzte dies durch eine genauere Definition und Darstellung von prekärer Beschäftigung, der besonderen Betroffenheit von Frauen durch Minijobs, Teilzeit und Niedriglohnjobs, sowie der Auswirkung von prekärer Beschäftigung auf die Alterssicherung.

Frau Hübner erklärte zum Armutsbericht 2011 der LH München, dass dieser erstmals die „relative Armut“ untersuchte. Bei diesem Methodenwechsel wurde das mittlere Einkommensniveau von Münchnerinnen und Münchnern zu Grunde gelegt, und nicht wie früher das mittlere Einkommensniveau auf Bundesebene. Als armutsgefährdet wurden nach OECD-Definition diejenigen Personen erfasst, deren Einkommen unterhalb von 60 % dieses Vergleichswerts lagen. Mit dem Methodenwechsel konnte erstmals dem Umstand der besonderen Münchner Bedingungen mit zum Teil sehr hohen Einkommen, aber eben auch relativ hohen Preisen für die Lebenshaltung Rechnung getragen werden.

Ende 2011 lebten rund 204 Tsd. Personen in München unterhalb der Armutsrisikogrenze. Hinzu kamen noch einmal ca. 50 Tsd. Personen am Rande der Armutsrisikogrenze. Nur bei rund 119 Tsd. Personen konnte von „bekämpfter Armut“ gesprochen werden. Diese Personen erhielten in irgendeiner Art und Weise Transferleistungen von staatlichen Behörden oder der Stadt München (z. B. Agentur für Arbeit, Sozialreferat, ...). Auf Nachfrage erklärte Frau Hübner, dass schlichtweg sehr, sehr viele Personen, die eigentlich Anspruch auf Leistungen hätten (Grundsicherung, Wohngeld etc.) aus Unwissenheit oder Scham keine Anträge stellen würden.

Auch in München entwickle sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Besonders betroffen seien immer mehr Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung, alte Menschen sowie Migrantinnen und Migranten von Armut.



Als einen der wesentlichen Gründe der zunehmenden Armut nannte Frau Hübner die Zunahme prekärer Beschäftigung. Aber auch die stark steigenden Mietpreise führten in München dazu, dass die verfügbaren Einkommen bei immer mehr Menschen nicht mehr zum Leben reichten. Außerdem bekämen Leistungsempfängerinnen und -empfänger in München die gleichen Regelsätze wie im übrigen Bundesgebiet. Aufgrund des hohen Preisniveaus in München kämen sie damit in München aber kaum bzw. gar nicht über die Runden.

Christiane Berger stellte verschiedene Formen von atypischer Beschäftigung vor. Dazu zählen alle Beschäftigungsformen, die wesentlich von einem normalen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitverhältnis abweichen, also z. B. befristete Verträge, Teilzeit-, Mini- und Midijobs, Leiharbeit und Scheinselbständigkeit. Nicht immer seien atypische Arbeitsverhältnisse auch prekäre Arbeitsverhältnisse. Vielmehr gelte dies erst dann, wenn eine nicht existenzsichernde Bezahlung bzw. auch ein hoher

Unsicherheitsfaktor vorliege. Somit zählten auch „normale“ Vollzeitjobs mit niedriger und niedrigster Entlohnung zu den prekären Beschäftigungsverhältnissen, auch z. B. ein gut bezahlter befristeter Job wg. der Unsicherheit einer Folgebeschäftigung nach Ablauf des Vertrags. Auf Nachfrage stellte Frau Berger auch klar, dass nicht jede selbständige Tätigkeit ohne Beschäftigte automatisch Scheinselbständigkeit sei oder auch unter prekäre Beschäftigung fallen würde. Sie bekräftigte aber, dass sich in der Solo-Selbständigkeit zunehmend prekäre Beschäftigung verbergen würde.

Wichtig war Frau Berger auch der Zusammenhang zwischen Einkommen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Gerade Frauen, die als Gruppe die weitaus größten Anteile vor allem bei Teilzeitarbeit und Minijobs stellten, müssten schon heute, mehr noch aber nach dem Vollzug der jüngsten Rentenreformen, mit nicht existenzsichernden Altersrenten rechnen.

Frau Hübner unterstützte diese Feststellung und verwies darauf, dass nach dem Armutsbericht schon heute ca. 14.500 Menschen trotz Erwerbsarbeit auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen seien („Aufstocker/innen“).

In der Diskussion in der Runde stellten mehrere Anwesende ihre Arbeitsgebiete bei der Stadt München, der Arbeitsagentur, einem Wohlfahrtsverband sowie einer anderen im sozialen Bereich tätigen Organisation vor. Im ersten Teil der Diskussion ging es im Schwerpunkt darum, wie Frauen denn überhaupt eine berufliche Laufbahn mit dauerhaft existenzsichernden Einkommen schaffen könnten. Mit Kindern, fehlenden passenden Betreuungsplätzen – vor allem für Kleinkinder, und vor dem Hintergrund der immer noch mangelnden Unterstützung durch Väter – sei das kaum zu schaffen. Trotzdem war sich das Forum einig, dass Frauen mehr als bisher auf echte Gleichstellung im Beruf achten und diese auch einfordern sollten. Dies gelte vor allem nach der Rückkehr aus dem Elternurlaub in den Beruf.

Auch müsse durch alle Verantwortlichen darauf geachtet werden, dass es keine Diskriminierung von Migranten/innen und älteren Beschäftigten gebe.

Der zweite Teil der Diskussion drehte sich insbesondere um den Umgang mit armen Menschen in München. Diese seien schon heute an den äußersten Rand der Gesellschaft gedrängt. Mehr noch, die Gesellschaft nehme ihnen ihre Würde! Besonders deutlich würde dies auch bei Menschen, die Leistungen zur Grundsicherung beantragten und für Kleinigkeiten extreme bürokratische Hürden zu überwinden hätten bzw. bei Leistungsbezug für kleinste Verstöße gegen Auflagen mit drakonischsten Maßnahmen bestraft würden.

Das Forum war sich darin einig, dass Fragen von Beschäftigung und Armut sowie die Praxis von sozialer Hilfe und der Umgang mit sozial Bedürftigen in München viel stärker öffentlich diskutiert und mit geeigneten unterstützenden Maßnahmen begleitet werden müsste.



### Zusammenfassung des Armutsberichts 2011

Im vorliegenden Armutsbericht 2011 wird der Anteil der von Armut gefährdeten Bevölkerung erstmals an den Münchner Einkommensverhältnissen gemessen. In der Vergangenheit wurde die bundesweite Armutsrisikoschwelle zur Berechnung der Münchner Armutspopulation herangezogen. In München sind aber sowohl die Einkommen als auch die Lebenshaltungskosten deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Insofern war ein methodischer Umbruch, der ein aussagekräftigeres Bild der realen Münchner Lebensverhältnisse zeichnet, geboten.

Nach den Kriterien der OECD gilt ein Mensch dann als armutsgefährdet, wenn er über weniger als 60 % des mittleren Nettoeinkommens der Vergleichsbevölkerung (hier: der Münchnerinnen und Münchner) verfügt. Die Münchner Armutsrisikoschwelle beläuft sich für einen Einpersonenhaushalt auf 1.000 Euro, einen Haushalt mit zwei Erwachsenen auf 1.500 Euro, einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und einem Kind unter 15 Jahren auf 1.800 Euro und eine Alleinerziehende mit einem Kind auf 1.300 Euro.

Nachdem im Jahr 2005 insgesamt 158.460 Münchnerinnen und Münchner als relativ gesehen arm galten, sind es, der Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010 zufolge, inzwischen 203.800. Dieser Anstieg ist insbesondere auf den zuvor geschilderten Methodenwechsel und das Wachstum der Bevölkerung zurückzuführen. Weitere 50.000 Menschen leben am Rande der Armutsgrenze.

Ca. 120.000 Münchnerinnen und Münchner bezogen zum 31.12.2011 staatliche Transferleistungen (von der Landeshauptstadt München bzw. dem Bezirk Oberbayern). Ihre Armut wird im Gegensatz zu Teilen der relativen Armut durch den Staat bekämpft, um allen Menschen ein soziokulturelles Existenzminimum zu sichern.

Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen fünf Jahren in der Landeshauptstadt weiter aufgegangen: so verfügt das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Löhnen und Gehältern inzwischen über 46 % des monatlichen Gesamteinkommens (vor fünf Jahren 36 %) und hat damit nahezu sechs Mal so viel Einkommen wie das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen. In der Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010 stellen 50 % der Reichen hierzu fest: „Die sozialen Unterschiede in München sind zu groß.“

Trotz einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote und vieler freier Stellen befinden sich nahezu 14.000 Münchnerinnen und Münchner im erwerbsfähigen Alter seit über fünf Jahren ununterbrochen im Leistungsbezug des SGB II. Es gelingt mit den bestehenden Förderinstrumenten nicht, diese Menschen wieder in eine dauerhafte Beschäftigung zu integrieren. Für viele von ihnen wird ein sozialer Beschäftigungsmarkt benötigt, der ihnen langfristig eine sinnvolle Aufgabe bietet.

Befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung und die damit einhergehenden oft unsicheren Perspektiven und geringen Einkommen sind für viele Münchnerinnen und Münchner zur Normalität geworden. Allein 14.500 Menschen, die trotz Arbeit Leistungen nach dem SGB II benötigen, zeugen von dieser Entwicklung. Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse führen sehr häufig zu Einkommens- und später Altersarmut. Bereits 40 % der armen Haushalte können ihre Schulden nicht regelmäßig oder gar nicht zurückzahlen.

Die aktuelle Erwerbstätigenprognose (empirica AG 2011) sagt für München einen Fachkräftemangel v.a. in der Pflege und den Erziehungsberufen voraus, der noch vor Ende dieses Jahrzehnts zu erheblichen Versorgungslücken in der sozialen Infrastruktur führen kann.

Inzwischen müssen arme Haushalte die Hälfte ihres monatlichen Nettoeinkommens für die Kaltmiete aufwenden. Zwei Drittel der armen Familien leben in überbelegten Wohnungen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum nimmt zu. Allein seit dem Jahr 2008 hat sich der kommunale Bestand an Sozial- und Belegrechtswohnungen um 4.000 reduziert, so dass die Stadt und ihre Wohnungsgesellschaften nur noch über die Belegung von 10 % aller Münchner Mietwohnungen entscheiden können. Die Zahl der Wohnungslosen hat inzwischen, insbesondere aufgrund des massiven Zuzugs, einen neuen Höchststand erreicht. Es bedarf neben dem kommunalen Wohnungsbauprogramm auch erheblicher überregionaler Ressourcen, um für die Menschen mit geringen und mittleren Einkommen in der Stadt und der Region München ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist im Zeitraum 2006 bis 2011 von rund 19.000 auf fast 21.000 angestiegen. Familien mit zwei und mehr Kindern und Alleinerziehende sind einem deutlich

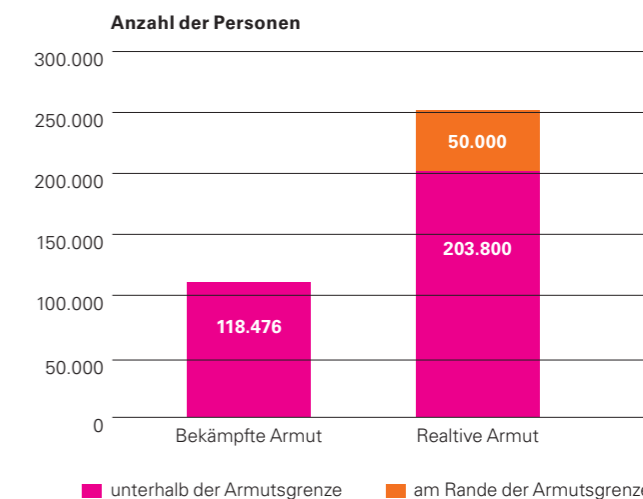
erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Das betrifft insbesondere die Haushalte, in denen nur ein Mitglied erwerbstätig ist. Für die angestrebte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine flexible und ausreichende Kinderbetreuung von der Kinderkrippe bis zum Ende der Grundschule eine elementare Voraussetzung.

Ausländerinnen und Ausländer beziehen zweieinhalbmal so häufig staatliche Unterstützungsleistungen wie deutsche Münchnerinnen und Münchner. Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft schaffen es seltener auf höherführende Schulen, sie brechen häufiger als deutsche Jugendliche ihre Schul- oder Berufsausbildung ohne Abschluss ab. Diese Kinder und Jugendlichen müssen vom Kinderkrippenalter bis zum Ende der Berufsausbildung und dann beim Einstieg in das Arbeitsleben kontinuierlich unterstützt werden. Unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft sollen alle jungen Menschen die gleichen Bildungs- und Lebenschancen haben.

Die Armut der älteren Menschen steigt. Inzwischen beziehen 12.000 Münchnerinnen und Münchner Grundsicherung im Alter. Überraschend ist angesichts der großen Zahl einkommensarmer Menschen ab 65 Jahren lediglich, dass der Bezug von Grundsicherungsleistungen nicht noch stärker zunimmt. Hier ist von einer nicht unerheblichen Anzahl alter Menschen auszugehen, die einen Anspruch auf Sozialhilfe haben, ihn aber nicht wahrnehmen. Derzeit versucht das Sozialreferat modellhaft, über zugehende Sozialarbeit die Notlagen älterer Menschen aufzudecken und ihnen zu helfen.

Zu den Menschen mit Behinderungen liegen in vielen Bereichen nicht ausreichend Daten vor. Auch deshalb wird das Sozialreferat eine Befragung zur Lebenssituation von Münchnerinnen und Münchnern mit Behinderungen durchführen lassen, um die Belange dieser 140.000 Menschen noch besser berücksichtigen zu können. Die Verbesserung ihrer Lebenssituation wird im Rahmen der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen angestrebt, um so die individuelle, strukturelle und rechtliche Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen zu beenden. In diesem Zusammenhang ist unter anderem die Einführung eines vermögens- und einkommensunabhängigen Teilhabeleistungsgesetzes zu diskutieren. Diese würde die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für die Menschen mit Behinderungen attraktiver

**Bekämpfte Armut und Relative Armut in München im Vergleich**  
Stand 31.12.2011 (Bekämpfte Armut) und Jahr 2010 (Relative Armut)



Quelle: Sozialreferat, SIM, Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010

gestalten, die aktuell aufgrund ihres hohen Assistenz- und Unterstützungsbedarfes und der einhergehenden hohen Kosten trotz eines Erwerbseinkommens auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Nicht zuletzt sind arme Menschen auch gesundheitlich benachteiligt. So haben die gesetzlichen Krankenkassen in den letzten Jahren ihren Leistungskatalog reduziert und übernehmen vielfach die Kosten für Brillen oder bestimmte Medikamente nicht mehr. Insbesondere Heimbewohnerinnen und Heimbewohner sind dadurch massiv benachteiligt, da ihr monatliches Taschengeld in Höhe von 100 Euro hierfür nicht annähernd ausreicht. Gleichzeitig wurden die Krankenkassenbeiträge erhöht. Ein Teil der privat Krankenversicherten kann die steigenden Beiträge inzwischen nicht mehr aufbringen. Das Gesundheitswesen steht vor der Aufgabe, trotz steigender Kosten und demographischen Wandels, die gesundheitliche Versorgung aller Menschen, ob arm oder reich, zu sichern. Der Öffentliche Gesundheitsdienst versteht sich hier als Anwalt für gesundheitliche Chancengleichheit. Der kommunalen Gesundheitsvorsorge kommt die Aufgabe zu, frühzeitig den Bedarf für komplementäre Maßnahmen und notwendige strukturelle Weiterentwicklungen zu erkennen und das bessere Ineinandergreifen sozialer und gesundheitlicher Leistungen zu unterstützen.

Quelle: LHS München, Sozialreferat, Amt für soziale Sicherung.

**Weiterführender Link zum Thema „Armut“**

- [www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Sozialamt/armut.html](http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Sozialamt/armut.html)

**Weiterführender Link zum Thema „Prekäre Beschäftigung“**

- [www.bayern.dgb.de/+co++77361ffe-ae34-11e1-46de-00188b4dc422](http://www.bayern.dgb.de/+co++77361ffe-ae34-11e1-46de-00188b4dc422)



Konferenz-  
impressionen



## Forum 4

### Rebecca Fertl

Fachforum Münchner Mädchenarbeit

### Dr. Babette Schneider

LH München, Referat für Gesundheit und Umwelt

Bei der Vorbereitung wirkten unterstützend mit: Marion Schäfer, Kultur & Spielraum e.V., Projektleitung von „Echt schön! – über die Lust und Last mit dem Aussehen“ und Eva Hitzler, Fachambulanz Essstörungen der Caritas

## Mein Körper gehört mir!

### Selbstbestimmung zwischen Modifikationsangeboten, medialer Zurichtung und Pornifizierung

#### Ausgangssituation

Für die von der zweiten Frauenbewegung vehement eingeforderte Selbstbestimmung über den eigenen Körper sind inzwischen wichtige Erfolge erzielt worden, insbesondere:

- Die Einführung der „Antibabypille“ als relativ sicherer Verhütungsmethode vor rund 50 Jahren und damit eine selbstbestimmte Familienplanung.
- Eine Öffnung der Geburtshilfe für „natürliche“ Geburten mit selbstgewählter Geburtsposition und dem Zulassen einer vertrauten Begleitung, insbesondere des Vaters, vor knapp 40 Jahren.
- Die gesetzliche Zusicherung der Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs vor 20 Jahren.
- Die Bewertung von Vergewaltigung in der Ehe/ in Partnerschaften als Straftatbestand nach § 177 StGB im Jahr 1997.

In München haben bereits vor rund 40 Jahren engagierte Frauen eine Frauengesundheitsbewegung ins Rollen gebracht, Mädchen-/Frauengesundheitsförderung ist seit vielen Jahren etabliert (und auch kommunal finanziert), seit mehr als 20 Jahren gibt es das Münchner Fachforum Mädchenarbeit, 1997/98 schaffte die Kampagne „Aktiv gegen Männergewalt“ breite Aufmerksamkeit für die noch vielfach geduldeten Übergriffe auf Frauen, Mädchen und Jungen, 2011 startete das Fachforum die Kampagne „Uns geht’s ums Ganze“.

Zunehmend erschweren allerdings die Forderungen und Erwartungen an Leistung, Perfektion und Erfolg, die Betonung der individuellen Verantwortung und die machtvoll und allgegenwärtig präsentierten Schönheitsnormen in Verbindung mit den Verheißungen der Schönheitsindustrie und -chirurgie die Entwicklung eines selbstbewussten Umgangs mit den eigenen Möglichkeiten und Grenzen und einer Zufrieden-



Das Forum 4 im Kleinen Sitzungssaal, Neues Rathaus

heit mit dem eigenen Körper. Bearbeitete Bilder setzen unrealistische Maßstäbe, Schönheit wird zunehmend als machbar angesehen. Eine besondere Relevanz haben die vorherrschenden Normen für Mädchen und Frauen mit Behinderung. Die Unzufriedenheit von Mädchen und Frauen mit ihrem Körper belegen verschiedene Studien<sup>1</sup>, sie findet ihren Niederschlag auch in der Verbreitung des Wunsches nach nicht medizinisch indizierten, sogenannten Schönheitsoperationen<sup>2</sup>. Die kaum zu vermeidende Konfrontation mit pornografisierten Darstellungen verunsichert Mädchen und junge Frauen zudem in ihrer Körperwahrnehmung und ihrer Sexualität.

<sup>1</sup> Bei einer Befragung von 14- bis 16-jährigen Schülerinnen in Heidelberg in 2005 gaben 45 % der Normalgewichtigen an, sich „zu dick“ zu fühlen, von den Untergewichtigen empfanden sich knapp 62 % als „gerade richtig“, sogar jede sechste als „zu dick“. 70 % von denjenigen, die sich „zu dick“ fühlen, hatten bereits Diäterfahrungen. Diese Ergebnisse wurden auch von dem repräsentativen Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS-Studie, [www.kiggs-studie.de](http://www.kiggs-studie.de)) im Wesentlichen bestätigt.

<sup>2</sup> In den vergangenen fünf Jahren hat sich z. B. nach Angaben des englischen National Health Service die Zahl der operativen Schamlippenverkleinerungen fast verdoppelt. Laut Ada Borkenhagen u. a. (Deutsches Ärzteblatt 2009, 106 (11): A 500–2) ist ein Grund für den Boom kosmetischer Intimkorrekturen „die zunehmende Darstellung voll- oder teilrasierter weiblicher Genitalien in den Medien. In den vergangenen Jahren hat sich bei den unter 30-jährigen Frauen in Deutschland die Mode der teilrasierten Scham durchgesetzt. Durch die

Allerdings werden auch Unterschiede zwischen den Generationen in den Ausdrucksformen von Selbstbestimmung deutlich, wie z. B. in einem Gespräch zwischen Mutter und Tochter unter dem Titel „Fast nackt – Was junge Frauen mit ihrem Körper demonstrieren“<sup>3</sup>. Zudem verändern Frauen im Laufe ihres Lebens selbst die von ihnen akzeptierten und gelebten Schönheitsnormen<sup>4</sup>.

Mit dem Forum sollten die Bedingungen für eine gelingende Selbstbestimmung ausgelotet und nach einem Bericht über die Münchner Kam-

pagne „Uns geht’s ums Ganze – Mädchen und Frauen für Selbstbestimmung“ sowie einem Blick auf Strategien gegen sogenannte Schönheitsoperationen Empfehlungen für notwendige Maßnahmen erarbeitet werden. Zum gemeinsamen Einstieg wurde mit der Methode der „lebendigen Statistik“ eine Momentaufnahme der verschiedenen Einstellungen zu Schönheitsnormen und zu der Praxis des Schönheitshandels bei den rund 50 Teilnehmerinnen gezeigt. Deutlich wurde dabei, dass der individuelle Umgang mit Schönheitsnormen nicht nur in verschiedenen Lebensphasen, sondern auch kurzfristig in Abhängigkeit

<sup>3</sup> vermehrte mediale Darstellung nackter weiblicher Genitalien in Magazinen, Filmen und im Internet wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen bisher weitgehend privaten Körperbereich gerichtet. Dies prägte ein Schönheitsideal für den Intimbereich, das der allgemeinen Schönheitsnorm von Jugendlichkeit folgt: Gefragt ist ein Genital, das wie das eines jungen Mädchens aussieht und der Oberseite eines Brötchens gleicht, wobei die äußeren Schamlippen die inneren verdecken und die Schamlippen in engen Tangas oder Bikinihöschen nicht auftragen sollen.“

<sup>4</sup> Vgl. SWR2 Tandem, 15.11.2012 [www.swr.de/swr2/programm/sendungen/tandem/-/id=8986864/nid=8986864/did=10417810/ace38a/index.htm](http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/tandem/-/id=8986864/nid=8986864/did=10417810/ace38a/index.htm)  
<sup>4</sup> Beispiel: Das Tragen eines BHs oder die Rasur behaarter Frauenbeine.



von der jeweiligen Verfasstheit wechseln kann. Einblick in die Perspektive Jugendlicher und junger Frauen vermittelten O-Töne Jugendlicher zum Thema Schönheit und ein Film der Kampagne „Uns geht's ums Ganze“ mit Interviews mit jungen Frauen, die die große Bedeutung von Schönheit und Attraktivität, gleichzeitig auch ein hohes Maß an kritischer Reflexion und Vielfalt zeigten.

### Münchener Model of Good Practice

Die Münchener Kampagne „Uns geht's ums Ganze – Mädchen und Frauen für Selbstbestimmung“, vorgestellt von Rebecca Fertl, Fachforum Münchener Mädchenarbeit: Die Idee zu der Initiative entstand auf dem „Mädchenkongress“ 2011. Dort ging es bei den Vorträgen von Myrte Hilken und Anita Heiliger um das „Herüberschwappen“ pornografischer Elemente in den Mainstream und die Populärkultur. Im Anschluss an den Kongress wurde diskutiert, welche Auswirkungen diese medialen Darstellungen auf Mädchen und junge Frauen haben und was das Fachforum tun könne, um der Bildgewalt gegenzusteuern.

Die Ambivalenzen im Umgang mit dem Thema liegen auf der Hand: Zum einen vermittelt die pornografisierte und sexualisierte Populärkultur, dass dies starke und selbstbestimmte Frauen sind, die sich gerne so darstellen. Sie sind Vorbilder, wirken cool und stark – so wollen viele Mädchen und junge Frauen auch sein und haben Spaß daran, sich sexy zu kleiden, sich auszuprobieren und zu provozieren.

Wir haben uns gefragt, wie wir eine positive, humorvolle und vielfältige Gegenbewegung anstoßen können. Denn das Anliegen, auf das wir Fachfrauen aus der Mädchenarbeit uns einigen konnten, war es, den Mädchen den Freiraum zu lassen, sich zu entfalten und frei zu entwickeln, ohne dass sie eine weitere Einschränkung von Seiten von uns Pädagoginnen erfahren, die fördern möchten, dass die Mädchen selbstbestimmt und selbstbewusst sind. Deshalb war die wichtigste Frage von Beginn an: Was wollen wir stattdessen? Wofür kämpft eine Kampagne, die gegen Pornofizierung, Sexismus in der Werbung und Sexualisierung von Mädchen- und Frauenbildern kämpft? Für Selbstbestimmung, war unsere Antwort.

So haben wir uns mit den beschränkten finanziellen Mitteln sozialpädagogischer Projekte daran gemacht, politisch und öffentlich Aufmerksamkeit für dieses Thema zu erhalten. Und das ist auf vielfältige Art und Weise gelungen:

- Mit einem Diskussionsleitfaden und Methodenworkshop wurde das Thema für Fachfrauen aufbereitet.
- Auf dem Münchener Streetlife-Festival wurde mit Mädchen und Frauen über das Thema diskutiert, ihre Statements wurden in einer Fotoaktion gesammelt.

- Es gab eine Empfehlung der Gleichstellungskommission und ein Stadtratshearing zum Thema „Pornofizierung – Frauenverachtung in neuer Dimension?“, bei dem diskutiert wurde, wo auf kommunaler Ebene die Handlungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt liegen, der Pornografisierung gegenzusteuern.
- Es gab einen Fachtag zum Thema „Pornofizierung – Liebe – Sexualität“.
- Die beiden Mädchen-HipHopgruppen „girlz4girlz“ (Jugendtreff Biederstein, München) und „respect girls“ (Centre Telma, Berlin), die sich kritisch mit Sexismus im HipHop befassen, kamen in München zusammen
- Eine Postkartenaktion mit witzigen Popart-Motiven, die auch junge Frauen ansprechen, wurde ins Leben gerufen. Interessierte Einrichtungen und Gruppen können die Motive mit ihrem Logo drucken lassen. Es wurden bereits über 20.000 Postkarten gedruckt und verteilt.

Die Teilnehmerinnen des Forums sowie der Konferenz werden aufgefordert, die im Zuge der Kampagne bereit gestellten Materialien zu nutzen und zu verbreiten<sup>5</sup>.

### Strategien gegen die Zunahme von sogenannten Schönheitsoperationen

Bereits 2004 initiierte die Bundesärztekammer die „Koalition gegen den Schönheitswahn“, um eine gesellschaftliche Diskussion anzuregen und „den Verführungen der Schönheits- und Werbeindustrie wirksam zu begegnen“. Die Koalition aus Politik, Kirchen, Gesellschaft und medizinischen Fachgesellschaften appellierte an Medien und Öffentlichkeit, verantwortungsbewusster in der Darstellung so genannter Schönheitschirurgischer Eingriffe vorzugehen. In der Folge wurden Werbemöglichkeiten eingeschränkt und die fachärztlichen Voraussetzungen für ästhetische Operationen präzisiert. Anlässlich des Antrags im Bundestag „Missbräuche im Bereich der Schönheitsoperationen gezielt verhindern – Verbraucher umfassend schützen“ wurde am 23.04.2008 eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Sie zog jedoch keine gesetzlichen Veränderungen nach sich. Speziell zur zunehmenden „Intimchirurgie“<sup>6</sup> verfasste die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe in 2009 eine Stellungnahme, in der vor negativen Folgen von medizinisch nicht notwendigen

Eingriffen am äußeren Genitale gewarnt wurde. Ungeachtet dessen verstärkte sich in den letzten Jahren der Trend zu genitalchirurgischen Eingriffen. Dringend erforderlich sind hier sachgerechte Informationen über Verfahren, Wirkungen und Risiken.

### Beispiele bereits vorhandener Einflussmöglichkeiten

- Die Organisation Pinkstinks e.V. ([www.pinks-stinks.de](http://www.pinks-stinks.de)) wirbt derzeit (Juli 2013) für eine Petition „Gegen sexuelle Verfügbarkeit in der Außenwerbung: Kinderschutz jetzt!“ und ruft zu einer Demonstration gegen Sexismus in der Werbung auf (1. September 2013, Berlin). Als langfristiges Ziel strebt der Verein an, eine Gesetzesinitiative zur geschlechtsdiskriminierenden Werbung bis 2016 in die erste Lesung im Bundestag zu bekommen.
- Die Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“ hat eine Checkliste „Kennzeichen frauenfeindlicher Werbung“ erarbeitet, die zur eigenen Orientierung oder als Vorklärung im Hinblick auf eine Beschwerde z. B. beim Deutschen Werberat genutzt werden kann ([www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)).
- Als positives Modell der Einflussnahme sind die „Werbewatchgroup Wien“ und deren Grazer Vorreiterin „Watchgroup gegen sexistische Werbung“ anzusehen. Darin arbeiten Stadtverwaltung und unabhängige Expertinnen und Experten eng zusammen mit dem Ziel, ein bundesweites Verbot sexistischer Werbung als eine grundsatzpolitischer Entscheidung zu erwirken ([www.werbewatchgroup-wien.at](http://www.werbewatchgroup-wien.at)).

<sup>5</sup> Informationen, Anregungen und Empfehlungen unter [www.uns-gehts-ums-ganze.de](http://www.uns-gehts-ums-ganze.de)

<sup>6</sup> z. B. Chirurgische Verkleinerung der inneren und Vergrößerung der äußeren Schamlippen, Vaginalverengung, Reduzierung der Klitorishaut, Vergrößerung des G-Punktes



Dr. Babette Schneider



### Zusammenfassung der Diskussion

In der Diskussion wurden nochmals aus den Erfahrungen in verschiedenen Praxisfeldern, aber auch aus der Reflexion des eigenen Verhaltens verschiedene Facetten der Gratwanderung zwischen der Freiheit zur Gestaltung des eigenen Körpers und der Selbstunterwerfung durch die Orientierung an nur scheinbar realen Bildern beschrieben. Daneben wurde auf die große Unsicherheit in Bezug auf den eigenen Körper und seine ureigenen Fähigkeiten hingewiesen, die in der Beratung und Begleitung von Schwangeren deutlich werde. Kenntnis und achtsame Wertschätzung des eigenen Körpers, die Akzeptanz der Vielfalt von Individuen, Kulturen und Generationen, die Fähigkeit zu Grenzssetzungen und ausreichende Medienkompetenz wurden als zentrale Voraussetzungen für einen kritischen und selbstbestimmten Umgang mit Normen und Erwartungen angesehen. In der pädagogischen Praxis sollte Mädchen Raum für das Entdecken eigener Wünsche, Gefühle und Ausdrucksformen, auch die lustvolle Selbstinszenierung und das spielerische Ausprobieren von Grenzüberschreitungen sowie das Einüben von Grenzssetzungen gegeben werden.

### Empfehlungen

Aus den vorbereitenden Diskussionen sowie den Informationen und Reflexionen im Forum „Mein Körper gehört mir!“ im Rahmen der *Münchener Frauenkonferenz 2013* ergeben sich folgende Empfehlungen:

- Angebote für Selbstwertstärkung, Vermittlung von Körperwissen und Unterstützung von Körperzufriedenheit für alle Mädchen, z. B. im Rahmen von sexualpädagogischen Angeboten oder Selbstbehauptungstrainings, hierzu Verankerung dieser Themen im Lehrplan bzw. im Ganztagschulprogramm.
- In der Begleitung von Schwangeren und (jungen) Müttern verstärkte Aufmerksamkeit für die eigenen Ressourcen der Frauen und Ermutigung, diesen Vertrauen entgegen zu bringen und sie zu nutzen.
- Initiativen für die Kenntlichmachung bearbeiteter Bilder.
- Verstärkte Nutzung der vorhandenen Beschwerdemöglichkeiten bei sexistischer Werbung und Initiativen für deren Verbot.

### Literaturliste

- **„I am sexy and I know it...? Selbstsexualisierung und Selbstpornografisierung bei Mädchen und jungen Frauen. Anforderungen an sexualpädagogische Angebote in der queer-feministischen Mädchenarbeit“**, Daniela Weber, Bachelorarbeit, 2013
- **„Fleischmarkt“**, Laurie Penny; Nautilus Flugschrift, 2012
- **„Sinn und Sinnlichkeit. Über die Bedeutung von Körpererfahrungen und Körperkonzepten für die feministische Mädchenarbeit“**, Barbara Vinken, in „Forum Sexualaufklärung und Familienplanung“, Heft 3, 2012 „Mädchen“, Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2012 (s.u.)
- **„Kleine Mädchen und High Heels. Über die visuelle Sexualisierung frühadoleszenter Mädchen“**. Sarah Dangendorf, transcript Verlag, 2012
- **„Bauchgefühle: Mein Körper und sein wahres Gewicht“**, Susan Sitzler, C.H. Beck, 2011
- **„McSex: Die Pornofizierung unserer Gesellschaft“**, Myrte Hilken, Orlanda Verlag, 2010
- **„Living dolls: Warum junge Frauen heute lieber schön als schlau sein wollen“**, Natascha Walter, Fischer Taschenbuch Verlag, 2010
- **„Bodies. Schlachtfelder der Schönheit“**, Susie Orbach, Arche Verlag, 2009
- **„Luftsprünge. Anfänge moderner Körpertherapien“**, von Steinaecker, K, Verlag Urban & Fischer, 2000
- **„Von der Auffälligkeit des Leibes“**, Hrsg. Farideh Akashe-Böhme, Suhrkamp Verlag, 1995
- **„Der Körper als Medium zur Welt“**, Redler, E, Mabuse Verlag, 1994
- **„Weibliche Autonomie und Identität“**, Bast, C, Juventa Verlag, 1988
- **„Pornografisierung von Gesellschaft“**, Hrsg. Martina Schuegraf, Angela Tillmann, 2012
- **„Mädchen“**, Forum Sexualaufklärung und Familienplanung 3 – 2012, Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Bestellung und Download [www.sexualaufklaerung.de](http://www.sexualaufklaerung.de) > Forum online oder [www.forum.sexualaufklaerung.de](http://www.forum.sexualaufklaerung.de)
- **„Archiv der Münchener Frauengesundheitsbewegung 1968–2000“**, Stascheit, A, Uecker, K, Hrsg. FAM – Frauenakademie München e.V., 2011

- **„Intimität“**, Forum Sexualaufklärung und Familienplanung 3 – 2011, Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Bestellung und Download [www.sexualaufklaerung.de](http://www.sexualaufklaerung.de) > Forum online oder [www.forum.sexualaufklaerung.de](http://www.forum.sexualaufklaerung.de)
- **„Körper“**, Forum Sexualaufklärung und Familienplanung 1 – 2006, Hrsg. Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Bestellung und Download [www.sexualaufklaerung.de](http://www.sexualaufklaerung.de) > Forum online oder <http://forum.sexualaufklaerung.de>
- **„Frauenkörper – Medizin – Sexualität: auf dem Weg zu einer neuen Sexualmoral“**, Geyer-Kordesch, J, Kuhn, A, Schwann Verlag, 1986

### Links

- **„Fast nackt – Was junge Frauen mit ihrem Körper demonstrieren“**, Eva und Isabel Schindele, SWR2 Tandem, 15.11.2012 [www.swr.de/swr2/programm/sendungen/tandem/-/id=8986864/nid=8986864/did=10417810/ace38a/index.htm](http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/tandem/-/id=8986864/nid=8986864/did=10417810/ace38a/index.htm)
- **Kampagne „Uns geht’s ums Ganze – Mädchen und Frauen für Selbstbestimmung“** [www.uns-gehts-ums-ganze.de](http://www.uns-gehts-ums-ganze.de)
- **Checkliste „Kennzeichen frauenfeindlicher Werbung“** der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes, [www.frauenrechte.de](http://www.frauenrechte.de)
- **Wiener Werbewatchgroup – Musterbriefe gegen Sexismus in der Werbung:** [www.werbewatchgroup-wien.at](http://www.werbewatchgroup-wien.at) oder [www.wien.gv.at/menschen/frauen/themen/werbung/](http://www.wien.gv.at/menschen/frauen/themen/werbung/)
- **„Körperbilder – Einstellung zu Schönheitsoperationen und zur Wahrnehmung des eigenen Körpers“**, Studie im Auftrag des Wiener Programms für Frauengesundheit, 2008 [www.frauengesundheit-wien.at](http://www.frauengesundheit-wien.at)
- **„Leitlinien zur weiblichen Genitalchirurgie“**, Konsensuspapier der Frauenabteilung und des Gesundheitsdienstes der Stadt Wien, der Ärztekammer Wien, verschiedener Österreichischer medizinischer Fachgesellschaften und des Berufsverbandes der Österreichischen Psychologinnen und Psychologen, 2010, [www.frauengesundheit-wien.at](http://www.frauengesundheit-wien.at)

Postkartenaktion – drei Popart-Motive



## Forum 5

### Lydia Dietrich

Stadträtin,  
Vorsitzende der  
Stadtratskommission  
zur Gleichstellung  
von Frauen der LH  
München

### Christa Weigl-Schneider

Vorsitzende Stadt-  
bund Münchner Frau-  
enverbände

### Eva Wobbe

Business and  
Professional Women  
Germany, Club  
München



Eva Wobbe, Lydia Dietrich und  
Christa Weigl-Schneider



## Wie funktioniert vernetzte kommunale Frauenpolitik?

In diesem Forum gab es zunächst kurze Vorträge der Forum-Leiterinnen: Lydia Dietrich sprach über die Gleichstellungsarbeit und die Münchner Stadtpolitik, Christa Weigl-Schneider gab einen Überblick zum Stadtbund und zur Gleichstellungskommission. Eva Wobbe zeigte kommunales und internationales Netzwerken am Beispiel BPW (Business and Professional Women) und des EPD (Equal Pay Day) auf.

Anschließend wurde heftigst diskutiert, wurden viele Fragen gestellt und einige Anregungen gegeben. Es wurde klar, dass Vernetzung ganz wichtig ist und Vieles auf den Weg bringt. Aber es zeigte sich auch deutlich – wie übrigens teilweise auch in den anderen Vorträgen festgestellt wurde –, dass Vernetzung alleine nicht genügt, wir alle müssen selbst auch „machen“!

Fazit: Mehr Engagement – Frauen müssen aufstehen und mehr Solidarisierung zeigen, um gleiche Themen besser verfolgen zu können. Um mehr Nachhaltigkeit bei Frauenthemen zu erlangen, sollten sich Verbände zusammenschließen und mehr kooperieren. Auch wurden neue Schwerpunkte anvisiert – wie Beruf und Familie noch konkreter und intensiver anzugehen, und den Familienmitgliedern, die ihre Kranken selbst pflegen, zum Beispiel mehr Anerkennung zukommen zu lassen.

Insgesamt also interessante Anregungen, die in der Gleichstellungskommission weiter verfolgt, be- und erarbeitet werden!

### Vortrag

### Lydia Dietrich

#### Rechtliche Grundlagen

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet einen Grundrechtskatalog, eines der zentralen Grundrechte ist die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Es heißt

weiterhin: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“  
Abgeleitet aus diesem Ziel definiert sich Gleichstellung:

- Antidiskriminierung: Abbau von Benachteiligungen
- Partizipation: Schaffung gleicher Teilhabe
- Echte Wahlfreiheit: Ermöglichung einer von tradierten Geschlechtsrollen freien, selbstbestimmten Lebensgestaltung.

Kommunale Gleichstellungspolitik bedeutet demnach Veränderungen zu bewirken, um dieses Gleichstellungsgebot für Frauen durchzusetzen. Kommunale Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und beinhaltet ein breites Spektrum an Aufgaben und Zielgruppen. Nur durch die Übertragung des Gleichstellungsauftrages in alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche kann es gelingen, eine frauenfreundliche Stadt zu etablieren.

Die wichtigsten Instrumente und Methoden zur Umsetzung dieses Auftrages sind:

- die geschlechtsdifferenzierte Prüfung der Wirkung bestehender Verfahren, Maßnahmen und Programme
- das Entwickeln und Initiieren von Maßnahmen und Programmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Fachberatung intern und extern in Fragen der Gleichstellung
- Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit.
- Vernetzung mit Fraueneinrichtungen, Fraueneverbänden und -gruppen, Gewerkschaften, Hochschulen usw.
- Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie für städtische Beschäftigte zu sein.

Alle Abteilungen der Stadtverwaltung sind verpflichtet, sich aktiv für die Förderung der Gleichstellung von Frauen einzusetzen.

#### Die gezielte Frauenförderung ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil auf dem Weg zu einer frauenfreundlichen Stadt

Insbesondere in den 80er Jahren haben sich in München Frauen zu Netzwerken zusammengeschlossen und zahlreiche Projekte und Initiativen ins Leben gerufen. Ihre Aufgaben und Ziele beinhalten ein breites Spektrum und reichen von der Verbesserung der Arbeitssituation für Frauen, Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungen für Frauen, der Einrichtung eines Frauengesundheits- und Therapiezentrums, über die Schaffung von Zufluchtsstellen für Mädchen und Frauen, Beratungsstellen für lesbische Frauen bis hin zur Beratung und Förderung von allein erziehenden Müttern.

Die Projekte wurden in Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen der Politik etabliert und von der Stadt finanziert. Heute besteht das Netzwerk aus ca. 200 Projekten und Initiativen.

Ein Beispiel ist die Bereitstellung von Schutzräumen für Mädchen und Frauen, die aufgrund von Gewalterfahrungen das Elternhaus fluchtartig verlassen. Die Mädchen und Frauen werden neben der psychologischen Betreuung und Beratung auch in Ausbildung und Beruf unterstützt und können vor allem über einen längeren Zeitraum in betreuten Wohngemeinschaften leben. Ein solch breites und vielfältiges Netzwerk der Frauenförderung ist ein weiterer wesentlicher Eckpfeiler kommunaler Gleichstellungsarbeit.

#### Ein wesentlicher Eckpfeiler der kommunalen Gleichstellungspolitik in München ist die Gleichstellungsstelle

Der Stadtrat München hat 1985 beschlossen, eine Gleichstellungsstelle einzurichten, die direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt war und ist. Damit wurde die Gleichstellungsarbeit von Beginn an als Top-Down Strategie etabliert. Ein breites Bündnis aus politischen Parteien, Gewerkschaftlerinnen, und Vertreterinnen autonomer Frauengruppen hatte für die Einrichtung gekämpft.

Die Gleichstellungsstelle hat vor allem die Aufgabe eine geschlechtergerechte Gestaltung und Verteilung von städtischen Dienstleistungen, eine geschlechtersensible Personalpolitik und den Abbau von Benachteiligungen und Diskriminierungen voranzutreiben. Und sie hat die Aufgabe, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Zusammenschlüsse von Frauen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

## Forum 5

### Vortrag

Lydia  
Dietrich



Die Bedeutung der Frauenförderung wird auch dadurch anschaulich, dass die Stadt in jedem Jahr einen Preis für vorbildliche Gleichstellungsarbeit vergibt. In einem Jahr wurde beispielsweise das Projekt Frauenwohnen prämiert. Hier haben sich Frauen zusammengeschlossen, um ein Wohnprojekt für Frauen zu verwirklichen.

Auch wenn Kinderbetreuung nicht wirklich zu den Instrumenten der Frauenförderung zu zählen ist, so ist nach wie vor eine gute Infrastruktur der Kinderbetreuung ein wichtiges Instrument, um die Gleichstellung von Frauen zu fördern. Die Kinderbetreuung in München ist im Bereich der 3–6-jährigen sehr gut organisiert, ebenso für Mittagsbetreuung nach der Schule; für Kinder von 0–3 Jahren stehen noch zu wenig Betreuungsplätze zur Verfügung, die Stadt arbeitet aber mit großen Anstrengungen daran, die Plätze zu erhöhen.

In den vergangenen 20 Jahren haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit stark gewandelt und deutlich verbessert.

Gab es noch 1985 wenige rechtliche Vorgaben für die Gleichstellungsarbeit, so wurden nicht zuletzt durch die Vorgaben aus dem Amsterdamer Vertrag 1999 die EU-Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming verpflichtet.

### **Gender Mainstreaming als Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter**

Gleichstellungspolitik stößt auf vielen Ebenen auf Widerstände, denn sie tangiert Wertehaltungen, führt zu einer Umverteilung von Macht und Ressourcen. Und sie wird als ein Frauen-

thema eingestuft und erhält entsprechend des geschlechtshierarchischen Gesellschaftsverhältnisses einen geringen Stellenwert. Um die Förderung der Geschlechter voranzutreiben, wurde die Gender Mainstreaming-Strategie auf der Weltfrauenkonferenz in Peking beschlossen. Die EU definiert sie als Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen. Auf kommunaler Ebene bedeutet dies, in der Planung und Umsetzung von Maßnahmen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Und hier begannen auch bereits die Schwierigkeiten bzw. die Herausforderungen. Auch wenn München von Beginn an einen strukturellen Reformansatz in der Gleichstellungspolitik betrieben hat, so standen doch viele vor dem Rätsel, wie die unterschiedlichen Interessen, Bedürfnisse und Ziele messbar gemacht werden können.

Darüber hinaus fand eine Debatte darüber statt, ob es sich bei der Gender Mainstreaming-Strategie um einen Paradigmenwechsel handelt, und nicht wenige glaubten nun von der „klassischen Frauenförderung“ Abschied nehmen zu können. Mittlerweile besteht Einigkeit darüber, dass Frauen- und Mädchenprojekte nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur sind und alle Verantwortlichen – Frauen und Männer – im Rahmen der Gender Mainstreaming-Strategie stärker gefordert sind, ihren Teil zur Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit beizutragen.

Die Stadt München hat 2000 ein Gleichstellungskonzept mit 14 Leitsätzen für die Personalarbeit beschlossen, die wie folgt aufgebaut sind: Vision, Ist-Analyse, Ziele mit verbindlichen Terminen für die Umsetzung. Damit standen erstmals messbare Ziele zur Verfügung. Die Umsetzung der Gender Mainstreaming-Strategie wurde auf die gesamte Verwaltung übertragen – mit mehr oder weniger großem Erfolg. So wird in der Beschäftigungspolitik Gleichstellung als Querschnittsaufgabe umgesetzt und bei allen Programmen auf deren Wirkung für Frauen und Männer geachtet. Daneben werden spezifische Angebote für Frauen finanziert mit Schwerpunkt auf die Instrumente Mentoring, Qualifizierung und Existenzgründung. Eine Konsequenz aus der Umsetzung war die Gründung eines Existenzgründerinnenbüros mit einem frauenspezifischen Beratungsansatz.

Im Bereich der Stadtplanung hat man die Interessen und Bedürfnisse von Frauen, wenn es um den Bereich Sicherheit geht, seit vielen Jahren ernst genommen und in die Arbeit einfließen lassen. Dadurch entstanden Frauenparkplätze in Tiefgaragen, Verbesserungen bei Beleuchtungen von Straßen und Parks, Veränderungen bei der Bepflanzung von öffentlichen Räumen. Wichtig ist es aber darüber hinaus, die unterschiedlichen Interessen von Frauen und Männern über das Sicherheitsbedürfnis hinaus zu analysieren und in die Planung miteinzubeziehen. Das bedeutet beispielsweise bei der Verkehrsplanung, neben den Daten des Verkehrsaufkommens nach den unterschiedlichen Verkehrsarten Fahrrad, Auto, Fußgänger, Bahn auch die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen und Männern zu ermitteln, um zu prüfen, ob die Dienstleistungen der Stadt bedarfsgerecht sind.

Andererseits war bei der Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration von Migrantinnen und Migranten der Gender-Aspekt von vorneherein ein selbstverständlicher Bestandteil.

Mittlerweile ist die gesamte Verwaltung verpflichtet bei ihren Evaluationen zu dokumentieren, wie sich ihre Dienstleistungen auf die Geschlechter auswirken.

Allerdings ist es ein langwieriger Prozess, Verwaltungshandeln so zu gestalten, dass die entsprechenden Dienstleistungen sich nach den Bedürfnissen von Frauen und Männern richten. Auftrieb bekam dieser Prozess durch einen Stadtratsbeschluss zur Einführung von Gender Budgeting im Jahre 2002. Zunächst einmal wurde aber sichtbar, dass es einen großen Mangel an Produkt- und Dienstleistungsinformationen gab. Die Datenlage war sehr gering, Kenntnisse über die Ergebnisse und Wirkungen der eingesetzten Haushaltsmittel nicht vorhanden. Der erste Schritt zur Umsetzung von Gender Budgeting war der Auftrag an die gesamte Verwaltung, endlich die Zielgruppen ihrer Produkte oder Dienstleistungen geschlechtsdifferenziert zu analysieren.

Die Verantwortlichen schoben die Frage der Umsetzung über drei Jahre hin und her, bis dass auch auf politischen Druck hin das Unternehmen Gender Budgeting in Angriff genommen und entsprechende Gender-Kompetenz in Form von zusätzlichen Personalstellen hergestellt wurde. Die Implementierung von Gender Budgeting wird sicher einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen, allerdings ist es eine große Chance, über die geschlechtergerechte Verteilung von Haushaltsmitteln einen großen Schritt in der Gleichstellungspolitik zu machen.

### **Öffentlichkeitsarbeit leistet Bewusstseinsbildung für Gleichstellungsarbeit**

Überzeugungsarbeit zu leisten, Bewusstseinsbildung zu fördern geschieht auch über eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. In der Stadt werden regelmäßig Seminare und Informationsveranstaltungen zu Gleichstellungsthemen durchgeführt und Publikationen und Broschüren erarbeitet.

Ebenso beteiligt sich die Stadt an Kampagnen oder führt sie selbst durch. Ein großer Erfolg war z. B. die „Kampagne gegen Männergewalt“, die 1997 durchgeführt wurde. Diese Kampagne wurde von einem breiten Bündnis getragen, in dem sich auch bekannte Fußballspieler engagierten. Das Thema Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein Problem, auch in einer sicheren Stadt wie München, was nicht zuletzt die starke Nachfrage bei den Notrufstellen und den Frauenhäusern zeigt.

Darüber hinaus organisierte die Frauenakademie München eine lange Nacht der Frauen mit zahlreichen Aktivitäten über die ganze Stadt. Der Girls Day, eine Aktion zur Berufsvorbereitung speziell für Mädchen, wird jedes Jahr unter Beteiligung zahlreicher Unternehmen durchgeführt.

Zum Internationalen Frauentag 2004 trafen sich 400 Frauen aus Bayern und Tirol auf der Zugspitze unter dem Motto „FrauenGipfelTreffen“.

### **Schlussbemerkung**

Um eine frauenfreundliche Stadt aufzubauen und zu gestalten braucht es viele Akteure, gemeinsame Interessen und vor allem die notwendige Überzeugung und nicht zuletzt Geduld. Es zeigt sich, dass dieser Prozess ein langwieriger ist, da es um die Verteilung von Ressourcen, Macht und um die Veränderung von Wertvorstellungen geht.

Auch wenn Gleichstellungspolitik in den letzten 20 Jahren viel erreicht hat, so ist sie noch lange nicht überflüssig und es gibt keinen Grund die Anstrengungen zu vermindern.

Denn es darf nicht das vorrangige Ziel aus den Augen verloren werden: Gleichstellung ist die Herstellung von Gerechtigkeit. Und das sollte ein selbstverständliches Ziel in Politik und Gesellschaft sein.

## Forum 5

Vortrag  
**Christa Weigl-Schneider**



### Der Stadtbund Münchner Frauenverbände

Der Stadtbund Münchner Frauenverbände wurde am 28.01.1914 von Luise Kiesselbach gegründet. Sie war damals Vorsitzende des Vereins für Fraueninteressen, der 1894 von Anita Augspurg gegründet worden war. (Anmerkung: Luise Kiesselbach gründete 1924 auch den *Paritätischen Wohlfahrtsverband*.) Die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe war die Basis für die Gründung des Stadtbunds Münchner Frauenverbände und des Vereins für Fraueninteressen. Die weitere Idee von Luise Kiesselbach war, dass sich die Münchner Frauenorganisationen zusammenschließen sollten, um auf kommunaler Ebene ihren Einfluss zu verstärken. Das wurde 1914 in die Satzung des Stadtbunds aufgenommen und steht auch heute noch so drin. Der Stadtbund Münchner Frauenverbände ist ein überkonfessionelles und überparteiliches Netzwerk von Frauenorganisationen. Die Mitglieder sind nicht gebunden, in Form eines Vereins organisiert zu sein, sondern es genügt ein Zusammenschluss von mindestens 15 Frauen. So sind im Stadtbund nicht die politischen Parteien oder die Kirchen oder der Deutsche Gewerkschaftsbund als solche, sondern die Frauenorganisationen dieser Organisationen vertreten. Im Zusammenschluss sind auch die kirchlichen Frauenorganisationen und die Berufsorganisationen und viele andere wie die Zonta-Clubs und die Soroptimistinnen (siehe Flyer und Homepage des Stadtbunds Münchner Frauenverbände). Insgesamt sind derzeit 53 Frauenorganisationen im Stadtbund Münchner Frauenverbände. Es finden monatliche Delegiertenversammlungen statt, an die sich für die Öffentlichkeit frei zugängliche Veranstaltungen zu frauenpolitischen Themen anschließen. Der Stadtbund Münchner Frauenverbände unterstützt als Netzwerk in München stattfindende Aktionen, insbesondere Aktionen der Mitgliedsorganisationen.

### Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen

1985 wurde durch einen Stadtratsbeschluss die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen gegründet. Dem Satzungsauftrag gemäß war der Stadtbund Münchner Frauenverbände von Beginn an in der Stadtratskommission vertreten.

Die Stadtratskommission setzt sich aus 12 Vertreterinnen von Münchner Frauenorganisationen (siehe vorliegender Entwurf der Broschüre über die Kommission) und 11 StadträtInnen zusammen. Die StadträtInnen sind im Verhältnis des Anteils der Parteien im Stadtrat vertreten. Aufgabe der Stadtratskommission nach § 1 der Satzung vom 26.04.1993: „Die Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen hat die Aufgabe, die Arbeit der Gleichstellungsstelle für Frauen zu unterstützen und zu begleiten sowie Initiativen und Maßnahmen vorzubereiten und dem Stadtrat vorzuschlagen. Sie berät über aktuelle und bedeutende Themen, die die Lebenssituation von Frauen und Mädchen in München betreffen. Sie kann dazu Empfehlungen beschließen, die an den Stadtrat oder den Oberbürgermeister gerichtet sind.“

Die Möglichkeit, Empfehlungen aussprechen zu können, die dann vom Stadtrat bzw. Oberbürgermeister abgearbeitet werden müssen, ist der politische Arm der Stadtratskommission, weil das weit über den Aktionsradius eines nur beratenden Gremiums hinausgeht. Beispiel Bayerischer Landesfrauenrat, der nur ein beratendes Gremium ist und somit nicht unmittelbar bei politischen Prozessen mitwirken oder eingreifen kann.

Die Stadtratskommission gibt auch die Möglichkeit, über den kommunalen Tellerrand hinauszusehen. So besuchte die Stadtratskommission dieses Jahr Wien und informierte sich, wie Politikerinnen und in der Stadtverwaltung tätige Frauen Frauenpolitik machen bzw. Forderungen von Frauen umsetzen.

Die Stadtratskommission trifft sich circa achtmal im Jahr und befasst sich mit frauenpolitischen Themen. Einmal jährlich findet eine Klausur statt, in der Initiativen und Themen besprochen und geplant werden.

Beispiel für Netzwerk Stadtratskommission zur Gleichstellung für Frauen – Stadtbund Münchner Frauenverbände – BPW Germany: Equal Pay Day, der seit 2008 in München stattfindet, zuerst als Initiative von BPW, jetzt durch den Stadtbund Münchner Frauenverbände, der Gleichstellungsstelle und der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen ein Münchner Aktionsbündnis mit zuletzt in diesem Jahr 43 beteiligten AktionsbündnispartnerInnen.



### Business and Professional Women (BPW) Germany

Ein interessantes Beispiel, wie Frauennetzwerke funktionieren und agieren, ist der Business and Professional Business Women (BPW) Club. Denn der BPW ist eines des größten Berufsnetzwerke von Frauen weltweit – berufsübergreifend, überkonfessionell, überparteilich – und hat einen gemeinnützigen Status.

Wie der Name es schon andeutet, richtet sich BPW an berufstätige Frauen: ob es sich um berufliches Weiterkommen, Wiedereinstieg oder Umorientierung handelt – BPW bietet die Möglichkeit, sich diesbezüglich zu vernetzen und sich auszuprobieren und weiterzubilden. Die Frauen kommen aus unterschiedlichsten Positionen und Berufen: Berufsanfängerinnen, Frauen in leitenden Positionen, Angestellte, Unternehmerinnen und Freiberuflerinnen.

Aber BPW hat sich von Anfang an nicht nur als ein Interessen-Club für berufstätige Frauen verstanden, sondern als ein Netzwerk, das allgemeine Frauenbelange öffentlich macht und Rechte einfordert; d. h. der Faden der politischen Einmischung durch Veranstaltungen, Aktionen, Petitionen etc. zieht sich durch die ganze BPW-Clubgeschichte.

Allerdings war BPW nie eine kämpferische Frauenorganisation, die sich gegen Männer richtete, sondern eine Organisation von Frauen für Frauen. Die Philosophie des Clubs: Geben und Nehmen.

Die Wurzeln des BPW liegen in Amerika. Er wurde 1919 von der amerikanischen Rechtsanwältin Lena Philips gegründet und führte schnell durch ihr stetiges Reisen nebst engagiertem Einsatz zum Zusammenschluss mit anderen Frauen-Verbänden und Organisationen, allerdings zunächst ohne den Namen BPW zu übernehmen – die Vernetzung stand im Vordergrund!

1930 schlossen sich viele Verbände zum BPW International zusammen, heute sind weltweit in 100 Ländern ca 30.000 Mitgliedern vertreten. 1931 schloss sich in Deutschland auch der VfF (Verband berufstätiger Frauen) an; Club München war einer der ersten in Deutschland. Durch die Auflösung 1933 wehrte sich der Club gegen eine Vereinnahmung durch die Nazis. Erst 1951, mit Hilfe amerikanischer, britischer und schwedischer BPW-Frauen, kam es zur Wieder-Gründung als „Deutscher Verband berufstätiger Frauen“ (DVbF), und zwar in sieben deutschen Städten, mit dabei Club München, und ab 1999 hat sich der DVbF auch offiziell dem BPW namentlich angeschlossen.

Heute gibt es in Deutschland in 41 Städten BPW Clubs; die BPW-Leitlinien sind für alle Clubs gleich und damals wie heute aktuell:

- Gleichberechtigung und Gleichstellung im Beruf zwischen Männern und Frauen
- Durchsetzung von Fraueninteressen in der Öffentlichkeit und Politik
- Förderung berufstätiger (junger) Frauen bei Aus- und Weiterbildung
- Eingaben von Resolutionen und Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen.

Übergreifend steht immer die Vernetzung mit anderen Frauenverbänden – national und international – im Vordergrund, mit dem Ziel, miteinander mehr zu erreichen.

BPW Germany ist der Kopf mit Sitz in Berlin, die einzelnen Clubs im BPW Germany sind eigenständig, die Schwerpunkte sind dementsprechend unterschiedlich. Dauerthemen in München sind Gleichberechtigung und Lohn-gleichheit, immer wieder Rechtsthemen (z. B. Job- und Eheverträge), Themen rund um die Gesundheit, Profilerstellung und Selbstdarstellung, Authentizität und Karriereförderung.

Dazu bietet der Club München eine große Vielfalt an monatlichen Veranstaltungen an, wie Clubabende mit Vorträgen und Diskussionen, die Business Lounge mit Essen, den Unternehmerinnen-Lunch und Kurz-Events von Clubfrauen, sowie regelmäßige Treffen des Young BPW – jeweils verbunden mit intensivem Netzwerken – und besondere Jahresevents.

Ganz wichtig für das Netzwerk sind die europäischen und internationalen Kongresse, die jeweils alle vier, bzw. alle drei Jahre stattfinden. 2014 findet der internationale Kongress in Südkorea statt.

Vortrag  
**Eva Wobbe**

## Forum 5

### Vortrag

Eva

Wobbe

Durch seine ständigen Aktionen und Vernetzungen, Resolutionen und Stellungnahmen hat der BPW International beratenden Status bei den Vereinten Nationen, sowie Vertreterinnen bei der UNO in Paris, Wien, Genf und im Europarat in Straßburg. Ebenso hat BPW Germany eine Delegierte im Deutschen Frauenrat sowie eine Stimme im Europarat, und der BPW Club München hat eine Delegierte im Münchner Stadtbund, im Bayerischen Landesfrauenausschuss und seit paar Jahren auch in der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen der LHM (GstK).

Letzteres ist vor allem eine Folge der BPW-Initiative Equal Day Pay (EPD), die es geschafft hat, viele Frauenverbände und Organisationen sowie das Familienministerium zusammenzuführen, um endlich gemeinsam durch einen deutschlandweiten Aktionstag die Öffentlichkeit für das Thema „Lohnungleichheit für Männer und Frauen“ zu sensibilisieren und zu aktivieren!

Die Initiative EPD wurde 2007 von der damaligen Germany-Präsidentin aus Amerika „mitgebracht“, wo schon 1988 die „Red Purse Campaign“ ins Leben gerufen worden war, um sich kontinuierlich mit dem Thema, „Lohnungleichheit für Frauen“ auseinanderzusetzen bzw. für dieses Ziel einzutreten.

Um mehr Öffentlichkeit zu erreichen, hat man damals zusätzlich den jährlichen Aktionstag erfunden, an dem Vorträge, Diskussionen und Aktivitäten in allen Clubstädten am selben Tag dasselbe Thema präsentieren und die vorhandenen Lohnunterschiede anprangern. Das konkrete Datum des Aktionstags wird in jedem Land aus dem jeweiligen Gehaltsunterschied von Frauen und Männern errechnet.

Gleich 2008 beim 1. EPD war Club München dabei, zunächst noch mit dem Motto „Marienplatz sieht rot“. Und schon im Jahr darauf hatte er erste Bündnispartner gewonnen, u. a. auch den Stadtbund und die Gleichstellungsstelle; nach wenigen Jahren waren es fast 30 Bündnispartner. Eine sehr positive Entwicklung – allerdings hatte der Erfolg für den Club München den Nachteil, dass eine solche Größe nicht mehr von einem gemeinnützigen Club mit ausschließlich ehrenamtlichen Helfern zu bewältigen war.

Doch das Netzwerk half, die GstK sprang ein, und es formierte sich 2011 ein neues Münchner EPD-Aktionsbündnis (unter Führung der Gleichstellungskommission zusammen mit dem Stadtbund, dem BPW und European Women's



Management Development (EWMD)), so dass diese tolle BPW-Initiative, die übergreifend so vielen Verbänden und Vereinen am Herzen liegt, in München nicht scheitern musste. Ab 2012 hieß dann das neue Motto „Frauen, es geht um euer Geld!“

Der innere Kern dieser Arbeitsgemeinschaft besteht aus Christa Weigl-Schneider als Projektleiterin, ganz wichtig Frau Pichlbauer mit ihrem tollen Team aus der Gleichstellungsstelle, Sabine Wolf (EWMD) ist für die neuen Medien und ich bin für den EPD-Flyer und für PR zuständig.

Am Anfang ging es beim EPD übrigens allgemein um Lohnfindung und Gehaltsverhandlungen, jetzt gibt es jährlich wechselnde Mottos, wodurch man intensiver und vielfältiger eingegrenzte Themen angehen kann, z. B. 2013 „Lohnfindung im Gesundheitswesen – Viel Dienst – wenig Verdienst“, 2014 heißt es dann „... und raus bist du! Minijobs und Teilzeit nach der Erwerbspause“.

So kann es mit der Kampagne weiter gehen und sie ist ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Vernetzung verschiedener Verbände und Gremien, von der alle Beteiligten profitieren und dadurch langfristig effektiver arbeiten können.

### Das Forum 5 kam in der den drei Vorträgen anschließenden Diskussion zu folgenden Ergebnissen

Die Teilnehmerinnen forderten die Aufnahme von unterschiedlichen Themen in die Arbeit der Gleichstellungskommission:

- Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Bezug auf die Pflege von Angehörigen (z. B. Forderung nach Anerkennung bei Rente, nach Freistellung (Elternjahr) sowie nach adäquater finanzieller Vergütung)
- Einfluss auf die Landesebene ausbauen durch Kooperation mit den Abgeordneten im Bayerischen Landtag und die Vernetzung mit den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
- Frauen in Medizin und Pflege (z. B. Forderung nach mehr Frauen in den oberärztlichen und chefärztlichen Ebenen sowie nach einer besseren Einkommensstruktur in den Pflegeberufen)
- Werbung: Verhinderung von sexistischer Werbung
- ErzieherInnen und Pflegeberufe: wie können die Tariflöhne übertariflich ausgestaltet werden? (Hintergrund: Thema Gehaltsstrukturen in Pflege- und Erziehungsberufen muss stärker in die öffentliche Debatte rücken). Es wurde formuliert, dass die Stadt eine übertarifliche Bezahlung finanzieren soll, allerdings war dabei auch klar, dass der Adressat für eine bessere Bezahlung der Bund ist.
- Berufsanerkennung von MigrantInnen (Nachholbedarf vor allem auf der bayerischen Ebene durch die entsprechenden Bayerischen Ministerien)
- Toilettensituation in München sollte bei Bauvorhaben stärker integriert werden, so dass es eine Regelung gibt, dass für Frauen der Anteil an zu bauenden Toiletten erhöht wird.
- Niedriglohn/Dumpinglöhne/Outsourcing und die Konsequenzen für Frauen (Erfordernis einer Diskussion zur Arbeitsmarktpolitik der Zukunft)
- Alternatives BIP (Forderung nach Diskussionsforum)
- Quote: mindestens 50 % (in allen städtischen Dienststellen und städtischen Gesellschaften)
- Auftragsvergabe an die kirchlichen Träger hinterfragen (bei Zuschussvergabe an kirchliche Träger durch die LH München sollten erstere an bestimmte Standards gebunden werden, die die Diskriminierung von Frauen durch die Kirche unterbinden).



## Forum 6

### Martha Doll

LH München,  
Stelle für inter-  
kulturelle Arbeit

### Ulrike

### Mößbauer

LH München,  
Koordinierungsstelle  
für gleichgeschlecht-  
liche Lebensweisen

### Michaela

### Pichlbauer

LH München,  
Gleichstellungsstelle  
für Frauen

## Kooperation gegen Diskriminierung!

### Die Arbeit der Münchner Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen

Ziel des Forums war es, die Arbeit der Münchner Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen darzustellen und deutlich zu machen, was Begriffe wie Intersektionalität und Diversity in der täglichen kommunalen Praxis bedeuten. Zu diesem Zweck haben drei der unten aufgeführten Stellen gemeinsam das Forum 6 vorbereitet: die Gleichstellungsstelle für Frauen, die Stelle für interkulturelle Arbeit und die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen.

### Rahmenbedingungen

Die städtischen Aktivitäten im Bereich der Gleichstellung und Antidiskriminierung sind vielfältig und über alle Referate verteilt. Die Stellen haben unterschiedliche historische und auch rechtliche Voraussetzungen, auch z. T. unterschiedliche, nach innen in die Stadtverwaltung oder/und nach außen in die Stadtgesellschaft gerichtete Aufträge; sie arbeiten in enger inhaltlicher und strategischer Kooperation zusammen.

Derzeit sind dies folgende Stellen:

- Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund (AMIGRA)
- Behindertenbeirat
- Betriebliche Gleichstellung im Personalreferat der LH München
- Fachstelle gegen Rechtsextremismus
- Gleichstellungsstelle für Frauen, Gleichstellungsbeauftragte
- Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
- Stadtjugendamt, Fachstelle für Querschnittsaufgaben GIBS (Gender, Interkulturelle Orientierung, Behinderung/Inklusion, sexuelle Identität), Mädchenbeauftragte und Jungenbeauftragter
- Stelle für interkulturelle Arbeit
- Zentrale Beschwerdestelle nach dem AGG
- Zentrale Beschwerdestelle für sexuelle Belästigung.



Die Stellen arbeiten seit einigen Jahren in einem Vernetzungsgremium zusammen, in dem auch eine Beschreibung der städtischen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit erarbeitet wurde. Diese wurde 2012 in einem Stadtratsbeschluss auch als zukünftige Basis der gemeinsamen Arbeit der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen in München beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 09095; Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Verwaltungsausschusses und Personalausschusses vom 05.07.2012).

Diesen Beschluss kann man auf der gemeinsamen Startseite der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstelle nachlesen.

Unterstützt wird die Arbeit der Stellen nicht nur durch den Münchner Stadtrat, sondern auch durch zusätzliche Gremien.



Martha Doll, Michaela Pichlbauer  
und Ulrike Mößbauer

Politische Gremien zur Unterstützung der fachlichen Arbeit sind beispielsweise:

- Stadtrat der Landeshauptstadt München mit seinen Fachausschüssen
- Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen
- Stadtratskommission zur Integration mit Arbeitskreis Integration
- Runder Tisch für Lesben, Schwule und Transgender
- Ausländerbeirat
- Behindertenbeirat.

### Grundlagen der Arbeit

Das Fundament der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit in München sind die Menschenrechte. Menschenrechte entspringen der Würde des Menschen und sind zugleich darauf ausgerichtet, diese zu wahren. Das allgemeine Diskriminierungsverbot folgt aus der Menschenwürde, die jedem Menschen gleichermaßen zukommt und steht deshalb nicht zufällig von Anfang an im Zentrum menschenrechtlichen Denkens.

Die städtischen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen beziehen sich vor allem auf die Europäische Charta der Menschenrechte, da sie neben den folgenden Diskriminierungsmerkmalen als einzige explizit auch die sexuelle Identität schützt:

„Diskriminierung, insbesondere wegen des Geschlechts, der R.<sup>7</sup>, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.“

Dieses Diskriminierungsverbot geht weiter als das Grundgesetz, in dessen Artikel 3 der Schutz von Lesben, Schwulen und Transgendern keine Berücksichtigung findet.

Die einzelnen Stellen arbeiten mit verschiedenen Strategien und Arbeitsansätzen:

- Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit
- Gender Mainstreaming
- Gleichstellung von Lesben und Schwulen
- Inklusion
- Interkulturelle Orientierung und Öffnung.

Einige der Strategien sind offiziell beschrieben, andere basieren auf einem Stadtratsbeschluss bzw. sind sogar europaweit verbindlich vorgeschrieben.

### Gemeinsame Grundsätze der Arbeit

- Die Arbeit wird stets als Querschnittsaufgabe über die gesamte Stadtverwaltung wahrgenommen.
- Die Verschiedenheit und Vielfalt in der Stadtgesellschaft wird wertgeschätzt und gefördert.
- Durch Schutz und Hilfe für Einzelne wie auch durch Strukturveränderungen wird Benachteiligung abgebaut.
- Personal-, Organisations- und Qualitätsentwicklung folgen diesen Maximen und ermöglichen damit ein passgenaueres und effizienteres Verwaltungshandeln.

### Sozial- und gesellschaftspolitischer Auftrag

Die Stadtgesellschaft und die Stadtverwaltung profitieren von der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit und die Landeshauptstadt München kommt dadurch ihrer sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgabe als Kommune nach. Die Arbeit fördert den gesellschaftlichen Frieden, ermöglicht wirtschaftliches Verwaltungshandeln, erschließt neue Personalressourcen und Potenziale von Mitarbeitenden.

<sup>7</sup> Hier steht im Originaltext das Wort „Rasse“, welches wir jedoch grundsätzlich nicht verwenden, da es ein Konstrukt aus rassistischen Denkweisen ist. Der Begriff „Rasse“ wird in der aktuellen Fachdiskussion ersetzt durch den Begriff „rassistische Diskriminierung“, da das Wort alleine glauben macht, dass es menschliche Rassen gibt und so rassistisches

Denken fördert. Er wird daher gar nicht mehr oder nur noch in Originalzitate verwendet. Dies entspricht der Übereinkunft: „Engagement Deutschlands gegen eine Fortschreibung des Begriffs „Rasse“ in Dokumenten“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und des Deutschen Instituts für Menschenrechte u. a.



### Bedingungen für eine wirkungsvolle Arbeit

Um eine effektive und wirkungsvolle Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit leisten zu können, müssen zusätzlich zu den erforderlichen Ressourcen folgende Bedingungen erfüllt sein.

- **Fokussierung**  
auf ein Merkmal wie Geschlecht, kulturelle Herkunft, Ethnie, sexuelle Identität, Behinderung, Alter, Religion, Weltanschauung. Die AGG-Beschwerdestelle (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, *die Red.*) verfolgt zwar alle Diskriminierungsfälle, ist dabei aber auf innerbetriebliche, juristische Aspekte fokussiert.
- **Fachwissen**  
Theorien, Instrumente, Beschwerdemanagement, Strukturkenntnisse, Netzwerke etc.
- **Fürsprache**  
Parteinahme, Empathie, Engagement, Kooperationsmöglichkeiten und Kommunikationskompetenz, Kontakte in die jeweiligen Szenen, Engagierte mit Entscheidungsbefugnis auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung.

Diese drei Bedingungen erfüllen die Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen gleichermaßen. Es ist wichtig, dass die Stellen nach außen erkennbar auf bestimmte Zielgruppen fokussieren, und aus ihrer je unterschiedlichen Fachlichkeit heraus politische bzw. verwaltungsinterne Prozesse beeinflussen und benachteiligende Strukturen verändern. Gleichwohl gehört auch der Umgang mit Personen mit Mehrfachdiskriminierungen zur Alltagspraxis aller Stellen. Die Zentrale Beschwerdestelle im Personal- und Organisationsreferat ist für alle Diskriminierungsmerkmale des AGG gleichermaßen zuständig. Sie kommt dabei der Pflicht der Arbeitgeberin wie im AGG beschrieben nach; im Fall von Diskriminierung am (städtischen) Arbeitsplatz einzugreifen.

Eine Kooperation zwischen den Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen ist wichtig und findet laufend sowohl bi- als auch multilateral statt. Dadurch werden Ressourcen effizient eingesetzt und Synergieeffekte genutzt.

### Herausforderungen und Fragen für die Zukunft

Für die Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit stellt sich zunehmend die Herausforderung, in der Querschnittsfunktion die erforderliche fachliche Arbeit im breiten Leistungsspektrum einer Kommune wie München zu erbringen. Zudem muss auch der allgegenwärtigen Diskriminierung im Alltag begegnet werden. Ebenso werden alle Stellen häufig mit dem Problem der Mehrfachdiskriminierungen (also Diskriminierungen einer Person aufgrund mehrerer Merkmale) konfrontiert. Darauf zu reagieren, erfordert eine gute und regelmäßige Kooperation und Abstimmung der Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen. Gleichzeitig gibt es Bemühungen auch gerade ausgehend vom Problem der Mehrfachdiskriminierung immer mehr hin zu einem koordinierteren Umgang mit vielfältigen Problemlagen zu kommen und sich den intersektionalen Ansprüchen sowohl bei der Einzelfallarbeit als auch bei der strukturellen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit zu stellen.

Es gibt zunehmend gemeinsame Projekte und Maßnahmen, in denen die Arbeit gegen Ausgrenzung und Benachteiligung aufgrund verschiedener Merkmale miteinander verschränkt wird, z. B. der Fachtag „Heimat +/- Liebe“ zur Situation von lesbischen Migrantinnen und schwulen Migrantinnen, die Fachtagungsreihe „Integration aus feministischer Sicht“, die strategische Verankerung der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit in der „Perspektive München“ oder die gemeinsame Fortbildung „Gender Kompetenz und Interkulturelle Kompetenz für regelmäßig an Personalauswahlverfahren Beteiligte“.

Die städtische Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit wird auch in Zukunft sowohl unter dem Aspekt des Erhalts des sozialen Friedens als auch in Hinblick auf eine weitere positive Entwicklung in der Stadt zunehmend an Bedeutung gewinnen. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist ein Auftrag, der sich aus unserem Grundgesetz ergibt. Akzeptierende und vielfältige Stadtgesellschaften erhöhen zudem die Attraktivität einer Metropole und stellen Anreiz und Motivation dar, dort wohnen, leben und arbeiten zu wollen.

Um diesen Anspruch auch nach außen deutlich zu machen und den Zugang zum Angebot der Stellen zu erleichtern, gibt es auf dem Münchner Internetportal [muenchen.de](http://muenchen.de) eine gemeinsame Eingangsseite aller städtischen Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsstellen mit aktuellen Veranstaltungshinweisen, Veröffentlichungen zum downloaden und links zu den verschiedenen spezialisierten Stellen.

### Beispiele für die spezialisierte Arbeit der einzelnen Stellen und für Kooperationen

#### Gleichstellungsstelle für Frauen

Das beinahe 30jährige Engagement der Gleichstellungsstelle für Frauen und die enge Kooperation mit dem Personalreferat hat dazu geführt, dass die LH München 47 % Frauen in Führungspositionen hat. Seit 2010 wirkt sie als strategische Partnerin des Münchner Memorandums für mehr Frauen in Führungspositionen dabei mit, dass diese Best Practice-Erfahrungen in die Stadtgesellschaft und die Münchner Unternehmen diffundieren.

In einem breiten Bündnis wird jedes Jahr am Equal Pay Day darauf aufmerksam gemacht, dass Frauen in der Bundesrepublik im Schnitt immer noch 22 % weniger verdienen als Männer (EU-Durchschnitt liegt bei „nur“ 19 %).

Nicht nur in Fachtagen wie z. B. „Integration aus feministischer Sicht“ oder „Geschlechtergerechtigkeit in der Altenhilfe“ werden die thematischen Überschneidungen fokussiert, sondern auch das verwaltungsinterne Projekt „Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung“ hat einen übergreifenden, zielgruppenorientierten Ansatz, der das Zusammenwirken verschiedener Diskriminierungsmerkmale und das Aufzeigen der Effekte in monetärer Hinsicht erlaubt.

#### Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (KGL)

In einer Studie wurden 800 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe zu ihrer Einschätzung der Lebenslagen von lesbischen, schwulen und transgener Jugendlichen und über das vorhandene Fachwissen bzw. die Bedarfe ihrer Einrichtungen befragt. Die Ergebnisse wurden in den Stadtrat eingebracht, der das Sozialreferat und das Referat für Bildung und Sport beauftragt hat, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu erarbeiten. Hierzu arbeitet die Koordinierungsstelle mit den zuständigen Referaten an einer Konzeptentwicklung.

Die Koordinierungsstelle ist seit 2011 als eine der beiden Vertretungen der Interessengruppe der lesbischen Frauen mit einem Platz in der Gleichstellungskommission vertreten. Aus dieser Zusammenarbeit haben sich bereits viele Impulse ergeben, die Belange lesbischer Frauen mit den allgemeinen Gleichstellungsbelangen zu verknüpfen. Ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle und der Gleichstellungsstelle war die Durchführung des Fachtags „Gemeinsam sind wir stark – die Neue Frauen-Lesbenbewegung“. Dort wurden Perspektiven der Zusammenarbeit in der Gleichstellungsarbeit thematisiert.

#### Stelle für interkulturelle Arbeit

Die systematisch angelegte Umsetzung interkultureller Öffnung in den städtischen Referaten ist ein Mittel, um strukturelle oder institutionelle Chancengleichheit zu erhöhen. In Abständen von drei Jahren berichtet der Interkulturelle Integrationsbericht über die Fortschritte, die dabei erzielt werden.

Projekt Interkulturelle Qualitätsentwicklung in Münchner Sozialregionen (IQE): IQE ist ein Beratungsangebot zur interkulturellen Öffnung von Einrichtungen freier Träger im sozialen, Gesundheits- und Bildungsbereich. In einem ca. zweijährigen Prozess entwickelt das Team von IQE gemeinsam mit den Einrichtungen ein Konzept und begleitet intensiv bei dessen Umsetzung. Dadurch wird die gleichberechtigte Teilhabe aller Münchnerinnen und Münchner an den Angeboten verbessert, egal welchen kulturellen oder ethnischen Hintergrund sie haben. Aus den Erfahrungen der letzten Projektläufe, insbesondere mit LeTRa (Beratung des Lesbentelefon e. V.) und Sub (Schwules Kommunikations- und Kulturzentrum e. V.), wurde Diversity im Konzept verankert und weiterentwickelt.

**Rundgang  
zur Geschichte  
der Frauen-  
bewegung in  
München**

**Zara S.  
Pfeiffer**

Autorin des  
ThemenGeschichts-  
Pfades



**„Glaube nicht:  
Es muss so sein,  
weil es nie anders war.  
Unmöglichkeiten sind  
Ausflüchte steriler Gehirne.  
Schaffe Möglichkeiten!“**

Hedwig Dohm, 1831–1919  
Feministin, Schriftstellerin und Publizistin

*Sie forderte bereits 1873 das politische Stimmrecht für Frauen  
und kämpfte für die rechtliche, soziale und ökonomische  
Gleichberechtigung der Geschlechter*



**Frauen kämpfen gegen ...**  
Rollenklischees DISKRIMINIERUNG LES-  
BISCHER FRAUEN Zwangsheirat Schön-  
heitsnormen sexuelle Gewalt Männer-  
seilschaften Dunkelziffern Fremdbestim-  
mung LOHNDISKRIMINIERUNG Porno-  
fizierung Präsenzkultur im Arbeitsleben  
MENSCHENHANDEL die „gläserne Decke“  
Geschlechtsstereotypen in der Arbeitswelt  
Genitalverstümmelung MISSBRAUCH Pre-  
käre Beschäftigungsverhältnisse sexistische  
Werbung Armut HÄUSLICHE GEWALT  
Benachteiligung von Müttern Vergewaltigung  
Diskriminierung von Migrantinnen GENDER  
PAY GAP ... **Missachtung und  
Ausbeutung.**